

WIRTSCHAFT UND MANAGEMENT

SCHRIFTENREIHE ZUR WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTLICHEN FORSCHUNG UND PRAXIS

Standort Centrope – theoretische Reflexionen und empirische Ergebnisse



Birgit Buchinger / Johannes Jäger / Bettina Köhler
Regionale Governance in der Centrope Region:
Zwischen Wettbewerbsorientierung und Allgemeinwohl

Michaela Trippel
Ökonomische Verflechtungen und Innovationsnetze
im Wirtschaftsraum Centrope

Andreas Breinbauer
MigrantInnen und PendlerInnen aus Centrope-Ländern –
Humanpotenzial für Wiener Unternehmen

August Gächter
Die berufliche Stellung von Personen aus Centrope-Staaten in Wien

Kathrin Mück-Puelacher
Erfolgsfaktoren der industriellen Produktion am Standort Österreich
am Beispiel der österreichischen Elektro- und Elektronikindustrie

Wirtschaft und Management

Schriftenreihe zur wirtschaftswissenschaftlichen
Forschung und Praxis

AutorInnenhinweise

Möchten Sie einen Beitrag in „Wirtschaft und Management“ veröffentlichen? Wir freuen uns, wenn Sie uns einen Artikel senden. Wir werden Sie nach besten Kräften unterstützen. Nachfolgend finden Sie einige Hinweise, um deren Beachtung wir Sie dringend ersuchen.

1. Allgemeine Hinweise

- **Dateityp:** Word-Dokument
- **Schrift:** Arial
- **Schriftgröße:** 10 Pkt.
- **Zeilenabstand:** 1,5 Zeilen
- **Satz:** Blocksatz
- **Silbentrennung:** Bedingten Trennstrich (Strg und -) verwenden
- **Rechtschreibung:** Bitte verwenden Sie die neuen deutschen Rechtschreibregeln.
Es ist auf eine geschlechtsneutrale Schreibweise zu achten.
- **Bilder und Grafiken:** Stellen Sie bitte alle Bilder und Graphiken in separaten Dateien bei! Die Bildauflösung muss für den Druck mindestens 300dpi betragen. Bedenken Sie bei der Einbindung von Grafiken und Bildern, dass Ihr Beitrag im Schwarz-Weiß-Druck erscheinen wird und wählen Sie starke Kontraste und keine dunklen Hintergründe.
- **Lebenslauf und Portrait:** Stellen Sie bitte in extra Dateien einen kurzen Lebenslauf (ca. 5 bis max. 10 Zeilen) und ein Portrait von Ihnen und Ihren MitautorInnen bei.
- **Bitte schreiben Sie im Fließtext und verwenden Sie nur Standardformate!**

2. Gestaltung des Beitrags

- **Titel des Beitrags:** fett
- **AutorIn:** Geben Sie Titel Vorname Nachname der/des Autorin/Autors sowie Institution/Firma an
- **Abstract:** Stellen Sie bitte Ihrem Beitrag nach den o.g. Angaben einen kurzen deutschen und einen englischen Abstract voran.
- **Überschriften:** Verwenden Sie maximal drei Gliederungsebenen (1.; 1.1.; 1.1.1.)
- **Aufzählungen:** Nummerierte Aufzählungen mit 1., 2., 3. usw. nummerieren, Aufzählungen ohne Nummerierung nur mit vorangestelltem Trennstrich -.
- **Fett und Kursivdruck:** Nicht nur das Wort, auch die vorne und hinten angrenzenden Silbenzeichen im selben Format.
- **Anmerkungen:** Anmerkungen werden als Fußnoten notiert (Menü Einfügen/Fußnote/Fußnote Seitenende; automatische Nummerierung).
- **Zitation im Text:** Zitieren Sie nur **im** Text. Ein/e AutorIn: (Familienname Jahr); Zwei AutorInnen/HerausgeberInnen: (Familienname / Familienname Jahr); Mehrere AutorInnen / HerausgeberInnen: (Familienname et al. Jahr); Mit Seitenangaben: (Familienname Jahr: ##) oder (Familienname Jahr: ##-##) oder (Familienname Jahr: ## f.) oder (Familienname Jahr: ## ff.).
Mehrere Literaturzitate bitte nach Erscheinungsjahr reihen und durch Strichpunkt(e) trennen. Mehrere Literaturzitate desselben Autors / derselben Autorin mit Beistrich absetzen.
- **Literaturverzeichnis:** Das komplette Literaturverzeichnis platzieren Sie am **Ende des Textes**.
Monographie: Familienname, Vorname (Jahr): Titel. Ort: Verlag.
Zeitschrift: Familienname, Vorname (Jahr): Titel. In: Zeitschrift Vol (Nr.), ##-##.
Zeitung: Familienname, Vorname (Jahr): Titel. In: Zeitung Nr., Datum, ##-##.
Internet-Dokument: Familienname, Vorname (Jahr): Titel. <URL>, Datum des Download (= last visit).
Sammelbände: Familienname, Vorname/Familienname, Vorname (Hg. bzw. ed./eds., Jahr): Titel. Ort: Verlag.
Aufsätze in Sammelbänden: Familienname, Vorname (Jahr): Titel. In: Familienname, Vorname (Hg. bzw. ed./eds.): Titel. Ort: Verlag, ##-##.
Mehrere AutorInnen: Familienname, Vorname/Familienname, Vorname (Rest siehe: ein/e AutorIn)

3. Betreuung durch die Redaktion / Nutzungsrechte

Bitte stimmen Sie Thema und Länge Ihres Beitrags mit der Redaktion ab. Die Redaktion steht Ihnen gerne für Fragen bzw. zur Abstimmung Ihres Themas zur Verfügung. Mit der Einreichung des Manuskripts räumt der/die AutorIn dem Herausgeber für den Fall der Annahme das unbeschränkte Recht der Veröffentlichung in „Wirtschaft und Management“ (in gedruckter und elektronischer Form) ein. Vor der Veröffentlichung erhalten Sie die redigierte Endfassung Ihres Beitrags zur Freigabe. Sie werden ersucht, diese Version rasch durchzusehen und die Freigabe durchzuführen. Notwendige Korrekturen besprechen Sie bitte mit der Redaktion. Nach Erscheinen Ihres Artikels erhalten Sie 5 AutorInnenexemplare durch den Herausgeber. Mit der Übermittlung des Manuskripts erkennen Sie die Bedingungen des Herausgebers an. Die AutorInnenhinweise sind einzuhalten.

Kontakt: Mag.^a Monika Pilgerstorfer; E-Mail: monika.pilgerstorfer@fh-vie.ac.at; Tel.: +43/1/720 12 86
Fachhochschule des bfi Wien, Wohlmutstraße 22; 1020 Wien

Editorial

Sehr geehrte Leserinnen und Leser!

Die vorliegende Ausgabe unserer Zeitschrift „Wirtschaft und Management“ widmet sich nunmehr zum zweiten Mal dem Schwerpunkt „Standortwettbewerb und Regionen“, dem neben Risikomanagement/Basel II zweiten strategischen Forschungsbereich an der FH des bfi Wien. Bereits im Jahr 2007 wurden unter dem Titel „Standort Centrope – theoretische Reflexionen“ wichtige Grundlagen zur Diskussion von Standortfragen und der Rolle von Regionen im Standortwettbewerb geliefert. Die hier vorliegende Ausgabe der Schriftenreihe schließt unmittelbar an diese Ergebnisse an und widmet sich schwerpunktmäßig der empirischen Erfassung der Centrope Region im Standortwettbewerb. Dies drückt sich auch darin aus, dass größtenteils wieder dieselbe Gruppe von AutorInnen versammelt werden konnte.



Rudolf Stickler
Rektor (FH)
der Fachhochschule des bfi Wien

In einer kurzen Einleitung wird von **Andreas Breinbauer** und **Johannes Jäger** eine Hinführung und ein zusammenfassender Rahmen für die einzelnen Beiträge vorgenommen. Im Folgenden werden die einzelnen Beiträge kurz dargestellt.

Die Auseinandersetzung mit der Centrope Region wird durch einen Beitrag von **Birgit Buchinger**, **Johannes Jäger** und **Bettina Köhler** eröffnet. Die AutorInnen fokussieren auf Governance-Prozesse in der in Entstehung begriffenen Region. Auch wenn formale Governance-Strukturen bislang noch schwach ausgeprägt sind, zeichnen sich doch bedeutende Veränderungen ab. Eine Analyse dieser Strukturen und Veränderungsprozesse kommt zum Schluss, dass stärker auf Inklusion abzielende Governance-Strukturen Fragmentierungsprozesse verhindern können.

Der Beitrag von **Michaela Trippl** behandelt die Frage der grenzüberschreitenden Innovationsbeziehungen. Dabei werden Wirtschaftsverflechtungen zwischen der Region Wien und den Ländern Ungarn, Tschechien und der Slowakei analysiert. Basis dafür ist eine Auswertung von 177 Interviews mit Unternehmen im Raum Wien, die zum Teil von Studierenden an der Fachhochschule des bfi Wien durchgeführt wurden. Im Zuge der Befragung konnten zwar wichtige Verflechtungen festgestellt werden, für grenzüberschreitende Innovationsbeziehungen konnte jedoch nur sehr wenig Evidenz gefunden werden.

Andreas Breinbauer legt in seinem Beitrag den Schwerpunkt auf die Migrationsbeziehungen zwischen den Centrope-Ländern und Österreich/Wien. Dabei fokussiert er insbesondere auf die Frage der grenzüberschreitenden Migration und PendlerInnenmobilität innerhalb von Centrope, wobei sich die Ausführungen auf zwei empirische Erhebungen stützen. Zum einen auf die Befragung der oben erwähnten 177 Unternehmen, zum anderen auf eine Befragung von 170 EinpendlerInnen aus den Centrope-Regionen nach Wien. Dabei stellt sich heraus, dass etwa ein Viertel der befragten Unternehmen MitarbeiterInnen aus den Centrope-Ländern beschäftigen; als wichtig für die Nutzung dieses Humanpotenzials werden das hohe Qualifikationsniveau und die Erleichterung der grenzüberschreitenden Kontakte ausgemacht.

Die EinpendlerInnen kommen vorwiegend aufgrund höherer Löhne nach Wien und arbeiten in einem breiten beruflichen Spektrum.

August Gächter liefert in seinem Beitrag einen Überblick zu wichtigen Kennzahlen der Beschäftigung von MigrantInnen, insbesondere aus den Centroe-Ländern, in Österreich. Ausgangsbasis stellt dabei die Tatsache dar, dass im Zuge von internationaler Migration berufliche Qualifikationen im Zielland in vielen Fällen nicht oder nur zum Teil anerkannt werden. Auf Basis einer Analyse der Arbeitskräfteerhebungen zeigt sich, dass bei Frauen, die nach Österreich kommen, das Dequalifizierungsrisiko signifikant höher ist, d.h. sie werden zu einem geringeren Teil gemäß ihrer Qualifikationen eingesetzt.

Der Beitrag von **Katharina Mück-Puelacher** basiert wesentlich auf ihrer an der FH des bfi Wien verfassten Diplomarbeit und beschäftigt sich eingehend mit den Standortbedingungen für die Elektro- und Elektronikindustrie. Dabei zeigt sich, dass gerade die zunehmende Internationalisierung der Produktionsprozesse durch grenzüberschreitende Wirtschaftsräume für die heimische Industrie ein entsprechend attraktives Potenzial für erfolgreiche Entwicklungen bietet und ein österreichischer Standort daher von hoher Attraktivität ist.

Neben diesen wissenschaftlichen Beiträgen enthält diese Ausgabe der Zeitschrift auch wieder redaktionelle Beiträge, nämlich von **Iris Schirl** zum Aufbau eines interregionalen Netzwerkes zu „Business and Culture“ in der Centroe Region und von **Iris Schirl/Thomas Wala** zur „Planung und Umsetzung einer International Summer School“ an der FH des bfi Wien.

Den Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe möchte ich für Ihre interessanten Beiträge recht herzlich danken.

Ihr



Prof. (FH) Dr. Rudolf Stickler
Rektor (FH) der Fachhochschule des bfi Wien

Inhaltsverzeichnis

Beiträge	Seite
Regionale Governance in der Centrope Region: Zwischen Wettbewerbsorientierung und Allgemeinwohl <i>Birgit Buchinger / Johannes Jäger / Bettina Köhler</i>	9
Ökonomische Verflechtungen und Innovationsnetze im Wirtschaftsraum Centrope <i>Michaela Trippl</i>	29
MigrantInnen und PendlerInnen aus Centrope-Ländern – Humanpotenzial für Wiener Unternehmen <i>Andreas Breinbauer</i>	49
Die berufliche Stellung von Personen aus Centrope Staaten in Wien <i>August Gächter</i>	77
Erfolgsfaktoren der industriellen Produktion am Standort Österreich am Beispiel der österreichischen Elektro- und Elektronikindustrie <i>Kathrin Mück-Puelacher</i>	103
Berichte	Seite
Interregional Business & Culture – Aufbau eines internationalen Netzwerkes in der Centrope-Region <i>Iris Schirl</i>	117
Planung und Umsetzung einer internationalen Summer School – Ein Erfahrungsbericht aus dem österreichischen Fachhochschul-Sektor <i>Iris Schirl / Thomas Wala</i>	119
Literaturhinweise	Seite
Literaturhinweise	121
Verzeichnis der AutorInnen	Seite
Verzeichnis der AutorInnen	123
Working Papers und Studien der Fachhochschule des bfi Wien	Seite
Working Papers und Studien der Fachhochschule des bfi Wien	125

Impressum

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:

Fachhochschule des bfi Wien Gesellschaft m.b.H.
A-1020 Wien, Wohlmutterstraße 22, Tel.: 01/720 12 86
E-Mail: info@fh-vie.ac.at
<http://www.fh-vie.ac.at>

Geschäftsführer:

Dr. Helmut Holzinger

Redaktionsleitung:

Mag.^a Monika Pilgerstorfer

Redaktion:

Prof. (FH) Dr. Andreas Breinbauer
Dr. Johannes Jäger
Mag.^a Iris Schirl
Dr. Rudolf Stickler
Dr. Thomas Wala

Redaktionsassistentz:

Martina Morawetz

Lektorat:

Prof. (FH) Dr. Günter Strauch
Dr.ⁱⁿ Margit Ozvalda (Englische Texte)

Layout und Druck:

Claudia Kurz, 1020 Wien

ISBN: 978-3-902624-08-6 (Print Fassung)
ISBN: 978-3-902624-09-3 (E-Version)

Hinweis des Herausgebers:

Die in „Wirtschaft und Management“ veröffentlichten Beiträge enthalten die persönlichen Ansichten der AutorInnen und reflektieren nicht notwendigerweise den Standpunkt der Fachhochschule des bfi Wien.

Standort Centrope – Europaregion Mitte: Reflexionen und empirische Ergebnisse

Im Laufe des zweiten Projektjahres eines von der Stadt Wien im Rahmen der Wiener Fachhochschulförderung finanzierten dreijährigen Forschungsprojektes zur Frage der Chancen und Perspektiven der Wiener Wirtschaft konnten weitere wichtige Erkenntnisse gewonnen werden. Ausgewählte Ergebnisse werden im Rahmen der hier vorliegenden Ausgabe von „Wirtschaft & Management“ publiziert. Während bereits nach Ende des ersten Projektjahres wichtige theoretische Grundlagen in der Ausgabe 7/2007 öffentlich zugänglich gemacht wurden, liegt der Schwerpunkt hier auf den Ergebnissen der empirischen Untersuchungen bezogen auf die Centrope-Region. Aufbauend auf den theoretischen Ausarbeitungen zur Bedeutung von Netzwerken, Humanressourcen und Governance-Strukturen im ersten Projektjahr standen im Rahmen des zirkulären Forschungsprozesses zentrale empirische Aspekte im Vordergrund. Dabei erfolgte die Analyse der Entwicklungen in der Centrope-Region – einer im Rahmen eines Interreg-Programms der EU im Jahre 2003 etablierten Euregio – auf zwei Ebenen:

Erstens ging es um die Frage der empirischen Befunde zu den Arten der sozioökonomischen Interdependenzen zwischen Österreich/Wien und den Centrope-Regionen und -Ländern. So stellte sich etwa heraus, dass Centrope im traditionellen regionalökonomischen Sinne keine Region darstellt, da Verflechtungen und Interdependenzen mit den jeweiligen Nationalstaaten vielfach stärker sind als grenzüberschreitende Zusammenhänge zwischen den Teilregionen von Centrope. Die Frage der Positionierung der Wiener Wirtschaft/der Wiener Unternehmen in dieser Region wurde daher auch nicht ausschließlich in Bezug auf diese formale Regionsdefinition bezogen. Vielmehr wurden Zusammenhänge mit den sogenannten „Centrope-Ländern“ – ein ebenfalls häufig verwendeter Begriff – untersucht. Dies stellte sich insbesondere bei der Analyse wirtschaftlicher Verflechtungen und der Analyse der MigrantInnen und PendlerInnen und ihrer Bedeutung für Wiener Unternehmen als wichtig heraus. Im Rahmen der relativ breit angelegten Befragung wurde dieser Aspekt besonders deutlich. Ein Fokus auf die formale Centrope-Region hätte zu kurz gegriffen. Ein weiterer Grund, warum einerseits die formale Region, andererseits die Centrope-Länder behandelt werden, ist die Datenverfügbarkeit, die oft nur auf nationaler Ebene vorhanden ist (Beispiel Arbeitserhebungen). In den in diesem Band vorgestellten Primärerhebungen wurden einerseits die Verflechtungsbeziehungen (Absatz-, Zuliefer-, Innovations- und Wissensbeziehungen, sonstige Netzwerke und Direktinvestitionen) der Wiener Unternehmen mit Centrope/den Centrope-Ländern untersucht, andererseits der Einsatz von Arbeitskräften aus Centrope/den Centrope-Ländern in Wiener Unternehmen. In einer zusätzlichen Befragung der EinpendlerInnen aus Centrope/den Centrope-Ländern nach Wien wurde detailliert den Fragen der Motive für diese räumlichen Bewegungen, der Qualifikationen der Pendelmobilen und des Pendelverhaltens nachgegangen. Eine vertiefende Analyse anhand der Arbeitserhebungen sollte genaueren Aufschluss über die Verwertbarkeit der beruflichen Qualifikationen von Personen aus der Slowakei, der Tschechischen Republik und Ungarn in Wien, auch im Vergleich zu anderen MigrantInnen, geben. Dabei wurde insbesondere der Frage nach Dequalifikationen in Zusammenhang mit dem Geschlecht nachgegangen.

Zweitens wurden die vorhandenen und sich etablierenden Entscheidungs- und Steuerungsstrukturen auf der Ebene der sich herausbildenden Centrope-Region untersucht. Dabei wurde deutlich, dass sich

etablierende Governance-Prozesse innerhalb der Region wesentlich als eingebettet in Entwicklungsprozesse und Steuerungsmechanismen auf europäischer Ebene betrachtet werden müssen. Die Konzeption von Euregios basiert auf einem regionalökonomischen Paradigma, welches die Stärkung von Regionen im und für den Wettbewerb propagiert. Damit entsteht eine strategische Selektivität, welche bestimmte Governance-Formen und Gruppen von AkteurInnen bzw. StakeholderInnen im Vergleich zu anderen begünstigt. Dies kann Fragmentierungsprozesse befördern und mit einer ökologisch und sozial nachhaltigen sowie an Gendergerechtigkeit orientierten Entwicklung in Widerspruch geraten. Auch wenn regionale Prozesse in diese Zusammenhänge eingebettet sind, so sind doch regionale sozioökonomische Strukturen, auf denen entsprechend Formen und Inhalte von Steuerungsprozessen aufbauen, von wesentlicher Bedeutung. Es galt daher, diese auf Centrope-Ebene – aber in ihrer Kontextualität – herauszuarbeiten.

Wie bereits in der Nummer 7/2007 betont, liegt eine besondere Herausforderung dieses Forschungsprojektes in der Analyse unterschiedlicher Dimensionen der Centrope-Region sowie im transdisziplinären Anspruch. Dieser zeichnet sich ja nicht nur dadurch aus, dass unterschiedliche disziplinäre Blickwinkel verbunden werden, sondern impliziert auch die Bemühung, die Perspektiven und Ansprüche unterschiedlicher StakeholderInnen zu berücksichtigen. Dies erfolgte einerseits dadurch, dass Perspektiven von StakeholderInnen im Rahmen eines Workshops sowie über Interviews erhoben wurden. Andererseits wurden Positionen und Interessenslagen von einzelnen gesellschaftlichen Gruppen auch auf Basis der Analyse von vorhandenem empirischem Material sowie darauf aufbauenden Untersuchungen einbezogen.

Insgesamt konnten – inspiriert von einer transdisziplinären Herangehensweise – bislang bereits wertvolle Erkenntnisse gewonnen werden. Es liegt in der Natur eines zirkulären Forschungsprozesses, dass empirische Ergebnisse nicht den Endpunkt darstellen. Sie sind damit nicht ausschließlich der Ausgangspunkt für konkrete Handlungsanleitungen, sondern ebenso wichtige Grundlage für eine weitere Schärfung der theoretischen Perspektiven. Das dritte Projektjahr wird sich daher schwerpunktmäßig mit diesen Aspekten beschäftigen. Ebenso ist es wieder geplant, zentrale Ergebnisse in „Wirtschaft & Management“ einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Regionale Governance in der Centrope Region: Zwischen Wettbewerbsorientierung und Allgemeinwohl

Abstract

Der Artikel behandelt Governance-Prozesse in der in Entstehung begriffenen Centrope Region. Basierend auf einer regulationstheoretischen Analyse wird Governance vor dem Hintergrund sich ändernder und fragmentierter sozioökonomischer Strukturen untersucht. Insbesondere eine Gender-Perspektive zeigt wichtige materielle Differenzen bezogen auf Governance-Prozesse auf. Formale Governance-Strukturen sind bislang noch relativ schwach ausgeprägt, wenn sich auch wichtige Veränderungen abzeichnen. Eine Vertiefung der sozialen und geographischen Fragmentierung der Region kann durch stärker auf Inklusion abzielende Governance-Strukturen jenseits einer einseitigen Verengung auf Wettbewerb verhindert werden.

The paper deals with governance processes within the emerging Centrope region. Adopting a regulationist perspective allows analysing governance in relation to fragmented and changing socio-economic structures. A gender perspective helps to highlight important differences regarding the materiality of governance processes. The paper concludes that formal governance structures in the Centrope region are still rather weak but important developments are observable. A deepening of the social and geographic fragmentation of the region may be avoided by more inclusive governance structures beyond a narrow focus on competitiveness.

1 Einleitung

Wettbewerbsfähigkeit, das Herz der Lissabon-Agenda, ist zum politischen und ökonomischen Leitmotiv geworden – nicht nur auf der europäischen Ebene, sondern insbesondere auch in nationalen und regionalen Strategien. Die Etablierung der EU-Region Centrope wird hier vor dem Hintergrund der europäischen Regionalpolitik sowie regionaler Strategien im Kontext des europäischen Integrationsprozesses diskutiert und kann damit als Fallbeispiel für räumliche politisch-ökonomische Rekonfigurationen in der EU betrachtet werden. Ausgangspunkt ist dabei zum einen die Frage der Erfassung des sich etablierenden regionalen Gefüges und damit verbundener Governance-Strukturen in der Region Centrope. Zum anderen geht es um deren Interpretation vor dem Hintergrund und bezogen auf generelle politökonomische Transformationen sowie im Hinblick auf die Herausbildung ungleicher Strukturen in der EU. Die wissenschaftliche sowie die politisch-praktische Bedeutung einer



Birgit Buchinger
Solution, Sozialforschung & Entwicklung



Johannes Jäger
Fachhochschule des bfi Wien



Bettina Köhler
Fachhochschule des bfi Wien
(Wissenschaftliche Projektmitarbeiterin)

sich formierenden, auf administrativem Weg initiierten Region wie Centrope lässt sich ansatzweise anhand der sich herausbildenden Governance-Strukturen ablesen. Darüber hinaus ist es jedoch zentral, die Region in einem größeren räumlichen und gesellschaftlichen Kontext zu betrachten und auch zentrale Antriebskräfte und die Rahmenbedingungen des Formierungsprozesses selbst mitzuerfassen. Im Folgenden betrachten wir daher die Region Centrope aus regulationstheoretischer Perspektive, wobei wir diesen Ansatz um andere theoretische Zugänge erweitern bzw. Verknüpfungen herstellen. Insbesondere handelt es sich hierbei um Perspektiven auf die „Renaissance der Regionen“ und Reterritorialisierungsprozesse sowie um den Ansatz der Competitive City Regions. Jede dieser Perspektiven repräsentiert einen akademischen Debattenstrang, der – vergleichbar einer Linse – jeweils bestimmte Problemsichten und Fragestellungen in den Blick bringt und andere zugleich ausblendet. Gemeinsam liefern sie analytische Kategorien, mit denen das Phänomen Centrope in der Folge erfasst werden soll. Durch diese Felder zieht sich eine disaggregierte Betrachtung, die sowohl nach Gender-Kriterien als auch nach weiteren sozialen Kriterien unterscheidet und ebenso Anknüpfungspunkte für ökologische Aspekte bietet.

2 Konzeptionelle Fassung der Centrope Region

2.1 Regulation, Akkumulation und Territorium im Aggregat

Die räumliche Dimension ökonomischer Prozesse unterliegt einem historischen Wandel. Während im Fordismus der Nationalstaat primär als Behälter für ökonomische Praktiken betrachtet wurde, kommt es durch die stärker grenzüberschreitenden Akkumulationsstrategien zu einer Veränderung des Akkumulationsraums. Dies geht mit einer Veränderung der Territorialität der Regulierung einher (Becker 2002). Im Falle der Centrope-Region gilt es daher zu prüfen, inwieweit eine allenfalls sich ändernde Materialität der ökonomischen Prozesse mit Änderungen der Form und Territorialität der Regulierung einhergehen. Naheliegend ist es auch, das Phänomen Centrope im Lichte der seit den 1980er Jahren entstehenden Debatten zur „Renaissance der Regionen“ oder dem New Regionalism zu betrachten. Ausgangspunkt dieser Ansätze ist die Feststellung, dass Regionen, vor allem im Vergleich zur Nachkriegszeit, zugleich als Arenen und Akteure politökonomischer Prozesse an Bedeutung gewonnen haben (vgl. Jäger/Köhler 2007). Während Ansätze des New Regionalism den Blick sehr stark auf die internen Strukturen und endogenen Potenziale spezifischer Regionen legen, werden wir im Folgenden die Herausbildung von Centrope im Hinblick auf weiterreichende Reskalierungs- und Reterritorialisierungsprozesse im Kontext von umfassenderen politökonomischen Transformationsprozessen betrachten. Dabei gilt es zu betonen, dass die Restrukturierung und Herausbildung neuer ökonomischer und neuer politischer Räume nicht unbedingt deckungsgleich ist, sehr wohl aber korrespondiert. Die Rekonfiguration der räumlichen Ebene von Regulierung kann damit nicht unbedingt als funktional abgeleitet betrachtet werden, sondern versteht sich in Tradition der Regulationstheorie im als Ergebnis aus dem Zusammenwirken von unterschiedlichen gesellschaftlichen AkteurInnen resultierenden strukturellen bzw. institutionellen Formen, die sowohl funktional als auch dysfunktional für den Akkumulationsprozess als Ganzes sein können (vgl. Boyer/Saillard 2002). Entsprechend

wurde von Lipietz (1992) der Begriff der „gesellschaftlichen Fundsache“ für eine mit einem Akkumulationsregime kohärente Regulationsweise – als der Summe der strukturellen Formen – geprägt. Die Diskussion um politics of scale (vgl. Brenner 2001; Wissen et al. 2008) lässt sich damit verknüpfen und zeigt sich für die Analyse neuer Reterritorialisierungsstrategien – wie etwa im Bereich der Centrope Region – als äußerst fruchtbar. Vor dem Hintergrund diverser sozialer Ungleichheiten, die sich an bestimmten Markern (Geschlecht, Hautfarbe, Nationalität, Bildungsniveau, Vermögen) festmachen lassen, ist die Untersuchung solcher territorialen Strategien unterschiedlicher Klassen und Interessensgruppen zu unterscheiden (vgl. Gough 2004). Diese Prozesse der Reterritorialisierung führen zur Etablierung bestimmter institutioneller Formen, die ihrerseits jeweils mit spezifischen Governance-Formen verknüpft sind. In der Analyse der Centrope Region gilt es daher nachzuzeichnen, welche Governance-Formen etabliert wurden und wie diese über (territoriale) Strategien unterschiedlicher AkteurInnen mit ökonomischen Strukturen verbunden sind und welche Konsequenzen für soziale Ungleichheit damit einhergehen. Strategien zur räumlichen Rekonfiguration von strukturellen Formen und Governance-Strukturen unter dem Banner der „Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit“ sind sowohl Ausdruck eines neuen Leitbilds in der Regionalpolitik, können aber auch vor dem Hintergrund unterschiedlicher Interessensgruppen und bezogen auf ihre Implikationen für einzelne gesellschaftliche Gruppen hin – das heißt bezogen auf den Inhalt bzw. das Ergebnis von Governance-Strukturen – analysiert werden. Ebenso ist zu untersuchen, inwieweit es sich tatsächlich um territoriale Strategien und nicht vielmehr um diskursive Strategien innerhalb gegebener territorialer Konfigurationen von Governance handelt (vgl. MacLeod 2001). Im konkreten Fall der Region Centrope kommen zusätzlich zu den Unterschieden zwischen den einzelnen sozialen Gruppen auch noch die Fragmentierung an nationalstaatlichen Grenzen hinzu, die aufgrund der sich stark unterscheidenden sozioökonomischen Bedingungen – etwa allein bezogen auf das BIP/Kopf – sehr bedeutend sind (vgl. WIFO/WIIW 2007: 34).

2.2 Gender und mehr: Disaggregation sozialer Einheiten

Regionen werden nicht nur als territoriale, durch administrative Zugehörigkeit abgegrenzte Gebiete verstanden, sondern vielmehr auch als gesellschaftlich konstruierte sozioökonomische Beziehungen im Raum gesehen (vgl. Jäger/Köhler 2007). Werden die sich auf diese Räume beziehenden Politikprozesse mit Governance-Konzepten erfasst, so lässt sich die Einbeziehung neuer AkteurInnen, räumlicher Ebenen und Politikformen feststellen (vgl. ebd.). Aus diesem neuen Verständnis von Regionen und von Politikprozessen könnten in verschiedener – intersubjektiver sowie struktureller – Hinsicht auch Chancen für die Geschlechterverhältnisse abgeleitet werden. Durch die Ausweitung und Differenzierung der regionalpolitischen Akteure und Akteurinnen im Kontext von Governance-Prozessen sowie der Vervielfältigung der Perspektiven von Regionalpolitik insgesamt könnten gleichstellungsorientierte Aspekte vermehrt in das Zentrum der Aufmerksamkeit rücken. Dies könnte unter anderem durch ein vermehrtes Einbeziehen von Frauen in Entscheidungsfunktionen auf regionaler Ebene passieren wie durch einen Aufbau von Gender-Kompetenz insgesamt bei allen AkteurInnen. Als Fazit ist festzuhalten, dass diese paradigmatische Veränderung der regionalpolitischen Ausrichtung nach wie vor ein Desideratum

bleibt. In vielen institutionellen Politikformen sind Frauen auch heute noch stark unterrepräsentiert und insbesondere „in jenen regionalpolitischen Gremien, die stark auf Gemeindevertreter (Bürgermeister) und Sozialpartner setzen, ist eine extreme Männerdominanz zu beobachten“ (Aufhauser et al. 2003: 42). Auch der Befund von Erna Appelt aus dem Jahr 1995 – sie spricht etwa von einem „(Nicht-)Verhältnis von Frauen zur Sozialpartnerschaft“ (Appelt 1995: 611) – ist noch immer gültig: „Beschäftigen wir uns mit der Sozialpartnerschaft, dann geraten Frauen sehr schnell aus dem Blick; beschäftigen wir uns mit den Interessenlagen von Frauen, dann scheint deren Realisierung in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit den Einrichtungen der Sozialpartnerschaft zu stehen“ (ebd.). Die bislang dominierende Nicht-Verankerung beziehungsweise der mehrheitliche Ausschluss von Frauen und Fraueninteressen aus den verschiedenen österreichischen regionalpolitischen Zusammenhängen und Netzwerken zeitigt angesichts der umfassenden sozial-, arbeitsmarkt- oder wirtschaftspolitischen Gestaltungskraft derselben bis dato gravierende Auswirkungen auf die Konservierung frauenbenachteiligender Praktiken. Wie bereits vielfach durch verschiedenen Studien und Expertisen (etwa Aufhauser 2003; Zebisch/Sagner 2007) belegt, zeigt sich jedoch insgesamt sehr deutlich, dass die – bislang von der EU formulierten und regional verfolgten Ziele der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und der Standorticherung von Regionen – geschlechtsblind umgesetzt werden. So etwa würden – wie Aufhauser et al. (2003: 117ff) belegen – Clusterpolitik und Technologiezentren männliche Monostrukturen befördern, da es bislang an strukturell greifenden Maßnahmen zur Verringerung der Segregation des Bildungs- und Arbeitsmarktes ebenso fehlt wie an Maßnahmen zur Aufhebung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung im Bereich der unbezahlten Arbeit. „Regionalpolitische Interventionen wie die Unterstützung von Clusterbildungen, Gründungsförderungen oder die Errichtung von Technologiezentren stärken im Allgemeinen die Ausbildung männerdominierter Arbeitszusammenhänge. [...] Insbesondere die jungen Frauen, die mittlerweile sehr gute Qualifikationen erwerben, finden in vielen regionalen Kontexten wenig adäquate Arbeitsplätze“ (ebd.). Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage inwiefern dieser Befund auch für die Region Centrope zutrifft, oder ob es hier gelingt, gleichstellungspolitische Anliegen ins Zentrum dieser neu zu schaffenden Region zu rücken. Dies würde bedeuten, dass die Gleichstellungsorientierung – begriffen als Querschnittsmaterie – von allen, sich gegenseitig beeinflussenden Politiken – beginnend mit Regionalpolitik über Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik bis hin zu Verkehrs- und Sozialpolitik – als Basis verstanden würde und demzufolge klare, mess- und überprüfbare Gleichstellungsziele definiert und umgesetzt werden würden. Eine Verengung der Frage der gesellschaftlichen Ungleichheit allein auf die Geschlechterfrage greift jedoch zu kurz. Es gilt ebenso zu fragen, inwieweit die Benachteiligung anders definierter sozialer Gruppen reduziert werden kann. Dazu zählen z.B. jene Gruppen, die über geringes ökonomisches und kulturelles Kapital (Bourdieu 1987) verfügen, insbesondere handelt es sich dabei um weite Teile der Lohnabhängigen, wie z.B. prekär Beschäftigte, MigrantInnen, Bevölkerungsgruppen mit geringerem Bildungsgrad etc. Wie verschiedene Untersuchungen zeigen, sind diese gesellschaftlichen Ungleichheiten sehr beständig und strukturell bedingt. Die häufig geforderte soziale Durchlässigkeit ist insbesondere weiter nach oben hin kaum gegeben (vgl. Hartmann 2007).

3 Governance in der Region Centrope

Werden Akkumulationsstrategien und Regulierungsformen als zwar nicht voneinander ableitbare, aber aufeinander bezogene Prozesse verstanden, dann lassen sich Governance-Strukturen in der Centrope-Region auch nicht unabhängig von den mit ihnen korrespondierenden sozioökonomischen Entwicklungen betrachten. Im Folgenden erfolgt daher in einem ersten Schritt eine Annäherung an die territorialen und sozioökonomischen Strukturen der Centrope-Region. In einem nächsten Schritt werden zentrale Aspekte der sich im Rahmen des Euregio-Projektes herausbildenden Governance-Prozesse betrachtet und in einem weiteren Schritt werden diese im Hinblick auf ihre Relevanz in einem weitergefassten Rahmen hinterfragt.

3.1 Sozioökonomische Strukturen

Die zur Debatte stehende Region Centrope liegt an den Schnittstellen der vier Staaten Tschechische Republik, Slowakische Republik, Ungarn und Österreich. Sie umfasst die österreichischen Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland, die tschechischen Kreise Südmähren (Jihomoravsky kraj) und Südböhmen (Jihocesky kraj), die slowakischen Kreise Bratislava und Trnava sowie die ungarische Region Westtransdanubien, d.h. die Komitate Győr-Moson-Sopron und Vas. Diese scheinbar klare Abgrenzung ist jedoch auf den zweiten Blick keineswegs eindeutig, denn es handelt es sich um eine sehr neue und weder institutionell noch in der öffentlichen Wahrnehmung stark verankerte Abgrenzung, sodass die Erhebung empirischer Daten und eine Disaggregation sozioökonomischer Prozesse auf dieser Ebene eine Herausforderung darstellt. So beziehen sich Aussagen auf sozioökonomische Verflechtungen in der Region Centrope immer wieder sowohl auf das im Rahmen des Centrope-Projektes abgegrenzte Territorium im engeren Sinne, als auf die vier Länder Ungarn, Slowakische Republik, Tschechische Republik, Österreich insgesamt und vielfach überlagern sich Prozesse mit unterschiedlichen Bezugsräumen. Aber auch im engeren Rahmen des Centrope-Projektes ist diese Grenzziehung nicht als fix zu betrachten. Wenngleich sich das Centrope-Projekt heute formal auf administrativ abgegrenzte territoriale Einheiten bezieht, so ist jene Grenzziehung nur als eine erste funktionale Ausgangsbasis zu begreifen: Um eine formale Kooperation zwischen subnationalen politischen Einheiten zu initiieren, war eine formale Festlegung der zu Beginn beteiligten Gebietskörperschaften und damit der dazugehörigen Gebiete notwendig. Von ihrer inhaltlichen Konzeption her ist die Centrope-Projektidee jedoch mittelfristig nicht auf jene Gebiete beschränkt. Im Hinblick auf die Idee der Vertiefung grenzüberschreitender Kooperationen sind die territorialen Bezugsräume vielmehr künftig als flexibel zu betrachten und je nach Aufgabe und Themenfeld größere oder kleinere räumliche Einheiten einzubeziehen. Die Grenzen des Territoriums sind folglich nicht statisch zu verstehen, sondern können sich „amöbenhaft“ den jeweiligen Themenstellungen anpassen.

Im Hinblick auf die sozioökonomischen Strukturen ist die Region Centrope – sowohl im territorial engeren Sinne, als auf die gesamten vier Länder bezogen – ein Raum, der in seinen einzelnen Teilen durch wesentliche strukturelle Unterschiede geprägt ist. Einige zentrale Merkmale dieser Strukturmuster sollen im Folgenden – vor allem im Hinblick auf deren Genderdimension – exemplarisch skizziert werden.

Die Vienna-Region als Kern der Centrope-Region wird im EU-weiten Ranking als drittreichste Region bezogen auf BIP/Kopf zu Kaufkraftparitäten gewertet. Aber auch die Region Bratislava weist gemessen in Kaufkraftparitäten ein BIP/Kopf auf, welches über dem EU-Durchschnitt liegt. Insgesamt sind jedoch erhebliche sozioökonomische Unterschiede zwischen einzelnen Teilgebieten der Centrope-Region festzustellen (AMECO 2008; WIFO/WIIW 2007). Neben der unterschiedlichen politischen und soziokulturellen Geschichte sind hier vor allem auch die jeweils verschiedenen wirtschafts-, arbeitsmarkt- oder sozialpolitischen Entwicklungen hervorzuheben. Dies stellt eine wesentliche Herausforderung in Bezug auf die Konstruktion einer Gesamtregion dar. Im Besonderen kommt dieser Unterschiedlichkeit auch hinsichtlich der Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit eine wesentliche Bedeutung zu. Im Folgenden werden einige Fakten dargestellt, um diese Herausforderungen zu illustrieren, wobei mangels vergleichbarer regional disaggregierter Daten überwiegend auf den weiter gefassten Centrope-Raum mit nationalen Angaben Bezug genommen wird.

Generell ist auch festzuhalten, dass die sozialen und wirtschaftlichen Lebensrealitäten von Frauen und Männern von unterschiedlichen Lebensformen geprägt sind, wobei hier länder-spezifisch unterschiedliche bzw. insgesamt widersprüchliche Entwicklungen festzustellen sind. So lässt sich einerseits – wie in Ungarn oder in Österreich – die Bedeutungsabnahme der Ehe und eine Zunahme von Einpersonenhaushalten feststellen, wodurch die große Bedeutung der eigenständigen Existenzsicherung von Frauen nochmals sichtbar wird (vgl. Bergmann et al. 2005: 10ff; Thiel 2006: 24). Zugleich ist jedoch – wie etwa in der Tschechischen Republik – die Dominanz traditioneller, stereotypisierender Rollenbilder, wodurch Frauen die Zuständigkeit für Haushalt und Kinder zugesprochen wird, ungebrochen. „Entsprechend gestalten sich die Reformen der Sozialsysteme so, dass sie sich wenig förderlich auf die Frauenbeschäftigung ausgewirkt haben“ (Thiel 2006: 24).

Insgesamt überwiegt – wie etwa in Ungarn oder in Österreich – bei höheren Schul- und Universitätsabschlüssen der Anteil der Männer (Bergmann et al. 2005: 68). Zugleich kann festgehalten werden, dass Frauen der jüngeren Generationen in den Bildungsabschlüssen in den letzten Jahren stetig aufgeholt haben. Wenngleich also jüngere Frauen besser qualifiziert sind – d.h. über höhere Schulabschlüsse verfügen – als ihre AlterskollegInnen, „verdeutlichen die Statistiken, dass junge Frauen diesen Vorteil vielfach noch immer nicht in eine entsprechende berufliche Qualifikation umsetzen können“ (ebd.).

Die Erhöhung der Beschäftigung – und hier vor allem von Frauen – stellt für die EU ein wesentliches Ziel dar. Damit sollen nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit des gemeinsamen Wirtschaftsraumes gefördert, sondern zugleich ein „Beitrag zur Lösung der Finanzierungsprobleme des Wohlfahrtsstaates“ geleistet werden (Leitner/Walenta 2007: 22ff). Generell ist die Erwerbsbeteiligung von Frauen in Ungarn, in der Tschechischen Republik, in der Slowakischen Republik sowie in Österreich niedriger als jene der Männer, wenngleich jeweils auf einem unterschiedlichen Niveau. So betrug die Beschäftigungsquote bei Frauen in Österreich im Jahr 2003 62,8% (Männer: 75,8%), in Ungarn lag die Beschäftigungsquote demgegenüber bei Frauen bei 50,9% (für Männer 63,5%), in der Tschechischen Republik lag sie im selben Jahr bei Frauen bei 56,3%

(Männer: 73,1%) und in der Slowakischen Republik betrug sie – vergleichbar mit Ungarn – für Frauen 52,2% (Männer: 63,3%) (Thiel 2006: 26; vgl. auch WIFO/WIIW 2007).

Hinsichtlich der Erwerbsbeteiligung ist allerdings zu beachten, dass Frauen – was ein wesentlicher Indikator der Atypisierung der Beschäftigungsverhältnisse ist – zu einem geringeren Anteil als Männer Vollzeit beschäftigt sind, wobei es hier große Unterschiede zwischen Österreich einerseits und den anderen drei Staaten gibt. Die Teilzeitquoten in den vier Staaten – im Geschlechtervergleich – verdeutlichen diese Tendenz: So betrug die Teilzeitquote von Frauen im Jahr 2003 in Österreich 35,7% (Männer: 3,9%), während sie in der Slowakischen Republik bei Frauen bei 3,5% (Männer: 1,1%), in Ungarn bei Frauen bei 5,8% (Männer: 2,5%) und in der Tschechischen Republik bei Frauen bei 8,0% (Männer: 1,8%) lag (ebd.: 26).

Während bei den Beschäftigungsquoten demnach ein deutlicher Unterschied zwischen den Frauen in vier Staaten festzustellen war, zeigt sich jedoch, dass sich die Höhe des jeweils geleisteten Arbeitsvolumens an bezahlter Erwerbsarbeit – dargestellt anhand von Vollzeitäquivalenzquoten – annähert: So lag in der Tschechischen Republik die Vollzeitäquivalenzquote bei Frauen bei 55,1% und somit damit um einiges höher als jene der österreichischen Frauen (51,7%). In der Slowakischen Republik (51,3%) und in Ungarn (50,0%) erreichte die Vollzeitäquivalenzquote von Frauen einen annähernd gleichen Wert wie in Österreich (Thiel 2006: 25f).

Schließlich soll auch in Kürze auf einen weiteren wichtigen Indikator für die frauenbenachteiligende Beschäftigungssituation von Frauen eingegangen werden, den „gender pay gap“, d.h. die Differenz zwischen Frauen- und Männereinkommen in Prozent. Wenngleich die EU seit Jahrzehnten die Herstellung von Entgeltgleichheit zwischen den Geschlechtern als Ziel verfolgt, ist diese – wie alle Statistiken belegen – noch fernab jeglicher Realität. In den vier Staaten, in denen die Centropo-Regionen liegen, stellt sich die geschlechtsspezifische Lohndifferenz wie folgt dar: Am größten ist der Lohnabstand zwischen Frauen und Männern mit 23% in der Slowakischen Republik, gefolgt von der Tschechischen Republik mit 19%, von Österreich mit 17%; in Ungarn erreicht die Lohndifferenz den geringsten Wert mit 14% (ebd.: 27ff).

In Hinblick auf die vertikale Teilung des Arbeitsmarktes zeigt sich, dass es Frauen nach wie vor nur in sehr geringem Ausmaß gelingt, Führungspositionen zu erreichen, sie bleiben auch in der Slowakischen Republik, in Ungarn, in der Tschechischen Republik und in Österreich unterrepräsentiert, und dies zum Teil erheblich (vgl. Europäische Kommission 2008: 32ff).

Vergleichbare Analysen zur Ungleichheit sind auf regionaler Basis kaum vorhanden, weshalb auf nationale Daten zurückgegriffen werden muss. Generell betrachtet hat die Ungleichheit in allen vier Ländern in den letzten Jahren zugenommen (vgl. Euromemo 2007). Dies äußert sich darin, dass die Lohnspreizung zum Teil stärker geworden und insbesondere in Österreich die Lohnquote zugunsten der Profitquote gefallen ist. Gleichzeitig hat sich jedoch der Abstand im BIP-pro Kopf (gemessen in Kaufkraftparitäten) aufgrund der deutlichen Wachstumsunterschiede zwischen den einzelnen Staaten verringert (vgl. WIFO/WIIW 2007). Bezogen auf Beschäftigungs- und Arbeitslosenquoten hat Wien jedoch im Vergleich in der Regel schlechtere Werte. Während in Wien die Quote arbeitsloser Männer deutlich über der Quote der Frauen liegt, so ist

in allen anderen Teilregionen die Frauenarbeitslosigkeit höher und auch in den letzten Jahren hat sich dieses Gender-Gap erweitert (vgl. WIFO/WIIW 2007: 46f).

Überdies sind pro-Kopf Werte allein nur zum Teil aussagekräftig. Um das ökonomische Gewicht bestimmter Teilregionen zu bestimmen, ist auch die absolute Höhe des Bruttoregionalproduktes ein wichtiger Indikator. Aufgrund der wesentlich höheren Bevölkerungszahl in Wien bzw. im österreichischen Raum der Centrope Region ist das relative Gewicht im Vergleich zu den nicht-österreichischen Teilregionen ungleich höher. Gleichzeitig zeigt sich auch, dass es sich bei der Centrope Region nicht um eine sich ökonomisch – etwa bezogen auf Verflechtungen oder Synchronismus der Entwicklung im Konjunkturzyklus – von anderen territorialen Einheiten unterscheidbare Region handelt (Palme/Feldkircher 2005). Vielmehr wird damit deutlich, dass der Begriff der Region Centrope allenfalls ihrer eigenen zukünftigen Realisierung voraus ist. Dennoch zeigt sich die führende ökonomische Rolle des Kernlandes Vienna-Region auch darin, dass im Prozess der Etablierung der formalen Centrope Region die Initiative von dieser ausging. Angesichts der Tatsache, dass die Wachstumsraten in Österreich seit dem EU-Beitritt relativ moderat waren (vgl. AMECO 2008), erklärt sich vielleicht, warum es nunmehr ebenso auf regionaler Ebene eine stärkere Bereitschaft gegeben haben mag, entsprechende wachstumsfördernde Initiativen, wie etwa die Centrope-Initiative, zu setzen.

Weissenbacher (2007) weist des Weiteren darauf hin, dass die Grenze, welche die Centrope-Region durchzieht, eine ist, die sehr tiefe historische Wurzeln hat. Ein wichtiger Unterscheid zeigt sich in einer schon bis ins Mittelalter zurückreichenden Verschiedenheit der sozioökonomischen Struktur in Ost und West, die mit einer untergeordneten Einbindung in die westeuropäische Entwicklung einherging. Seit Ende des Realsozialismus haben sich die Zentrum-Peripherie-Beziehungen auf ökonomischer und politischer Ebene wieder verstärkt akzentuiert. Dies manifestiert sich in einer Verschiebung hin zu ausländischem Eigentum im Unternehmenssektor im Allgemeinen und im Finanzsektor im Besonderen. Während von Österreich aus vor allem aktive Direktinvestitionen in den Centrope-Ländern getätigt werden, so gibt es umgekehrt kaum nennenswerte Kapitalflüsse (vgl. OeNB 2007: 7ff). Diese ungleichen EigentümerInnenmuster konzentrieren die Entscheidungsgewalt – und damit verbundene Unternehmensaufgaben und Arbeitsfelder – stärker im ökonomischen Zentrum der Region und bilden damit die Grundstruktur für sich aufbauende langfristige Entwicklungsmöglichkeiten der unterschiedlichen Teile der Region Centrope. Dem entgegen wirken jedoch die Mittel aus den EU-Kohäsionsfonds. Sie belaufen sich in den CEE-Ländern auf ca. 2-4% des BIP und liegen damit relativ gesehen über den ERP Mitteln im Zuge des Marshall Planes, die zwischen 1948 und 1952 ca. 2% des BIP betragen hatten (vgl. WIFO/WIIW 2007: 101). Dies hat wesentlich auf die nach wie vor feststellbare Tendenz zur Konvergenz im BIP pro Kopf zwischen den Regionen Einfluss.

Insgesamt ist festzuhalten, dass sowohl innerhalb der Teilregionen von Centrope als auch zwischen den einzelnen Teilregionen erhebliche sozioökonomische Unterschiede bestehen und damit keinesfalls von einer homogenen Region ausgegangen werden kann. Diese Unterschiede sind zum Teil auch in der spezifischen Interaktion zwischen den einzelnen Teilräumen begründet und stellen eine wichtige Einflussgröße auf die Territorialität der Regulierung sowie die damit verbundenen Governance-Strukturen dar. Die AkteurInnen (und Institutionen) und deren sich ver-

ändernde Strategien sowie Governance-Prozesse konstituieren sich auch auf der Basis dieser sozioökonomischen Strukturen und stehen mit ihnen in einem dialektischen Wechselverhältnis (vgl. Jessop 2003).

Es kann also festgestellt werden, dass vielfältige sozioökonomische Verflechtungen und grenzüberschreitende Kooperationen bereits heute aktiv gelebt und praktiziert werden (vergleiche die Beiträge von Breinbauer und Trippel in dieser Ausgabe). Zu fragen ist daher, welche Governance-Prozesse damit korrespondieren und inwiefern die sich etablierenden Governance-Strukturen innerhalb des formalen Centrope-Projektes – also im Rahmen des Euregio-Projektes – oder eher jenseits dessen zu verorten sind. In einem weiteren Schritt stellt sich die Frage, wie sich die existierenden Governance-Prozesse im Hinblick auf (ungleiche) sozioökonomische Strukturen auswirken: ob z.B. tendenziell Entwicklungen in Richtung Kohäsion und regionalem Angleichung oder eher existierende Fragmentierungstendenzen verstärkt werden und inwiefern unterschiedliche Sektoren und Gruppen unterschiedlich profitieren und daher auch unterschiedliche Strategien verfolgen. Vor dem Hintergrund europäischer Wettbewerbspolitik ist hier vor allem der konkrete Umgang mit dem Spannungsfeld zwischen territorialem Standortwettbewerb zwischen Teilregionen (etwa bei Betriebsansiedelungen) und überregionaler Kooperation im Hinblick auf die Generierung gemeinsamer Wettbewerbsfähigkeit auf globaler Ebene von Interesse.

3.2 Governance in Centrope im Kontext der Euregios

Da sich Governance-Strukturen erst in längerfristigen Prozessen herausbilden und etablieren, kann deren Beschaffenheit und Bedeutung im Rahmen der erst im Jahr 2003 formal begründeten und damit noch recht jungen Centrope-Region zum jetzigen Zeitpunkt nur vorläufig erhoben und darüber hinaus am besten im Kontext von vergleichbaren übergeordneten Debatten verdeutlicht und interpretiert werden. Drei Ebenen können dabei herausgegriffen werden. Erstens lässt sich das Centrope-Projekt im Kontext der Diskussion um Regionalisierung bzw. New Regionalism (vgl. Kröcher 2007) und der daran anknüpfenden Debatten um Competitive-City-Regions (vgl. Jonas/Ward 2007; Ward/Jonas 2004) sowie im Kontext von übergreifenden Rescaling- bzw. Redimensionierungsdebatten begreifen (vgl. Jäger/Köhler 2007). In den Blick geraten dabei u.a. die übergeordneten gesellschaftlichen Restrukturierungs- und Transformationsprozesse, im Rahmen derer Regionen, im Vergleich zu anderen räumlichen Ebenen wie etwa der nationalstaatlichen, eine zunehmende politische Bedeutung erlangen und sich neue Formen von Regional Governance herausbilden. Zweitens lässt sich das Centrope-Projekt im weiteren Kontext des europäischen Integrationsprozesses (vgl. Bieling/Steinhilber 2000; Bieling/Lerch 2005) und der darin zu verortenden europäischen Struktur- und Regionalpolitik (vgl. Maier et al. 2006) verstehen. Die in diesem Rahmen, insbesondere durch Interreg-Programme, geförderte Bildung von grenzüberschreitender Kooperation und grenzüberschreitenden Regionen lässt sich vor allem im Hinblick auf die Ziele Kohäsion und Wettbewerbsfähigkeit betrachten und in Debatten zu Cross-border-Governance einordnen (vgl. Perkmann 1999, 2003, 2007; Gualini 2003; Strüver 2004; Scott 1999). Drittens macht eine Betrachtung der sich herausbildenden Cross-border-Governance-Prozesse schließlich auch deutlich, dass grenzüberschreitende Kooperationen zwar im Rahmen der formellen grenzüberschreitenden EU-Regionen gezielt gefördert werden

sollen, eine Vielzahl relevanter Kooperations- und Austausch-Prozesse jedoch gerade nicht in diesem formellen Rahmen stattfindet.

Die Einordnung von Centrope als eine im Jahr 2003 im Rahmen des EU-Interreg-IIIa-Programms gegründete grenzüberschreitende Region legt es nahe, die Bedeutung von Centrope in diesem Kontext zu diskutieren. Insbesondere gilt es, die Bedeutung von Centrope an den in diesem Kontext formulierten Zielen (ausgedrückt etwa durch Slogans wie „Europa der Regionen“ und „Europa ohne Grenzen“) zu messen und zugleich auf Erfahrungen im Rahmen von anderen – älteren – Euregios vergleichend zurückzugreifen (vgl. ÖROK 2005 oder etwa Strüver 2004 zur deutsch-niederländischen Euregio Rhine-Waal). Im Rahmen von Untersuchungen zu Cross-border-Governance geraten vor allem zwei Dimensionen in den Blick. Zum einen die Frage nach der Beschaffenheit der neu entstehenden Formationen von Cross-border-Governance im Hinblick auf Institutionalisierungsprozesse und Multi-level-Governance und zum anderen die Bedeutung der Euregio für konkret praktizierte Beziehungen und Austauschprozesse – seien es wirtschaftliche Verflechtungen oder „in terms of local people’s spatial reference for their everyday life“ (Strüver 2004: 25). Cross-border-Governance lässt sich also beschreiben als ein „dual process of both formal institutionalization and informal integration“ (ebd.: 27). Den institutionellen Strategien „of exercising power by organizing space“ lassen sich also die sich etablierenden alltäglich gelebten Austauschprozesse oder Taktiken „of ordinary people’s everyday practices“ (ebd.: 35) gegenüberstellen. Beide korrespondieren, lassen sich jedoch nicht direkt voneinander ableiten.

Während auf der Alltagsebene – sei es von Individuen oder von Unternehmen – durchaus sehr konkrete Ansätze der grenzüberschreitenden Kooperation ausgemacht werden können, zeigen die Governance-Strukturen im Rahmen des formellen Centrope-Projektes eher die Merkmale einer „cross-border-regionalization from above“ (Strüver 2004: 26). Das eher top-down geprägte europäische Cross-border-Governance-Modell ist somit – im Gegensatz zum kaum formalisierten eher bottom-up geprägten nordamerikanischen Modell – als integraler Bestandteil einer supranationalen Integrationslogik zu verstehen, welche bestrebt ist, auch übergeordnete Ziele wie ökonomische, soziale und territoriale Kohäsion zu transportieren (vgl. Clarke 2002: 4). Die Projektlogik ist auf eine Einbeziehung der verschiedenen räumlichen Ebenen also auf eine Realisierung einer Multi-Level-Governance ausgerichtet. Wenngleich Euregios immer von der EU und den beteiligten Regionen kofinanziert sind, so spielen doch die finanziellen Mittel von Seiten der EU eine zentrale Rolle – was zugleich immer auch bedeutet, deren administrative Vorgaben bei der Abwicklung erfüllen zu müssen. Zugleich basiert jedoch gerade die Intensität grenzüberschreitender Kooperationen wesentlich auf dem Involvierungsgrad der beteiligten subnationalen regionalen Einheiten (vgl. Perkmann 2003: 155).

Die Initiierung des Projektes Centrope ging zunächst sehr stark vom ökonomischen Zentrum der Region, nämlich Wien bzw. von Österreich aus – die formelle Unterzeichnung des Projektes erfolgte schließlich durch die politischen VertreterInnen der 16 beteiligten Teilregionen. In der ersten Phase gesteuert und umgesetzt wurde das Projekt von den drei Gremien: Politische Konferenz (Advisory Board), als Aufsichtsorgan und Diskussionsforum von RepräsentantInnen der Teilregionen, einem Steering Commite, welches mit politischen VertreterInnen der Teilregionen

besetzt wird, und einem Consortium für die operative Arbeit. Die Kofinanzierung erfolgte in der ersten Phase ausschließlich von österreichischer Seite und auch die Initiative für die Umsetzung konkreter Projekte ging stärker von dort aus. Im Projektverlauf wurden drei politische Treffen abgehalten, in Kittsee (2003), St. Pölten (2005) und Wien (2006), im Rahmen derer jeweils perspektivische Deklarationen verfasst wurden („Building a European Region“ (2003), „We grow together, together we grow“ (2005), „We shape the Future – Centrope 2006plus“ (2006)). Im Rahmen von Pilotprojekten wurden Kooperationsziele konkretisiert. Der Bericht „Vision Centrope 2015“ aus dem Jahr 2006 dokumentiert Zwischenergebnisse der ersten Phase und markiert den Übergang zu einer zweiten Projektphase. Die Schwerpunkte sollen dann auf den Arbeitsbereichen: Wissenschaft & Innovation, Arbeitsmarkt & Qualifikation; Bildung, Wissenschaft & Forschung; Verkehr, Infrastruktur, Umwelt & Regionalentwicklung; Kultur & Kulturtourismus; Kommunikation & Kooperation liegen (ebd.). Hervorzuheben ist insbesondere, dass in einer zweiten Phase (2009-2011) eine gleichberechtigte Finanzierung der Projekte durch die beteiligten ProjektteilnehmerInnen geplant ist. Dies ist ein Schritt zu einer formell ausgewogeneren Beteiligung aller Teilregionen, wobei sich zeigen wird, inwieweit die bestehenden strukturellen Unterschiede – etwa hinsichtlich Bevölkerungszahlen und Wirtschaftsdaten – eine faktische Gleichberechtigung ermöglichen werden.

Auf formal-rechtlicher Ebene sind Governance-Prozesse in der Centrope Region nach wie vor vorwiegend in den traditionellen territorialen Strukturen verankert. Der Centrope-Region ist daher in diesem Sinne keinesfalls eine eigene administrative Territorialität zuzuschreiben. Die Governance-Prozesse innerhalb des Projektes sind hingegen bisher nur schwach institutionalisiert und lassen sich besser mit „Netzwerk-Metaphern“ begreifen (vgl. Perkmann 2003). Auf der einen Seite wird ein solcher sich von dem herkömmlicher Gebietskörperschaften unterscheidender Steuerungsmodus im Sinne eines „Kooperationssystems“ als Grundlage für das Funktionieren von Euregios angesehen (vgl. Grossmann 2005). Auf der anderen Seite werden mit in schwach institutionalisierten Governance-Strukturen einhergehenden informellen Prozessen durchaus problematische demokratiepolitische Implikationen ausgemacht (vgl. Coimbra/Novy 2007).

Im Hinblick auf deren Antrittsmission werden Cross-border-Regionen jedoch vielfach als insgesamt eher wenig „erfolgreich“ eingeschätzt, da sie weder dazu beitragen, grenzüberschreitende Kooperation deutlich zu mobilisieren, noch einen tatsächlich neuen transnationalen Raum von Governance schaffen. Denn gerade die damit einhergehende Governance bliebe im nationalstaatlichen Rahmen haften und sei durch top-down-Strukturen und demokratische Defizite gekennzeichnet (vgl. Strüver 2004: 27). Auch die im Rahmen der begleitenden Projekte bearbeiteten Themen seien eher „soft issues“, bezogen etwa auf kulturelle oder ökologische Fragen (Clarke 2002: 4). Vollständig ernüchterte Darstellungen sehen die Bedeutung von Euregios lediglich als Rahmen, um EU-Gelder zu beantragen (vgl. Strüver: 28; Clarke 2002: 4). Mit diesen Einschätzungen wird der Erfolg von Euregios jedoch teilweise an Zielen gemessen, für die sie nicht angetreten sind. Dagegen betont ÖROK (2005: 103) die Rolle von Europaregionen vor allem im Bereich der Bewusstseinsbildung – und damit in der Entwicklung von Voraussetzungen für zukünftige Kooperationen. Wenngleich sich im Rahmen der Centrope-Region weder sehr starke formelle Strukturen herausgebildet haben, noch starke Resonanzen in der öffentlichen

Wahrnehmung erzeugt wurden, so haben zumindest in Ansätzen Governance-Prozesse innerhalb dieser Region begonnen, sich stärker aufeinander zu beziehen.

Der Fokus auf die formell gegründete Euregio Centrope und die in diesem Rahmen initiierten Governance-Prozesse ermöglicht perspektivische Hinweise hinsichtlich der Rahmenbedingungen für künftige grenzüberschreitende Kooperationen. Zugleich wird aber auch deutlich, dass eine Vielzahl von grenzüberschreitenden Kooperationen gerade nicht innerhalb, sondern vor allem außerhalb dieses Rahmens stattfindet und dass die auf diese Prozesse ausgerichteten Governance-Strukturen folglich auch jenseits dieses engen Rahmens zu verorten sind. Zum einen bleiben traditionelle Regulierungsfunktionen, wie dargestellt, notwendigerweise in bestehenden Gebietskörperschaften und Territorien – auf lokaler, regionaler, nationaler und EU-Ebene – verhaftet. Zum anderen finden eine Vielzahl von grenzüberschreitenden Kooperationen sowie soziale und wirtschaftliche Verflechtungen bereits heute in deutlichem Umfang statt (vgl. den Beitrag von Trippl in dieser Ausgabe). Gerade Interessenvertretungen von Wirtschaftstreibenden im Hinblick auf grenzüberschreitende Aktivitäten werden bereits in großem Umfang gefördert – jedoch weniger im Rahmen des formellen Centrope-Projektes, sondern durch Förder- bzw. Governance-Strukturen, die sich außerhalb dessen etabliert haben – wie etwa die Aktivitäten der Wirtschaftskammer zur Förderung grenzüberschreitender Kooperationen. Eine Vielzahl grenzüberschreitender Kooperationen ist also weder an die formalisierte Region noch an in diesem Rahmen institutionalisierte Governance-Strukturen gebunden. Daher wird, obwohl der Bekanntheitsgrad des Centrope-Projektes sich in der Unternehmensbefragung¹ als relativ groß herausstellte, die Bedeutung des Projektes aus Sicht von Unternehmen als gering eingestuft. So geben 87% der WUB Befragten bzw. 53% der FHB Befragten an, dass dieses Projekt für ihre Unternehmung keine bzw. nur eine niedrige Bedeutung habe. Dem steht jedoch gegenüber, dass in beiden Samples 8% angeben, dass das Projekt für sie eine hohe Bedeutung habe. Das könnte einen Hinweis darauf enthalten, dass auch hier unterschiedliche Interessen bzw. Erwartungshaltungen vorhanden sind und dieses Projekt zwar nicht für den Großteil der befragten Wiener Unternehmen, so jedoch für einen relevanten Teil als wichtig anzusehen ist. Insbesondere erhofft man sich von diesem Projekt eine Erleichterung grenzüberschreitender Tätigkeiten, aber auch Lobbying für Unternehmen. Die bislang vorhandenen Institutionen und Governance-Prozesse für grenzüberschreitende Aktivitäten werden mehrheitlich als schwach eingeschätzt. Die Hälfte der befragten Unternehmen wünscht sich daher auch eine Verbesserung der Unterstützungsangebote. Die befragten Unternehmen wünschen zum Teil mehr Informationen über bestehende Förderstrukturen sowie über potenzielle PartnerInnen in der Centrope Region. Dies ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass die bisherigen Strukturen als unzureichend erachtet werden, um grenzüberschreitend zu interagieren. Entsprechend haben Prozesse in bisherigen Governance-Strukturen nur unzureichende materielle Ergebnisse erbracht. Durch eine aktivere und institutionalisierte Kooperation mit nicht-österreichische Institutionen in der Centrope-Region könnten entsprechend stärker ausgeglichene Governance-Strukturen geschaffen werden, die diese Defizite beseitigen. Damit gibt diese Befragung einen Eindruck der Einschätzung von Governance-Strukturen durch Wiener Unternehmen. Aktiv setzen sich die befragten Unternehmen jedoch

¹ An dieser Stelle möchten wir uns bei Michaela Trippl für die detaillierte Auswertung der Fragebögen bedanken. Für Details und die Struktur der Befragung siehe den Beitrag von Trippl in dieser Ausgabe.

kaum dafür ein. Wenngleich mit der Etablierung von Governance-Strukturen – abgesetzt vom sehr viel enger gefassten Government-Begriff – immer auch eine Ausweitung der potenziell involvierten Akteursgruppen angenommen wird, findet diese nur selektiv statt und setzt wiederum entsprechende Institutionen und Governance-Strukturen voraus. Es gilt jedoch zu beachten, dass die Einschätzung anderer sozialer Gruppen und in anderen Regionen verorteter AkteurInnen mit dieser Befragung nicht abgedeckt wird und daher diese Perspektiven ausgeblendet bleiben. Zugleich ist die Etablierung einer Region jedoch auch als längerfristiger Prozess zu verstehen – und insofern sind nicht die aktuellen Kooperationsformen, sondern die Perspektiven für zukünftige Rahmenbedingungen zu hinterfragen.

3.3 Governance Strategien und (ungleiche) Strukturen

Im Hinblick auf die zuvor geschilderten durchaus ungleichen strukturellen Ausgangsbedingungen stellt sich bezüglich der Herausbildung von Governance-Strukturen die Frage, wie mit dem Spannungsfeld zwischen Kooperation und Konkurrenz von verschiedenen am Prozess beteiligten AkteurInnen produktiv umgegangen wird.

Bezogen auf die erste Phase des Centrope-Projektes, in der die Kofinanzierung vollständig von Österreich übernommen wurde, kann geschlossen werden, dass nicht nur die Initiierung des Projektes, sondern auch die tragende Rolle des Projektes bei Wien bzw. den österreichischen Teilregionen lag. Da in der zweiten Projektphase alle Projektteilnehmer gleichberechtigt an der Finanzierung beteiligt werden sollen, ist in dieser Hinsicht zumindest formal ein höheres Maß an Gleichberechtigung zu erwarten. Die gegebenen strukturellen Unterschiede – hinsichtlich Bevölkerungszahl, BIP pro Kopf und asymmetrischer EigentümerInnenstruktur – bestehen jedoch weiterhin und werden im Projektverlauf mitzudenken sein.

Während in Euregio-Diskursen die Vorstellung von strukturellen oder historischen Gemeinsamkeiten sowie von aktuellen funktionalen Austauschbeziehungen immer eine zentrale Rolle spielt, zeigen Untersuchungen von anderen Euregios, dass weniger aktuell existierende Gemeinsamkeiten, sondern der Verlauf und das Engagement in den Konstruktionsprozessen der Region entscheidend für weitere Schritte waren (vgl. Perkmann 2003: 157ff). Bestandteil der ersten Centrope-Phase war es auch, diejenigen Bereiche zu identifizieren, in welchen Kooperation aus Sicht der beteiligten Teilregionen notwendig und möglich sind. Herausgebildet haben sich dabei zum einen Bereiche, in denen ein koordiniertes und abgestimmtes Vorgehen für alle Beteiligten sinnvoll erscheint – etwa bei der Verkehrswegeplanung. Zum anderen wurden Bereiche identifiziert, in denen ein Zusammenschluss der Teilregionen mehr Wettbewerbsfähigkeit im Hinblick auf globale Märkte verspricht – etwa die Förderung von Technologie-Clustern, die ja gemeinhin aus Gender-Perspektive – ohne gleichzeitig begleitende weiterführende Maßnahmen zu setzen – eher als problematisch erachtet werden.

Keine eindeutigen Positionen lassen sich im Hinblick auf die deutlichen strukturellen Unterschiede sowie die unterschiedlichen Entwicklungsgeschwindigkeiten der Teilregionen ausmachen. Während zum Teil asymmetrische Beziehungen und Entwicklungsunterschiede als ungünstige Basis für dauerhafte Kooperationsbeziehungen gesehen werden, so werden eben jene Unterschiede immer wieder als – sich komplementär ergänzende – Standortvorteile identifiziert.

So hält z.B. WIFO/WIIW (2007: 109f) fest, dass eine weitere Spezialisierung anhand der komparativen Vorteile sinnvoll erscheint. Ob dies als langfristige Entwicklungsstrategie auch für die Regionen in den CEE-Staaten erfolgreich ist, bleibt jedoch abzuwarten.

Mit der formalen Etablierung der Centrope-Region im Jahre 2003 wurde ein neues Image und eine neue Ausrichtung grundgelegt. Nicht mehr die Stadt Wien (bzw. später Vienna-Region), sondern die grenzüberschreitende Region wurde als zentraler Bezugspunkt definiert und steht seither im Zentrum des lokalen Diskurses zur regionalen Wirtschaftspolitik. Die Stadt wird also gemeinsam mit dem weiteren geographischen Umfeld dargestellt. Damit mag der Eindruck entstehen, als würde die Stadt mit „ihrem ökonomischen Hinterland“ dargestellt.² Bisher fällt auf, dass dieser Diskurs primär von Wien und in Ansätzen von den dazugehörigen Teilregionen in Österreich propagiert wurde, während er in den ökonomisch peripheren tschechischen, slowakischen und ungarischen Teilregionen bislang kaum Einzug gehalten hat.³

Die Aussagen der Stadt Wien in strategischen Planungsdokumenten wie dem Stadtentwicklungsplan oder dem Strategieplan (vgl. Stadt Wien 2000, 2004, 2005) beziehen zur veränderten Rolle der Stadt im Zuge des europäischen Integrationsprozesses deutlich Stellung. Im Kontext der neuen Herausforderungen soll die Stadt Wien etwa „als Zentrum der größten städtischen Agglomeration Mitteleuropas“ eine aktive Rolle spielen und unter anderem „den international agierenden Unternehmen beste Voraussetzungen [...] bieten, um an diesem Wachstumsmarkt ‚vor der eigenen Haustüre‘ erfolgreich teilnehmen zu können“ (Stadt Wien 2005: 32f). Das Spannungsfeld zwischen Konkurrenz um Betriebsansiedelungen und Kooperation bei der „Entwicklung der Gesamtregion zu einem global wettbewerbsfähigen Standort“ soll in Richtung „Co-opetition“, der „Gleichzeitigkeit von Konkurrenz und Kooperation“ (ebd.: 98) aufgelöst werden.

Die zuvor dargestellten Erkenntnisse aus der disaggregierten Betrachtung von gleichstellungs- und geschlechterpolitischen Aspekten verdeutlichen jedoch, dass sich aus standortpolitischen Argumenten auf der Ebene von Teilregionen keine konkreten Schlussfolgerungen für die Situation einzelner Interessensgruppen ableiten lassen. So profitieren beispielsweise Frauen von wirtschaftspolitischen Maßnahmen in vielen Fällen weniger als Männer. Ebenso ergeben sich traditionell unterschiedliche Anforderungen aus der Perspektive von ArbeitnehmerInnen, welche ein höheres Lohnniveau anstreben, und Unternehmen, welche auf Kostensenkung ausgerichtet sind. Auch haben kleine und mittlere Unternehmen (KMUs) im allgemeinen andere Anforderungen an ihr Betriebsumfeld als große Industriebetriebe. Während transnationale Unternehmen längst in Richtung entfernterer Standorte und Märkte operieren, spielen die im Rahmen des Centrope-Projektes geförderten grenznahen Gebiete vor allem für grenzüberschreitende Aktivitäten von KMUs eine wichtige Rolle.

2 Wie jedoch die ökonomischen Analysen (siehe oben) zeigen, ist eine solche Struktur nur bedingt anzutreffen. Vielmehr ist die Einbindung der einzelnen Centrope Teilregionen sowie der jeweiligen Staaten von weitaus größerer Bedeutung. Dennoch können die ungleichen Strukturen innerhalb dieser Region, die eindeutig Wien einen zentralen Status zumessen, nicht vernachlässigt werden, auch wenn die wirtschaftlichen Bande noch relativ dünn geknüpft sind.

3 Diese unterschiedliche diskursive Aktivität kann jedoch zum Teil auch damit begründet werden, dass das Centrope-Projekt in seiner Anlaufphase organisatorisch und finanziell von den österreichischen AkteurInnen initiiert und getragen worden ist.

Teilregionen können insofern keineswegs als sich gegenüberstehende konsistente Blöcke mit homogenen Interessen verstanden werden. Nicht nur die Frage, wie die Teilregionen in der Tschechischen Republik, der Slowakischen Republik, Ungarn und Österreich zu einem Interessenausgleich finden, wird in Zukunft für die Zu- oder Abnahme von sozialräumlichen Fragmentierungsprozessen von Bedeutung sein. Eine gleichfalls bedeutsame Rolle spielt es, inwiefern sich innerhalb dieser Räume auch unterschiedliche – gesellschaftlich dominante, aber durchaus auch stärker marginalisierte – Interessengruppen in solche Kooperationsprozesse einbringen können. Die weniger formalisierten Governance-Strukturen bieten hier nur scheinbar eine Chance, denn wie Erkenntnisse aus der Governance-Forschung zeigen, können sich in diesem Rahmen vor allem die gesellschaftlich dominanten Gruppen leichter einbringen. Gleichzeitig mitzudenken sind daher immer auch konkrete Rahmenbedingungen – in Form von Recht, institutionellen Strukturen, Ressourcenausstattungen – welche Fragmentierungsprozessen entgegenwirken.

4 Conclusion

Zum heutigen Zeitpunkt lassen sich im Rahmen der formalen Centrope-Region eher schwache und informelle Governance-Strukturen herauslesen. Dies ist wenig verwunderlich, da der Projektrahmen letztendlich nur auf die Verbesserung von Rahmenbedingungen für grenzüberschreitende Kooperationen, jedoch nicht auf die Institutionalisierung einer neuen territorialen Regulierungsebene ausgerichtet ist. Zugleich wird deutlich, dass eine Vielzahl von grenzüberschreitenden Austausch- und Verflechtungsprozessen bereits heute stattfindet, jedoch in den meisten Fällen eher außerhalb des formalen Centrope-Rahmens – und insofern auch begleitet von Governance-Strukturen, die in anderen Bereichen zu verorten sind. Die Materialität der Region und ihrer Austauschprozesse stellt sich also auf unterschiedlichen Ebenen her, wobei die Bezugsräume von Regulations- und Akkumulationsprozessen raumzeitlich nicht immer deckungsgleich sind. Während die Bedeutung von Euregios – und da ist die Centrope-Region nicht auszunehmen – also teilweise als gering eingeschätzt wird, werfen sie im Kontext europäischer Wettbewerbspolitik weiterhin Fragen auf, inwiefern sie einen Rahmen bieten, um auf Fragmentierungs- oder Kohäsionsprozesse einzuwirken. Der paradigmatische Slogan der Centrope-Region “We grow together – together we grow” suggeriert eine produktive Lösung des Spannungsfeldes in den Teilregionen zwischen Konkurrenz (etwa um Betriebsansiedelungen) und Kooperation (etwa hinsichtlich der Platzierung auf globalen Märkten) durch „Co-opetition“. Eine Betrachtung der teilweise sehr unterschiedlichen strukturellen Ausgangs- und Rahmenbedingungen legt jedoch grundlegende Interessendifferenzen, nicht nur zwischen Teilregionen des Centrope-Raumes, sondern verstärkt auch zwischen unterschiedlichen Gruppen – wie etwa Männern und Frauen, aber auch unterschiedlichen sozialen Schichten und Klassen – innerhalb dieser Teilräume nahe. Einer weiteren Fragmentierung der Region kann nur durch Governance-Strukturen und Prozesse entgegengewirkt werden, welche diese unterschiedlichen Interessenlagen, im Sinne einer Orientierung am Allgemeinwohl, jenseits der Verengung auf Wettbewerbsfähigkeit, erlauben.

Literatur

AMECO (2008): Annual Macro Economic Database. http://ec.europa.eu/economy_finance/indicators/annual_macro_economic_database/ameco_contents.htm, 2.9.2008.

Appelt, E. (1995): Frauen und Fraueninteressen im korporatistischen System. In: Bundesministerium für Frauenangelegenheiten, Bundeskanzleramt (Hg.): Frauenbericht 1995. Bericht über die Situation der Frauen in Österreich. Wien, 610-614.

Arbeiterkammer Wien (2005): Ein Jahr EU-Erweiterung: Trends und Fakten. Eine umfassende Analyse aus Sicht der Bundesarbeiterkammer, Wien.

Aufhauser, E./Herzog, S./Hinterleitner, V./Oedl-Wieser, T./Resinger, E. (2003): Grundlagen für eine „Gleichstellungsorientierte Regionalentwicklung“, Endbericht, Studie im Auftrag des Bundeskanzleramtes, Abteilung IV/4, Wien.

Becker, J. (2002): Akkumulation, Regulation, Territorium. Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie. Marburg: Metropolis.

Bergmann, N./Willsberger, B./Kovacs, P./Szabo, S. (2005): Gleichstellung?! Situation von Frauen in der österreichisch-ungarischen Grenzregion. Wien.

Bieling, H.-J./Steinhilber, J. (Hg., 2000): Die Konfiguration Europas: Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Bieling, H.-J./Lerch, M. (Hg., 2005): Theorien der europäischen Integration. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Blatter, J. (2004): 'From Spaces of Place' to 'Spaces of Flows'? Territorial and Functional Governance in Cross-border Regions in Europe and North America. In: International Journal of Urban and Regional Research 28(3), 530-548.

Bourdieu, P. (1987): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt: Suhrkamp.

Boyer, R. /Saillard, I. (2002): Régulation Theory. The State of the Art. London: Routledge.

Brenner, N. (2001): The limits to scale? Methodological reflections on scalar structuration. In: Progress in Human Geography 25 (4), 591-614.

Buchinger, B./Gschwandtner, U. (2007): Chancen und Perspektiven für die Wiener Wirtschaft im Kontext der Europaregion Mitte (Centroe) – Ein transdisziplinärer Ansatz zur Regionalentwicklung in der Wissensgesellschaft. Eine geschlechtsspezifische Datenanalyse, unter Mitarbeit von Ulrike Garstenauer. In: Working Paper Series by the University of Applied Sciences of bfi Vienna. Wien.

Clarke, S. (2002): Spatial concepts and cross-border governance strategies: comparing North American and Northern Europe experiences. Paper presented at the EURA Conference on

Urban and Spatial European Policies, Turin 18-20 April 2002. http://www.eu-polis.polito.it/eura-conference2002/Paper_pdf/9Clarke.pdf, 2.7.2008.

Coimbra de Souza, D./Novy, A. (2007): New Regions and New Modes of Regional Governance in Central Europe and in Brazil. In: *Journal für Entwicklungspolitik* 23(1), 51-74.

Europäische Kommission (1999): EUREK – Europäisches Raumentwicklungskonzept. Auf dem Wege zu einer räumlich ausgewogenen und nachhaltigen Entwicklung der EU. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften. <http://europa.eu.int>, 2.7.2008.

European Commission (2004): A new partnership for cohesion. Convergence competitiveness cooperation. Third report on economic and social cohesion. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften. <http://europa.eu.int>, 2.7.2008.

Gough, J. (2004): Changing scale as changing class relations: variety and contradiction in the politics of scale. In: *Political Geography* 23, 185-211.

Grossmann, R. (2005): Was können AkteurInnen der Europaregionen von den Erfahrungen der systemischen Organisationsentwicklung lernen? Vortrag auf der Fachtagung „Welchen Mehrwert bieten Europaregionen für wen?“ Wien, 6.5.2005.

Gualini, E. (2003): Cross-border Governance: Inventing Regions in a Trans-national Multi-level Polity. In: *DISP* 152, 43-52.

Hartmann, M. (2006): *Eliten und Macht in Europa. Ein internationaler Vergleich.* Frankfurt: Campus Verlag.

Huber, P./Mayerhofer, P. (2006): Structural Change in the CENTROPE Region. In: OeNB (Hg.): *New Regional Economics in Central European Economies: The Future of Centrope.* Proceedings of OeNB Workshops No.9. Wien: OeNB, 146-179.

Jäger, J./Köhler, B. (2007): Regionale Governance und Wettbewerbsfähigkeit: Transdisziplinäre Perspektiven. In: *Wirtschaft und Management*, Band 7, November 2007, 7-23.

Jessop, B. (2003) *The Governance of Complexity and the Complexity of Governance: Preliminary Remarks on some Problems and Limits of Economic Guidance*, Department of Sociology, Lancaster University. <http://www.comp.lancs.ac.uk/sociology/papers/Jessop-Governance-of-Complexity.pdf>, 3.8.2008.

Kahlhammer, E./Lassnigg, L./Leitner, A./Pirklbauer, S./Walenta, C./Wroblewski, A. (2007): *Qualitätsentwicklung Gender Mainstreaming, Band 5: Indikatoren*, Publikationsreihe der EQUAL Entwicklungspartnerschaft QE-GM. Wien.

Keating, M. (2003): *The Invention of Regions: Political Restructuring and Territorial Government in Western Europe.* In: Brenner, Neil; Jessop, Bob; Jones, Martin; MacLeod, Gordon (eds.): *State/Space. A Reader.* Malden: Blackwell, 256-277.

- Keil, R./Brenner, N. (2003): Globalisierung, Stadt und Politik. In: Scharenberg, Albert/Schmidtke, Oliver (eds.): Das Ende der Politik? Globalisierung und der Strukturwandel des Politischen. Münster: Westfälisches Dampfboot, 254-276.
- Kramsch, O./Hooper, B. (eds., 2004): Cross-Border Governance in the European Union. London: Routledge, 25-40.
- Kröcher, U. (2007): Die Renaissance des Regionalen. Zur Kritik der Regionalisierungseuphorie in Ökonomie und Gesellschaft. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Lechner, F./Reiter, W./Höklova, M./Krajasits, C./Zanetti, G./Hendrich, A. (2001): Regiolab. Grenz-überschreitendes Arbeitsmarkt-Monitoring-System für städtische Regionen im Grenzgebiet Tschechische Republik-Slowakei-Ungarn, Endbericht. Wien: L&E/ÖIR.
- Le Galès, P./Lequesne, C. (1998): Regions in Europe. London: Routledge.
- Lipietz, A. (1992): Vom Althusserismus zur 'Theorie der Regulation'. In: Demirovic, Alex (ed.): Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozeß. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- MacLeod, G. (2001): New Regionalism Reconsidered: Globalization and the Remaking of Political Economic Space. In: International Journal of Urban and Regional Research 25(4), 804-829.
- Maier, G./Tödttling, F./Tripl, M. (2006): Regional- und Stadtökonomik 2. Regionalentwicklung und Regionalpolitik. Wien: Springer.
- OeNB (2006): New Regional Economics in Central European Economies: The Future of Centrope. Proceedings of OeNB Workshops No.9. Wien: OeNB.
- OeNB (2007): Österreichische Direktinvestitionen im Ausland und ausländische Direktinvestitionen in Österreich. Stand per Ende 2005. Sonderheft Statistiken. http://www.oenb.at/de/img/direktinvestitionen_2005_tcm14-67841.pdf, 2.7.2008.
- ÖROK (2002): Österreichisches Raumentwicklungskonzept – ÖREK 2001. Wien: ÖROK.
- ÖROK (2005): "Europaregionen" – Herausforderungen, Ziele, Kooperationsformen. Schriftenreihe des ÖROK Nr.169. Wien: ÖROK.
- ÖROK (2008): Zwölfter Raumordnungsbericht. Analysen und Berichte zur räumlichen Entwicklung Österreichs 2005-2007. Wien: ÖROK.
- Palme, G./Feldkircher, M. (2005): Wirtschaftsregion 'CENTROPE Europa Region Mitte': Eine Bestandsaufnahme. Wien: WIFO.
- Palme, G./Feldkircher, M. (2006): Economic Challenges in the CENTROPE Region. In: OeNB (Hg.): New Regional Economics in Central European Economies: The Future of Centrope. Proceedings of OeNB Workshops No.9. Wien: OeNB, 88-100.
- Perkmann, M. (1999): Building Governance Institutions Across European Borders. In: Regional Studies 33 (7), 657-667.

Perkmann, M. (2003): Cross-Border Regions in Europe. Significance and Drivers of Regional Cross-Border Co-Operation. In: *European Urban and Regional Studies* 10 (2), 153-171.

Perkmann, M. (2007): The construction of new scales: a framework and case study of the EUREGIO cross-border region. In: *Regional Studies* 41 (2), 253-266.

Perkmann, M./Sum, N.-L. (2002): Globalization, regionalization and cross-border regions: scales, discourses and governance. In: Perkmann, Markus/Sum, Ngai-Ling (eds.): *Globalization, Regionalization and Cross-Border Regions*. Hampshire: Palgrave Macmillan, 3-21.

Scott, J.W. (1999): European and North American Contexts for Cross-border Regionalism. In: *Regional Studies* 33, 605-617.

Stadt Wien (2000): *Strategieplan für Wien 2000. Qualität verpflichtet - Innovationen für Wien. Werkstattbericht Nr.32.* <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/strategieplan/strategieplan2000/pdf/strategieplan.pdf>, 2.7.2008.

Stadt Wien (2004): *Strategieplan 2004. Wien hat Visionen.* Wien: Magistrat der Stadt Wien. <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/strategieplan>, 2.7.2008.

Stadt Wien (2005): *STEP 05 - Stadtentwicklung Wien 2005.* Wien: Magistrat der Stadt Wien. <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/step/index.htm>, 2.7.2008.

Statistik Austria (2002): *Geschlechtsspezifische Disparitäten*, hg. vom Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen und vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Wien.

Strüver, A. (2004): 'We are only allowed to re-act, not to act'. Eurocrats' strategies and borderlanders' tactics in a Dutch-German cross-border region. In: Kramsch, Oliver/Hooper, Barbara (eds.): *Cross-Border Governance in the European Union*. London: Routledge, 25-40.

Thiel, A. (2006): Zwischen Lissabon und Tallinn, Europäische Beschäftigungsstrategie und Frauenerwerbstätigkeit nach der EU-Osterweiterung. In: *femina politica* 1/2006, 20-34.

Weissenbacher, R. (2007): Historical Considerations of Uneven Development in East Central Europe. In: Becker, Joachim/Weissenbacher, Rudy (eds.): *Dollarization, Euroization and Financial Instability. Central and Eastern European Countries between Stagnation and Financial Crisis?* Marburg: Metropolis-Verlag, 35-83.

WIFO/WIIW (2007): *Centrope Business and Labour Report 2007.* [http://www.centrope.info/static/files/baerdtneu/CENTROPE_Business_and_Labour_Report_2007_\(Englisch\).pdf](http://www.centrope.info/static/files/baerdtneu/CENTROPE_Business_and_Labour_Report_2007_(Englisch).pdf), 2.7.2008.

Wissen, M./Röttger, B./Heeg, S. (Hg., 2008): *Politics of Scale. Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik.* Münster: Westfälisches Dampfboot.

Zebisch, J./Sagner, A. (2007): *Geschlechtergerechte Regionalentwicklung. Für Ambitionierte, Methoden und Indikatoren für geschlechtersensible Regionalentwicklung. Ein Projekt im Rahmen von „GenderAlp! Raumentwicklung für Frauen und Männer“*, Salzburg.

Michaela Trippi

Ökonomische Verflechtungen und Innovationsnetze im Wirtschaftsraum Centrope



Michaela Trippi
Wirtschaftsuniversität Wien,
Institut für Regional- und
Umweltwirtschaft

Abstract

Das Ziel dieses Artikels besteht darin, grenzüberschreitende Wirtschaftsverflechtungen und Innovationsnetzwerke zwischen der Region Wien und den östlichen Centrope-Ländern Ungarn, Tschechien und Slowakei zu analysieren. Auf der Grundlage einer Auswertung von 177 Telefoninterviews mit Wiener Firmen wird gezeigt, dass vor allem Marktbeziehungen, zum Teil aber auch Zulieferverflechtungen und Direktinvestitionen eine wichtige Rolle als Integrationsmechanismen spielen. Nur wenig Evidenz konnte für eine grenzüberschreitende Wissenszirkulation und für kollektive Lernprozesse gefunden werden. Die starke Einbettung einiger der befragten Firmen in ihr regionales bzw. nationales Produktions- und Innovationssystem sowie die Existenz von Sprachbarrieren scheinen eine intensivere grenzüberschreitende Vernetzung zu unterbinden.

The aim of this article is to analyse cross-border economic linkages and innovation networks between the region of Vienna and the Eastern Centrope countries Hungary, Czech Republic and Slovakia. Drawing on the results of 177 telephone interviews with Viennese firms, it will be shown that it is particularly market linkages, but to some extent also supplier relations and direct investment that play an important role as mechanisms of integration. However, only little evidence for cross-border knowledge circulation and collective learning processes can be found. The lack of more intensive forms of cross-border networking seems to be related to the existence of language barriers and the fact that some of the surveyed firms are strongly embedded in their regional and national business and innovation systems.

1. Einleitung

Der weltweit zu beobachtende Trend zur Regionalisierung, die politischen und ökonomischen Umbruchprozesse in Zentral- und Osteuropa sowie die Erweiterung der EU haben dazu geführt, dass die Herausbildung grenzüberschreitender Wirtschaftsregionen in den letzten Jahren einen erheblichen Bedeutungsgewinn erfahren hat (Ohmae 1993, 1995; Maskell / Törnqvist 1999; Blatter 2004). Für die Stadt Wien haben diese Entwicklungen auf Grund der räumlichen Nähe zu den mittel- und osteuropäischen Transformationsländern ein besonderes Gewicht. Den neuen Herausforderungen wurde mit der Gründung der „Central European Region“ (Centrope) Rechnung getragen. Die Entstehung dieser Region ist das Ergebnis des politischen Willens zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Wien, Niederösterreich, dem Burgenland, der tschechischen Region Südmähren, den slowakischen Kreisen Bratislava und Trnava sowie den ungarischen Kreisen Győr-Moson-Sopron und Vas. Durch die Etablierung dieses grenzüberschreitenden Kooperationsraumes soll die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Region gestärkt werden (Palme / Feldkircher 2005).

In der Literatur herrscht Konsens darüber, dass die Herausbildung von ökonomischen Beziehungen und Innovationsnetzwerken eine wichtige Voraussetzung für die Entstehung und dynamische Entwicklung von grenzüberschreitenden Regionen darstellt (Heidenreich 1999; Tripl 2008). Das Ziel des vorliegenden Beitrags besteht darin, einen Überblick über die wichtigsten Ergebnisse einer kürzlich durchgeführten empirischen Erhebung von Verflechtungen Wiener Unternehmen mit den östlichen Centroe-Ländern Ungarn, Tschechien und Slowakei zu geben. Ein besonderes Augenmerk wird dabei vor allem auf die nachfolgend genannten Untersuchungsbereiche gelegt:

- Welche Verflechtungsmuster weisen Wiener Unternehmen mit AkteurlInnen in den östlichen Centroe-Ländern auf und welche Beziehungstypen stellen dabei die wichtigsten Integrationsmechanismen dar?
- Welchen Stellenwert hat die Centroe-Region für verschiedene Formen von grenzüberschreitenden Austauschbeziehungen?
- Welche Hemmnisse erschweren grenzüberschreitende Aktivitäten zwischen der Region Wien und den östlichen Centroe-Ländern?

Die Basis für die Bearbeitung dieser Forschungsfragen bilden insgesamt 177 Telefoninterviews mit Wiener Betrieben. Diese Interviews wurden im Rahmen des von der Stadt Wien geförderten Forschungsprojektes „Chancen und Perspektiven für die Wiener Wirtschaft im Kontext der Europa Region Mitte (Centroe) – Ein transdisziplinärer Ansatz zur Regionalentwicklung in der Wissensgesellschaft“ (Call 4) der Fachhochschule des bfi Wien durchgeführt. Nach einigen kurzen konzeptuellen Anmerkungen (Kapitel 2) werden die Hauptergebnisse aus diesen Interviews in Kapitel 3 dargestellt. Abschließend werden in Kapitel 4 die zentralen Resultate der empirischen Analysen zusammengefasst.

2. Sozio-ökonomische Verflechtungen und Innovationsnetzwerke in grenzüberschreitenden Wirtschaftsregionen

Grenzüberschreitende Regionen haben in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen (siehe hierzu anstatt vieler Ohmae 1993, 1995; Blatter 2004). Prominente Beispiele für solche Gebiete umfassen unter anderem die Öresund-Region an der schwedisch-dänischen Grenze (Maskell/Törnqvist 1999; Lundquist/Winther 2003; Coenen et al. 2004), das Grenzgebiet zwischen den USA und Mexiko (Scott 1999), die Region Hong Kong-Shenzhen in Asien (Wu 1998) sowie auch die „Central European Region“ (Centroe), welche sich an der Schnittstelle der vier Staaten Österreich, Tschechien, Slowakei und Ungarn befindet (WIFO/WIIW 2007).

Der wissenschaftliche Erkenntnisstand zu grenzüberschreitenden Wirtschaftsregionen ist mittlerweile weit höher als früher. In der jüngeren Vergangenheit fand insbesondere eine intensive Auseinandersetzung mit den politischen Governance-Strukturen und Steuerungsprozessen (Church/Reid 1999; Perkmann 1999, 2003, 2007; Scott 1999; Blatter 2003; Pikner 2008) in solchen Gebieten statt. Im Zentrum des Forschungsinteresses standen aber auch die Bedeutung ökonomischer und innovationsorientierter Verflechtungen (Hassink/Dankbaar 2005; Reger/Hassink 1997;

Koschatzky 2000, Coenen et al. 2004) sowie die Rolle verschiedener Arten von Grenzen und Entwicklungsbarrieren für eine grenzüberschreitende Regionalentwicklung (Anderson / O'Dowd 1999; Gualini 2003; Zillmer 2005). Darüber hinaus erfuhren die Bedingungen und kritischen Faktoren für die Etablierung und dynamische Evolution von grenzüberschreitenden „lernenden Regionen“ (siehe etwa Maskell / Törnqvist 1999) und Innovationssystemen (Trippel 2008) besondere Aufmerksamkeit.

In der einschlägigen Literatur herrscht weitgehend Einigkeit darüber, dass wirtschaftliche Verflechtungen bzw. Innovations- und Wissensnetze eine Grundvoraussetzung für die Entstehung und vor allem die dynamische Entwicklung von grenzüberschreitenden Regionen darstellen (siehe hierzu beispielsweise Heidenreich 1999; Trippel 2008). Seit einiger Zeit wird auch von Seiten der Politik versucht, verschiedene Formen von Kooperationen in diesen Regionen zu forcieren und gezielt zu unterstützen. Als Beispiele für solche politischen Steuerungsbemühungen auf der supranationalen Ebene lassen sich etwa die Programme Interreg, Tacis oder auch Phare der EU anführen. Grenzüberschreitende Wirtschafts- und Innovationsbeziehungen sind jedenfalls als zentraler Integrationsmechanismus zu betrachten. Das Fehlen solcher Beziehungen würde eine Situation der Fragmentierung widerspiegeln bzw. auf ein geringes Potenzial der Region zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit verweisen. In diesem Zusammenhang muss auch betont werden, dass die Entwicklung von grenzüberschreitenden Regionen nicht nur von der Existenz von Verflechtungen abhängt, sondern auch in ganz entscheidendem Maße von der Art der jeweils vorherrschenden Beziehungen. Asymmetrische Beziehungen, welche vor allem auf die Ausnützung von Einkommens- oder Lohnunterschieden ausgerichtet sind (Krätke 1999; Krätke / Borst 2007), bilden keine tragfähige Basis für eine innovationsorientierte Entwicklung, während symmetrische Verflechtungen und Wissensbeziehungen diesbezüglich gute Chancen bieten.

Die Intensität und Ausgestaltung von Verflechtungen und Verbindungen in grenzüberschreitenden Wirtschaftsräumen scheint dabei von einer Vielzahl von Faktoren abhängig zu sein: „A border area's comparative standing with regions and institutions in the neighbouring state has a particularly crucial bearing on the nature and extent of its cross-border relations. They may have very similar or very different economies and levels of development. Degrees of cross-border difference, complementarity or asymmetry – in terms of economic in/equality, political in/compatibility, and cultural and national identities – determine the potential for different types of cross-border relations that are affected, in turn, by the degree of 'openness' of the border concerned“ (Anderson / O'Dowd 1999: 597). Löfgren betont, dass „the patterns of [cross-border] interaction are shaped by traditional paths and interests as well as the new possibilities generated by market differences, currency swings, different welfare systems as well as variations in the legal and administrative systems on both sides of the border“ (Löfgren 2008: 201).

Sozio-ökonomische Verflechtungen sowie Kooperations- und Kommunikationsnetzwerke zwischen den Teilgebieten, welche eine grenzüberschreitende Wirtschaftsregion konstituieren, können sich in verschiedenen Bereichen ergeben und vielfältige Erscheinungsformen annehmen. Eine Typologie, welche einen differenzierten Blick auf grenzüberschreitende Beziehungsformen und Austauschprozesse ermöglicht, wurde unter anderem von Tödtling / Trippel (2007) vorgeschlagen und umfasst neben Handelsverflechtungen und ausländischen Direktinvestitionen auch

Clusterbeziehungen sowie Innovationskontakte und Wissensnetzwerke. Darüber hinaus ist noch die grenzüberschreitende Mobilität bzw. Migration von Arbeitskräften als spezifische Verflechtungsart zu erwähnen, die in diesem Beitrag allerdings nicht berücksichtigt werden konnte.

Als theoretische Fundierungen für diese Beziehungsformen bieten sich die internationale Handelstheorie, die Ansätze zu Direktinvestitionen, Produktionsverlagerungen und zur Arbeitskräftemobilität sowie die Konzepte zu industriellen bzw. regionalen Clustern und Innovationssystemen an. Eine Darstellung und Diskussion dieser theoretisch-konzeptionellen Ansätze würde den Rahmen dieses Beitrages sprengen und kann daher hier nicht geleistet werden. Ein Überblick über die zentralen Aussagen dieser Theorien sowie die Herausarbeitung von Schlussfolgerungen, welche sich aus der Anwendung dieser Konzepte auf grenzüberschreitende Wirtschaftsregionen ergeben, finden sich in Tödtling / Tripl (2007).

Im nächsten Kapitel wird mittels empirischer Analysen den Fragen nachgegangen, welchen Stellenwert unterschiedliche Typen von grenzüberschreitenden Verflechtungen im Wirtschaftsraum Centrope haben und in welchem Ausmaß diesen Verbindungen eine Innovationsorientierung zu Grunde liegt.

3. Empirische Analyse von Verflechtungen Wiener Unternehmen im Wirtschaftsraum Centrope

Die Region Centrope („Central European Region“) wird zu den wichtigsten grenzüberschreitenden Wirtschaftsräumen, welche sich nach dem Fall des eisernen Vorhanges an der Schnittstelle zwischen den alten und neuen EU-Mitgliedstaaten formiert haben, gezählt (WIFO / WIIW 2007). Verschiedene Untersuchungen haben darauf hingewiesen, dass Centrope durch eine erhebliche sektorale Heterogenität und Diversität sowie durch zum Teil ausgesprochen große Unterschiede und Disparitäten in Bezug auf die ökonomische Leistungskraft und die Innovationspotenziale der einzelnen Teilregionen gekennzeichnet ist (siehe etwa Palme / Feldkircher 2005; WIFO / WIIW 2007; Tripl 2008).

Rezente empirische Studien haben gezeigt, dass Wiener Unternehmen in den letzten Jahren in großem Umfang grenzüberschreitende Beziehungen mit AkteurInnen in den östlichen Centrope-Ländern Ungarn, Tschechien und Slowakei geknüpft haben. Es liegt Evidenz für intensive Handelsverflechtungen zwischen der Region Wien und den mittel- und osteuropäischen Ländern sowie für beträchtliche ausländische Direktinvestitionen von Wiener Unternehmen in den östlichen Centrope-Ländern vor (Palme / Feldkircher 2005; KMU Forschung Austria 2005, Huber / Mayerhofer 2006). In einer weiteren Studie wurden Kooperationen zwischen Wiener Firmen und Unternehmen in der Centrope-Region beleuchtet (WIFO / WIIW 2007). Dabei wurden Beziehungen in Form von Eigentumsverhältnissen (Gründung bzw. teilweiser Erwerb eines Unternehmens), Zuliefernetzwerken und andere Arten von Kooperation untersucht. Es zeigte sich, dass nicht weniger als 25% der befragten 404 Wiener Unternehmen zumindest eine dieser Arten von Verflechtungen aufweisen.

Im Folgenden werden die Hauptergebnisse einer eigenen empirischen Untersuchung verschiedener Arten von grenzüberschreitenden Austauschbeziehungen zwischen Wiener Betrieben und AkteurInnen in den östlichen Centrope-Ländern Ungarn, Tschechien und Slowakei zur Diskussion gestellt. Im Zuge der Bestandsaufnahme und Analyse grenzüberschreitender Aktivitäten wurde eine Unterscheidung zwischen den folgenden fünf unterschiedlichen Verflechtungstypen vorgenommen:

- Absatzbeziehungen
- Zulieferbeziehungen
- Direktinvestitionen
- Innovations- und Wissensbeziehungen
- Sonstige Kooperationen und Netzwerke.

3.1 Anmerkungen zur Methode

Als Basis für die empirische Analyse grenzüberschreitender Austauschbeziehungen im Centrope-Raum dienten 177 Telefoninterviews mit Wiener Betrieben. Die Telefoninterviews fanden in zwei „Befragungsrunden“ statt, die sich – insbesondere in Bezug auf die Vorgehensweise bei der Auswahl der Unternehmen – stark unterschieden. Aus diesem Grund und wegen der zum Teil deutlichen Unterschiede zwischen wichtigen Unternehmensmerkmalen werden im Folgenden die Ergebnisse aus beiden Befragungsrunden gesondert dargestellt. Die erste Befragungsrunde wurde von Studierenden der Fachhochschule des bfi Wien im April 2008 durchgeführt. Dabei wurden insgesamt 64 Betriebe (im Folgenden als „FHB“-Firmen bezeichnet) befragt. Bei der Identifikation bzw. Auswahl der befragten Unternehmen waren in erster Linie persönliche Kontakte der InterviewerInnen zu Wiener Betrieben ausschlaggebend. Es gab dabei keine Vorgaben in Bezug auf Alter, Sektorzugehörigkeit oder Unternehmensgröße der zu befragenden Firmen. Die zweite Befragungsrunde wurde von InterviewerInnen an der Wirtschaftsuniversität Wien in den Monaten Mai bis Juli 2008 durchgeführt. Es wurden eine geschichtete Stichprobe aus der Aurelia-Datenbank gezogen und 581 Betriebe kontaktiert. Nicht weniger als 113 Betriebe (im Folgenden als WUB-Firmen bezeichnet) erklärten sich bereit, an der Befragung teilzunehmen. Dies entspricht einer Rücklaufquote von 20%.

3.2 Charakteristika der befragten Unternehmen

Im Folgenden werden einige wichtige Merkmale der befragten Unternehmen dargestellt. Betrachtet man die Sektor- bzw. Branchenzugehörigkeit der Betriebe, dann zeigt sich, dass 51% der WUB-Firmen dem sekundären und 49% dem tertiären Sektor zuzurechnen sind. Wie aus Tabelle 1 ebenfalls ersichtlich ist, sind wissensintensive Betriebe der Sachgütererzeugung und wissensintensive Dienstleistungsbetriebe deutlich überrepräsentiert (74%), während nicht-wissensintensive (traditionelle) Sektoren schwächer vertreten sind (26%). Eine genaue Darstellung der Branchen nach ihrer Wissensintensität zeigt, dass 26% der Unternehmen dem wissensintensiven produzierenden Bereich (High-Tech und Medium-High-Tech) und ebenfalls 26% dem nicht-wissensintensiven Produktionsbereich (Medium-Low-Tech und Low-Tech) angehören. Der Rest (49%) umfasst Unternehmen des Dienstleistungssektors, wobei 18% in die Kategorie High-Tech-Dienstleistungen, weitere 18% in die Kategorie wissensintensive Markt-Dienstleistungen und 13% in die Kategorie wissensintensive Finanz-Dienstleistungen fallen. Die Unternehmen

im FHB-Sample unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Sektor- und Branchenzugehörigkeit von jenen des WUB-Samples stark. Nur 22% gehören dem sekundären Sektor an, während 73% dem Dienstleistungsbereich zuzurechnen sind. Weiters sind wissensintensive Sektoren (59%) im FHB-Sample schwächer vertreten. Dies gilt insbesondere für den wissensintensiven produzierenden Bereich, dem nur 8% der befragten Betriebe angehören. Aber auch traditionelle Produktionsbereiche (9%) sind im FHB-Sample nur schwach vertreten. Die Unternehmensanteile bei wissensintensiven Dienstleistungen entsprechen in etwa jenen im WUB-Sample. Schließlich ist noch anzumerken, dass das FHB-Sample Dienstleistungsbetriebe mit geringer Wissensintensität (22%) enthält, welche im WUB-Sample gar nicht aufscheinen.

Tabelle 1: Sektorale Charakteristika der befragten Unternehmen (% der Unternehmen)

	WUB N= 113	FHB N= 64
Sektoren		
Sekundärer Sektor	51	22
Tertiärer Sektor	49	73
Keine Angabe		5
Wissensintensität der Sektoren		
Wissensintensive Sektoren	74	59
Traditionelle Sektoren	26	41
Branchen nach Wissensintensität		
High Tech	14	5
Medium High Tech	12	3
Medium Low Tech	14	3
Low Tech	12	6
Knowledge intensive high tech services	18	14
Knowledge intensive market services	18	22
Knowledge intensive financial services	13	16
Less knowledge intensive services		22
Sonstige		9

Betrachtet man das Alter der befragten WUB-Betriebe, dann ist ersichtlich, dass ein Drittel dieser Unternehmen relativ jung (nicht älter als 10 Jahre) ist. Von den Firmen im FHB-Sample hingegen ist nur ein Viertel als jung einzustufen (Tabelle 2). Kleinunternehmen (1 bis 9 MitarbeiterInnen) sind im WUB-Sample sehr stark vertreten (46%). Kleinunternehmen machen 32% und mittlere und große Unternehmen 22% aus (Tabelle 2). Im FHB-Sample hingegen sind Kleinunternehmen (17%) deutlich geringer und Großunternehmen (36%) stärker repräsentiert. Die beiden Samples unterscheiden sich somit gesamthaft betrachtet relativ stark. Die WUB-Firmen sind deutlich kleiner und jünger, gleichzeitig aber auch wesentlich stärker in wissensintensiven Sektoren tätig als die FHB-Unternehmen. Weiters sind auch Unterschiede hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse feststellbar. Die FHB-Firmen gehören in weitaus größerem Ausmaß einer Unternehmensgruppe (61%) an als die WUB-Firmen (27%).

Welche Aktivitäten führen die befragten Unternehmen am Standort Wien aus? Die große Mehrheit der Betriebe in beiden Samples ist in der Erzeugung von Produkten bzw. der Erbringung von Dienstleistungen tätig (Tabelle 3). Aber auch andere Aktivitäten wie Handel und Vertrieb sowie Headquarter-Funktionen spielen eine Rolle. Unterschiede zwischen den zwei Samples bestehen vor allem im Bereich Headquarter-Funktionen für Centrope, die FHB-Unternehmen in größerem Ausmaß als WUB-Firmen innehaben sowie bei der Durchführung von Forschung und Entwicklung. Hier ist der Anteil der WUB-Unternehmen höher als jener der FHB-Betriebe. Dies dürfte in unmittelbarem Zusammenhang mit der größeren Wissensintensität der WUB-Betriebe stehen (siehe dazu oben).

Tabelle 2: Alter und Größe der befragten Unternehmen (% der Unternehmen)

	WUB N=113	FHB N=64
Alter		
Älter als 10 Jahre	66	73
10 Jahre oder jünger	34	25
Keine Angabe		2
<i>Mean</i>	1977	1970
<i>Median</i>	1991	1988
Größe (Anzahl MitarbeiterInnen)		
Kleinstunternehmen (1 bis 9)	46	17
Kleinunternehmen (10 bis 49)	32	25
Mittlere Unternehmen (50 bis 249)	14	14
Großunternehmen (250 und mehr)	8	36
Keine Angabe		8
<i>Mean</i>	69	829
<i>Median</i>	10	70

Tabelle 3: Aktivitäten der befragten Unternehmen am Standort Wien (% der Unternehmen)

	WUB N = 113	FHB N = 64
Produktion / Erbringung von Dienstleistungen	87	78
Handel / Vertrieb	48	40
Headquarterfunktion	30	39
Headquarterfunktion für Centrope	15	30
Forschung und Entwicklung	26	16

3.3 Die Verflechtungen im Überblick

Welchen Stellenwert haben bzw. in welchem Ausmaß bestehen grenzüberschreitende Verflechtungen zwischen Wiener Betrieben und AkteurInnen in Ungarn, Tschechien und der Slowakei? Von den 113 befragten WUB-Unternehmen weisen immerhin 56% zumindest eine Art von Verflechtung mit den östlichen Centrope-Ländern auf. Im Vergleich dazu sind die FHB-Betriebe mit den östlichen Centrope-Ländern noch intensiver verflochten. Von 64 befragten Unternehmen unterhalten nicht weniger als 72% zumindest eine Beziehungsform mit den Nachbarstaaten

Ungarn, Tschechien und Slowakei. Gesamthaft betrachtet haben die befragten Wiener Betriebe somit durchaus in beträchtlichem Maße grenzüberschreitende Wirtschaftsverflechtungen mit den östlichen Centropo-Ländern aufgebaut. Die FHB-Betriebe zeigen dabei ein noch intensiveres Verflechtungsmuster als die WUB-Unternehmen. Die FHB-Firmen repräsentieren in höherem Umfang ältere, größere und traditionelle Unternehmen und scheinen die Potenziale der Nachbarstaaten besser nutzen zu können als die im Vergleich dazu jüngeren, kleineren und wissensintensiveren WUB-Betriebe.

Nicht allen Verflechtungstypen kommt jedoch die gleiche Bedeutung zu (Tabelle 4). Den wichtigsten Verflechtungstyp für die WUB-Betriebe stellen Absatzbeziehungen dar. Immerhin 33% aller befragten Unternehmen geben an, Exporte in die östlichen Centropo-Länder zu tätigen. Aber auch Zulieferbeziehungen (24% aller Unternehmen) spielen eine Rolle. Innovationsbeziehungen (17%), Direktinvestitionen (14%), und sonstigen Kooperationen (5%) kommt im Vergleich dazu eine geringere Relevanz zu. Auch für die FHB-Betriebe sind Absatzbeziehungen der wichtigste Verflechtungstyp (50% aller befragten Unternehmen), gefolgt von ausländischen Direktinvestitionen (41%) und sonstigen Kooperationen und Netzwerken (34%). Vergleichsweise geringer ausgeprägt sind Zulieferbeziehungen (31%) und Innovationsnetzwerke (25%).

Tabelle 4: Bedeutung unterschiedlicher Typen von grenzüberschreitenden Verflechtungen (% der Unternehmen)

	WUB N= 113	FHB N= 64
Marktbeziehungen	33	50
Zulieferbeziehungen	24	31
Direktinvestitionen	14	41
Innovationsbeziehungen	17	25
Andere Kooperationen / Netzwerke	5	34

Weiterführende Analysen zeigen, dass ältere Unternehmen mehr grenzüberschreitende Verflechtungen mit den Nachbarländern aufweisen als jüngere Betriebe (siehe Tabelle 5). Zudem kann festgestellt werden, dass mittlere und große Unternehmen intensivere Verflechtungen als Kleinst- und Kleinbetriebe haben (Tabelle 5). Diese Ergebnisse haben für beinahe alle Beziehungstypen ihre Gültigkeit und sind sowohl für FHB-Betriebe wie auch für WUB-Unternehmen zu finden. Untersuchungen der Beziehungsmuster in Bezug auf sektorale Unterschiede hingegen ergeben kein eindeutiges Bild (Tabelle 5). Nur für die WUB-Betriebe können die erwartbaren Zusammenhänge festgestellt werden, da in diesem Sample Unternehmen, welche traditionellen Sektoren angehören, mehr Markt- und Zulieferbeziehungen haben als Hochtechnologie- und wissensintensive Dienstleistungsunternehmen. Betriebe der wissensintensiven Wirtschaftsbereiche hingegen unterhalten mehr Innovationsbeziehungen und haben darüber hinaus auch mehr Direktinvestitionen getätigt. Die FHB-Betriebe weichen von diesem Muster ab, da hier traditionelle Industrien mehr Innovationsbeziehungen als wissensintensive Sektoren aufweisen. Zusammenfassend betrachtet lässt sich die Schlussfolgerung ziehen, dass das Muster verschiedener grenzüberschreitender Beziehungen ein hochgradig sektorspezifisches Phänomen darzustellen scheint, wobei allerdings nur für die WUB-Unternehmen die erwarteten Zusammenhänge festgestellt werden konnten.

Tabelle 5: Beziehungstypen nach Sektorzugehörigkeit, Alter und Unternehmensgröße (% der Unternehmen)

Sektoren	Wissensintensive Sektoren	Traditionelle Sektoren	Pearson Chi-Square	
			Value	Sig.
WUB-Unternehmen				
Marktbeziehungen	27	48	4,274	0,039
Zulieferbeziehungen	18	43	6,987	0,008
Direktinvestitionen	18	3	3,682	0,055
Innovationsbeziehungen	22	7	3,129	0,077
Andere Kooperationen	6	3	0,350	0,554
FHB-Unternehmen				
Marktbeziehungen	50	52	0,024	0,877
Zulieferbeziehungen	24	46	3,302	0,069
Direktinvestitionen	40	44	0,127	0,721
Innovationsbeziehungen	23	33	0,791	0,374
Andere Kooperationen	44	30	1,084	0,298
Alter				
WUB-Unternehmen				
Marktbeziehungen	21	39	3,553	0,059
Zulieferbeziehungen	21	26	0,336	0,562
Direktinvestitionen	8	17	1,849	0,174
Innovationsbeziehungen	14	19	0,391	0,532
Andere Kooperationen	0	9	3,223	0,073
FHB-Unternehmen				
Marktbeziehungen	25	61	6,116	0,013
Zulieferbeziehungen	19	38	1,939	0,164
Direktinvestitionen	19	50	4,761	0,029
Innovationsbeziehungen	13	33	2,374	0,123
Andere Kooperationen	15	46	3,829	0,050
Unternehmensgröße				
WUB-Unternehmen				
Marktbeziehungen	31	40	0,768	0,381
Zulieferbeziehungen	22	32	1,033	0,310
Direktinvestitionen	10	28	5,060	0,024
Innovationsbeziehungen	17	22	0,347	0,556
Andere Kooperationen	7	0	1,372	0,241
FHB-Unternehmen				
Marktbeziehungen	30	72	10,481	0,001
Zulieferbeziehungen	26	37	0,759	0,384
Direktinvestitionen	23	53	5,412	0,020
Innovationsbeziehungen	15	41	4,835	0,028
Andere Kooperationen	19	59	9,429	0,002

Anmerkung: graue Felder: Wert größer als unter der Nullhypothese erwartet

3.4 Der Stellenwert der Centrope-Region für Verflechtungen

Welchen Stellenwert hat der östliche Teil der Centrope-Region (hierzu zählen die tschechische Region Südmähren, die slowakischen Kreise Bratislava und Trnava sowie die ungarischen Kreise Győr-Moson-Sopron und Vas) für unterschiedliche Typen von Verflechtungen? Eine hohe Bedeutung der regionalen Ebene wäre vor allem für Innovationsnetzwerke anzunehmen, weil der Austausch von Wissen und Expertise häufig vertrauensvolle und persönliche Kontakte erfordert, die durch geographische Nähe erleichtert werden (Storper 1997; Morgan 2004). Dazu kommt, dass der östliche Teil der Centrope-Region eine sehr gute Ausstattung mit wissensgenerierenden Einrichtungen (Universitäten, sonstige Forschungsorganisationen) aufweist, was ebenfalls Innovationskontakte in diesem Raum – insbesondere mit wissensproduzierenden Einrichtungen – erwarten lassen würde. Markt- und Zulieferbeziehungen hingegen sollten eher auf höheren räumlichen Maßstabsebenen zu finden sein. Die empirischen Analysen haben allerdings gezeigt, dass diese Erwartungen nur zum Teil zutreffen (Tabelle 6). Für die WUB-Unternehmen spielt die Region vor allem für Direktinvestitionen (60%), Innovationsnetze (41%) und Absatzbeziehungen (39%) eine wichtige Rolle. Keine hohe Bedeutung kommt ihr jedoch für Zulieferbeziehungen (23%) und sonstige Kooperationen (20%) zu. Auch in Bezug auf die Einschätzung der Bedeutung der Centrope-Region unterscheiden sich die FHB-Unternehmen wiederum recht deutlich von den WUB-Unternehmen. Für die FHB-Betriebe hat die Centrope-Region vor allem eine hohe Relevanz für Zulieferbeziehungen (42%), Direktinvestitionen (40%) und sonstige Kooperationen (36%), während sie für Absatzbeziehungen (26%) und Innovationsnetze (25%) eine vergleichsweise geringere Rolle spielt. Die Bedeutung der Centrope-Region variiert also je nach Verflechtungstyp und betrachtetem Sample relativ deutlich (Tabelle 6).

Tabelle 6: Bedeutung der Centrope-Region für unterschiedliche Verflechtungstypen (% der Unternehmen)

	Hohe Bedeutung der Centrope-Region	
	WUB	FHB
Absatzbeziehungen	39	26
Zulieferbeziehungen	23	42
Direktinvestitionen	60	40
Innovationsbeziehungen	41	25
Sonstige Kooperationen	20	36

3.5 Die Verflechtungen im Detail

Im Folgenden wird eine genauere Analyse der einzelnen Arten von grenzüberschreitenden Verflechtungen zwischen Wiener Betrieben und AkteurlInnen in den östlichen Centrope-Ländern Ungarn, Tschechien und Slowakei vorgenommen.

3.5.1 Absatzbeziehungen

Exportverflechtungen stellen – wie weiter oben bereits dargelegt – den wichtigsten Interaktions- und Integrationsmechanismus zwischen Wiener Unternehmen und den östlichen Centrope-

Ländern dar. Nicht weniger als 37 WUB-Unternehmen (33% aller befragten WUB-Betriebe) unterhalten grenzüberschreitende Absatzbeziehungen in diesen Wirtschaftsraum (Tabelle 4). Den wichtigsten Absatzmarkt unter den drei Nachbarstaaten stellt Tschechien dar (Tabelle 7). Immerhin 51% aller WUB-Firmen mit Exporten in die östlichen Centrope-Länder gaben Tschechien als Absatzmarkt an, wohin durchschnittlich 13% (Median 5%) aller Exporte der Betriebe gehen. Von den FHB-Firmen haben die Hälfte Exportbeziehungen in die östlichen Centrope-Länder (Tabelle 4). Die meisten davon (47%) exportieren in die Slowakei. Betrachtet man die durchschnittlichen Prozentwerte der Gesamtexporte, dann sind Ungarn (arithmetisches Mittel 6%) bzw. Tschechien (Median 3,30%) am wichtigsten.

Tabelle 7: Absatzbeziehungen nach Exportländern

	WUB			FHB		
	% Firmen N=37	% Exporte		% Firmen N=32	% Exporte	
		MW	ME		MW	ME
Ungarn	41	3,62	3,00	41	6,02	3,00
Tschechien	51	12,42	5,00	44	4,21	3,30
Slowakei	35	8,64	3,30	47	4,05	2,60

3.5.2 Zulieferbeziehungen

Etwas mehr als ein Fünftel aller befragten WUB-Unternehmen (27 Unternehmen bzw. 23%) gab an, Zulieferer in den östlichen Centrope-Ländern zu haben (Tabelle 4). Für die WUB-Unternehmen stellt Tschechien den wichtigsten Zuliefermarkt unter den drei betrachteten östlichen Centrope-Ländern dar (Tabelle 8). Dies zeigt sich sowohl bei einer Betrachtung der prozentuellen Anteile der Firmen wie auch bei einer Analyse der durchschnittlichen Prozentwerte der Gesamtimporte der Unternehmen. Für die FHB-Unternehmen zeigt die Analyse der Zulieferbeziehungen nach Importländern das gleiche Ergebnis. Insgesamt betrachtet haben die FHB-Unternehmen deutlich mehr Zulieferbeziehungen als die WUB-Firmen. Nicht weniger als 42% aller FHB-Betriebe geben an, Rohstoffe, Vorprodukte bzw. Dienstleistungen aus den östlichen Centrope-Ländern zu importieren (Tabelle 4).

Tabelle 8: Zulieferbeziehungen nach Importländern

	WUB			FHB		
	% Firmen N=27	% Importe		% Firmen N=20	% Importe	
		MW	ME		MW	ME
Ungarn	19	21,98	5,00	15	9,33	2,00
Tschechien	33	29,01	5,00	35	22,29	5,00
Slowakei	26	15,84	5,00	20	20,00	7,50

Welche Vorteile bieten Zulieferunternehmen aus den östlichen Centrope-Ländern aus der Perspektive der befragten Wiener Betriebe? Die überwältigende Mehrheit sowohl der WUB-Betriebe wie auch der FHB-Unternehmen nannte in diesem Zusammenhang das Vorhandensein von

Preisvorteilen (Tabelle 9). Andere Vorteile wie Qualität und Flexibilität scheinen im Vergleich dazu eine vernachlässigbare Rolle zu spielen. Die Zulieferbeziehungen scheinen somit von asymmetrischer Natur und ausgesprochen stark von einer Ausnützung von Preisunterschieden geprägt zu sein, was auf eine sehr selektive Nutzung der Potenziale der östlichen Centrope-Länder hinweist und kaum eine Grundlage für das Entstehen von transnationalen Produktionsnetzen mit hoher Innovations- und Qualitätsorientierung bildet. Palme / Feldkircher (2005) haben jüngst darauf hingewiesen, dass die Löhne und Lohnstückkosten im östlichen Teil von Centrope immer noch deutlich unter jenen in Österreich liegen und “the competitive advantage of low labour costs is evident particularly in labour and technology intensive industries” (Palme / Feldkircher 2006: 3).

Tabelle 9: Vorteile von Zulieferbetrieben aus den östlichen Centrope-Ländern (% der Unternehmen)

	WUB N=24	FHB N=20
Preis	92	85
Flexibilität	4	35
Qualität	17	15
Andere Gründe	13	10

3.5.3 Direktinvestitionen

Seit Beginn der 1990er Jahre haben Ungarn, Tschechien und die Slowakei in beträchtlichem Umfang ausländische Direktinvestitionen von österreichischen und Wiener Unternehmen angezogen (KMU Forschung Austria 2005; WIFO / WIIW 2007). Für die befragten WUB-Unternehmen ist diese Form der grenzüberschreitenden Verflechtung allerdings von geringerer Bedeutung. Nur 13% (16 Unternehmen) haben Direktinvestitionen in den östlichen Centrope-Ländern getätigt (Tabelle 4). Davon investierten 11 Unternehmen (69%) in Ungarn, 13 Unternehmen (81%) in Tschechien und acht Unternehmen (50%) in der Slowakei. Die FHB-Betriebe waren im Vergleich dazu weitaus investitionsfreudiger. Nicht weniger als 41% aller befragten Unternehmen geben an, Direktinvestitionen vorgenommen zu haben. Auch hier ist Tschechien (85%) am wichtigsten, gefolgt von der Slowakei (81%) und Ungarn (65%).

Was sind die wichtigsten Motive für Direktinvestitionen in Ungarn, Tschechien und der Slowakei? Für die WUB-Unternehmen spielt die Erschließung neuer Absatzmärkte bzw. der Erhalt bestehender Absatzmärkte die entscheidende Rolle (Tabelle 10). Anderen Gründen kommt eine geringe Bedeutung zu. Auch für die FHB-Betriebe sind Marktmotive mit Abstand am wichtigsten. Insgesamt sind hier die Gründe für Direktinvestitionen aber vielschichtiger als jene der WUB-Unternehmen, da auch Größenvorteile und günstige Rahmenbedingungen von hoher Relevanz zu sein scheinen. Der Zugang zu Innovationskapazitäten, Technologien oder qualifiziertem Humankapital spielt sowohl für WUB-Unternehmen wie auch für FHB-Betriebe die mit Abstand geringste Rolle. Auch in Bezug auf die Direktinvestitionen zeigt sich somit – wie schon bei der Analyse der Zulieferverflechtungen festgestellt – eine selektive Nutzung der Potenziale der östlichen Centrope-Länder durch Wiener Betriebe und eine eher geringe Basis für die Ausbildung eines grenzüberschreitenden Innovationsraumes.

Tabelle 10: Motive für Direktinvestitionen (% der Unternehmen)

	WUB N = 14	FHB N = 24
Erschließung neuer Märkte bzw. Erhaltung eines bestehenden Absatzmarktes	64	83
Sicherung des Bezuges von Rohstoffen, Vorprodukten, Dienstleistungen	14	38
Erzielung von Größenvorteilen	21	42
Niedrigere Faktorkosten (Lohnkosten, etc.)	7	42
Attraktive Rahmenbedingungen (z.B. niedrigere Steuern, wenig Regulierungen, Subventionen)	14	25
Zugang zu Innovationskapazitäten, Technologien oder qualifiziertem Humankapital	0	13
Andere	33	4

3.5.4 Innovations- und Wissensbeziehungen

Grenzüberschreitende Innovationsverflechtungen und eine intensive Zirkulation von Wissen stellen eine entscheidende Voraussetzung für staatsgrenzenübergreifende Innovationssysteme dar (Heidenreich 1999; Tripl 2008). Die empirische Analyse für den Centrope-Raum zeigt allerdings, dass solche grenzüberschreitenden Innovations- und Wissensbeziehungen – im Vergleich mit anderen Verflechtungstypen – noch von eher geringer Bedeutung sind. Von allen befragten WUB-Unternehmen gaben nur 19 Betriebe (17%) an, Innovations- und Wissensbeziehungen mit den östlichen Centrope-Ländern etabliert zu haben. Die FHB-Betriebe (25%) haben im Vergleich dazu mehr Innovationsnetzwerke aufgebaut (siehe Tabelle 4). Mit welchen PartnerInnen wird in den Nachbarstaaten vorwiegend kooperiert? Die WUB-Betriebe sind in starkem Maße in unternehmens- bzw. konzerninterne Innovationsnetze und Wissensströme (32%) eingebunden (siehe Tabelle 11). Wichtige InnovationspartnerInnen sind auch wissensgenerierende Einrichtungen wie Universitäten und Fachhochschulen (26%) und KonkurrentInnen (21%). Auch die FHB-Betriebe kooperieren hauptsächlich unternehmensintern (63%). Darüber hinaus spielen zudem KundInnen (38%), WettbewerberInnen (31%), Dienstleistungsunternehmen (25%) sowie Universitäten, Fachhochschulen und andere Forschungseinrichtungen (25%) eine Rolle. Gesamthaft betrachtet scheint jedoch ein sich innerhalb unternehmerischer Grenzen vollziehender transnationaler Wissensaustausch zu dominieren.

Tabelle 11: InnovationspartnerInnen in den Centrope-Ländern (% der Unternehmen)

	WUB N=19	FHB N=16
Anderes Unternehmen der Unternehmensgruppe	32	63
KundInnen	16	38
LieferantInnen	5	19
KonkurrentInnen / Unternehmen der gleichen Branche	21	31
Dienstleistungsunternehmen	11	25
Universitäten, Fachhochschulen, andere Forschungseinrichtungen	26	25

3.5.5 Sonstige Kooperationen

Andere grenzüberschreitende Netzwerke und Kooperationen spielen für die WUB-Unternehmen keine Rolle. Nur sechs Unternehmen (5%) von 113 befragten Unternehmen geben an, solche zu unterhalten. Die FHB-Betriebe unterhalten in wesentlich größerem Ausmaß solche Beziehungen. Nicht weniger als 22 Unternehmen der 64 befragten Betriebe (34%) sind in solche Netzwerke mit den östlichen Centroe-Ländern eingebunden (Tabelle 4). Davon haben 27% konzerninterne PartnerInnen, und jeweils 18% kooperieren mit KundInnen und LieferantInnen. Mit Abstand am häufigsten wird auf dem Gebiet „Absatz bzw. Vermarktung“ kooperiert. Es lassen sich aber auch Netzwerke in anderen Bereichen wie etwa Qualifizierung oder Qualitätssicherung finden.

3.6 Verflechtungsbarrieren

Empirische Studien haben darauf hingewiesen, dass in vielen grenzüberschreitenden Regionen häufig nur schwer überwindbare Interaktionshemmnisse bestehen, welche sich unter anderem in mentaler, kultureller, institutioneller Distanz sowie einer fehlenden Vertrauensbasis für eine synergiereiche grenzüberschreitende Zusammenarbeit manifestieren (siehe etwa van Houtum 1998, Krätke 1999, Koschatzky 2000). Im Folgenden wird der Frage nachgegangen, welche Interaktionsbarrieren im Centroe-Raum bestehen. Dabei wird eine Unterscheidung getroffen zwischen Faktoren, welche das Funktionieren bestehender Verflechtungen mit den Centroe-Ländern hemmen und Barrieren, welche das Zustandekommen von solchen Beziehungen verhindern. Betrachtet man bestehende Verflechtungen (Tabelle 15), dann zeigt sich, dass für den Großteil der befragten Unternehmen in beiden Samples kaum Barrieren existieren, welche grenzüberschreitende Aktivitäten erschweren. Für die WUB-Unternehmen scheinen Hindernisse am ehesten noch bei Zulieferbeziehungen, Innovationsnetzwerken und Marktbeziehungen vorzuliegen. Der wichtigste Faktor, der für diese (aber auch für die anderen) Verflechtungen häufig genannt wird, betrifft das Vorhandensein von Sprachbarrieren. Für Marktbeziehungen werden darüber hinaus auch noch die allmähliche Sättigung der Märkte in den östlichen Centroe-Ländern sowie die starke Konkurrenz vor Ort erwähnt. Die FHB-Unternehmen sehen Hemmnisse ebenfalls vor allem bei Markt- und Zulieferbeziehungen. Für diese – wie auch für alle anderen Verflechtungstypen – wurde die hemmende Wirkung von vor allem Sprachbarrieren und vereinzelt auch von rechtlichen Beschränkungen hervorgehoben. Die Existenz von vier unterschiedlichen Sprachen – und damit von institutioneller Distanz (siehe hierzu Boschma 2005) – im Centroe-Raum kann somit als einer der zentralen Faktoren, welcher bestehende Wirtschafts- und Innovationsverflechtungen hemmt, angesehen werden.

Tabelle 12: Barrieren für bestehende Beziehungen

	% der Firmen mit Beziehungen	
	WUB	FHB
Marktbeziehungen	24	34
Zulieferbeziehungen	30	20
Ausländische Direktinvestitionen	13	19
Innovationsnetzwerke	26	19
Sonstige Kooperationen und Netzwerke	17	18

Welche Gründe verhindern das Entstehen von Verflechtungen? Die Antworten der befragten WUB-Unternehmen auf diese offen gestellte Frage zeigen ein relativ klares Bild (Tabelle 16). So haben eine starke Orientierung auf den heimischen Markt und die spezifische Position des Unternehmens in der konzerninternen Arbeitsteilung einen negativen Einfluss auf den Aufbau von grenzüberschreitenden Absatzbeziehungen. Zulieferbeziehungen mit den östlichen Centrope-Ländern werden vor allem durch die Existenz von Kontakten zu heimischen wie auch insbesondere westeuropäischen Zulieferunternehmen und das Fehlen geeigneter Zulieferbetriebe in den Nachbarstaaten gehemmt, während ausländische Direktinvestitionen hauptsächlich auf Grund der geringen Firmengröße und der Zugehörigkeit zu multinationalen Konzernen nicht zu Stande kommen. Die Einbindung der Unternehmen in Innovationsnetzwerke auf anderen räumlichen Maßstabsebenen bzw. die Verfolgung anderer Wettbewerbsstrategien verhindern die Herausbildung von Innovationsnetzwerken mit PartnerInnen in Centrope, und die Knüpfung anderer Kooperationen wird durch bereits bestehende Netzwerke mit anderen PartnerInnen wie auch durch das Fehlen von Kontakten in den östlichen Centrope-Ländern gehemmt. Ein nahezu identisches Ergebnis zeigt die Analyse der Antworten der FHB-Unternehmen. Lediglich die Unternehmensgröße als Grund für den Verzicht auf die Durchführung von ausländischen Direktinvestitionen und das Fehlen von Kontakten als Hinderungsgrund für andere Kooperationen und Netzwerke wurden nicht genannt. Gesamthaft betrachtet ist somit ein wesentlicher Grund für das Nicht-Zustandekommen von Beziehungen mit den östlichen Centrope-Ländern darin zu sehen, dass die befragten Wiener Betriebe relativ stark in ihr regionales bzw. nationales Produktions- und Innovationssystem eingebettet sind und gleichzeitig intensive internationale Verbindungen mit PartnerInnen, welche sich vorwiegend im westlichen Teil der Welt befinden, pflegen.

Tabelle 13: Barrieren für Entstehen von Beziehungen (% der Unternehmen)

Barrieren für ...	WUB	FHB
Absatzbeziehungen (WUB: N=61; FHB: N=22)		
Fokus auf Heimmarkt	31	27
Konzerninterne Arbeitsteilung	12	14
Zulieferbeziehungen (WUB: N=59; FHB: N=32)		
Verträge mit anderen Zulieferbetrieben	41	19
Fehlen passender Zulieferbetriebe in Centrope (Qualität, Vertrauen, etc.)	10	16
Ausländische Direktinvestitionen (WUB: N=71; FHB: N=23)		
Unternehmensgröße	21	
Konzerninterne Arbeitsteilung	10	26
Innovationsbeziehungen (WUB: N=59; FHB: N=25)		
Interaktionen mit PartnerInnen außerhalb von Centrope	31	12
Innovation gehört nicht zu den Aktivitäten des Unternehmens	17	24
Andere Kooperationen und Netzwerke (WUB: N=46; FHB: N=12)		
Interaktionen mit PartnerInnen außerhalb von Centrope	22	17
Fehlen von Kontakten	9	

3.7 Zukünftiges Potenzial für Verflechtungen

Wie werden sich grenzüberschreitende Verflechtungen zwischen den befragten Wiener Unternehmen und den östlichen Centropo-Ländern in Zukunft entwickeln? Jene WUB-Firmen, welche bereits Beziehungen unterhalten, planen in relativ großem Ausmaß, diese zukünftig auszuweiten (Tabelle 17). Dies gilt insbesondere für Absatz- und Zulieferbeziehungen sowie für Innovationsnetzwerke. Unternehmen, die bislang noch keine Verflechtungen mit den östlichen Centropo-Ländern geknüpft haben, verfolgen auch kaum die Strategie, dies in Zukunft zu tun. Lediglich für neue Absatzbeziehungen dürfte in diesem Zusammenhang ein gewisses Potenzial bestehen. Für die FHB-Unternehmen zeigt sich das gleiche Muster (Tabelle 18). Jene Firmen, welche bereits Beziehungen etabliert haben, planen – und zwar weitaus deutlicher als die WUB-Betriebe – deren Ausweitung in der Zukunft. Unternehmen ohne derzeitige Verflechtungen haben kaum vor, solche in Zukunft aufzubauen. Eine Ausnahme bilden wiederum Absatzbeziehungen. Gesamthaft betrachtet lässt sich somit die Schlussfolgerung ziehen, dass grenzüberschreitende Aktivitäten eine Art „learning experience“ darzustellen scheinen, da in den nächsten Jahren zwar mit einer Ausweitung bestehender Beziehungen, kaum jedoch mit dem Aufbau neuer Verflechtungen zu rechnen ist.

Tabelle 14: Ausweitung und Aufbau verschiedener Beziehungstypen in der Zukunft – WUB-Betriebe

	Anzahl Firmen mit Beziehung	Anzahl Firmen (%), die Ausweitung der Beziehung planen	Anzahl Firmen ohne Beziehung	Anzahl Firmen (%), die Aufbau der Beziehung planen
Marktbeziehungen	37	14 (38 %)	76	14 (18 %)
Zulieferbeziehungen	27	9 (33 %)	84	6 (7 %)
Ausländische Direktinvestitionen	16	2 (13 %)	97	8 (8 %)
Innovationsbeziehungen	19	12 (63 %)	89	1 (1 %)
Andere Kooperationen/ Netzwerke	6	3 (50 %)	101	9 (9 %)

Tabelle 15: Ausweitung und Aufbau verschiedener Beziehungstypen in der Zukunft – FHB-Betriebe

	Anzahl Firmen mit Beziehung	Anzahl Firmen (%), die Ausweitung der Beziehung planen	Anzahl Firmen ohne Beziehung	Anzahl Firmen (%), die Aufbau der Beziehung planen
Marktbeziehungen	32	21 (70 %)	31	26 (18 %)
Zulieferbeziehungen	20	14 (70 %)	42	1 (2 %)
Ausländische Direktinvestitionen	26	14 (54 %)	37	4 (11 %)
Innovationsbeziehungen	16	10 (63 %)	43	4 (9 %)
Andere Kooperationen/ Netzwerke	22	16 (73 %)	35	3 (9 %)

4 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Das Ausmaß und die Art von unterschiedlichen ökonomischen und innovationsorientierten Beziehungen sind entscheidend für das Entwicklungspotenzial und die Zukunftsaussichten von grenzüberschreitenden Regionen. Eine zentrale Zielsetzung dieses Artikels bestand darin, die Ausgestaltung von solchen Verflechtungen im Wirtschaftsraum Centrepe zu untersuchen. Rezente Studien haben gezeigt, dass seit dem Fall des Eisernen Vorhangs ökonomische Kontakte und Verbindungen innerhalb der Centrepe-Region sowie zwischen den Centrepe-Staaten erheblich zugenommen haben (Palme / Feldkircher 2005; KMU Forschung Austria 2005; Huber / Mayerhofer 2006; WIFO / WIIW 2007). Die eigenen empirischen Analysen zu Verflechtungen zwischen der Region Wien und den östlichen Centrepe-Ländern Ungarn, Tschechien und Slowakei, welche auf der Grundlage von 177 Telefoninterviews mit Wiener Unternehmen durchgeführt wurden, bestätigen diese Befunde. Die befragten Wiener Unternehmen haben in beträchtlichem Umfang grenzüberschreitende Verflechtungen mit den östlichen Centrepe-Ländern Ungarn, Tschechien und Slowakei aufgebaut. Dies lässt den Schluss zu, dass die ökonomische Integration bereits relativ weit vorangeschritten ist.

Eine differenzierte Analyse verschiedener Beziehungsformen hat verdeutlicht, dass vor allem Marktbeziehungen in diesem Zusammenhang ein großes Gewicht zukommt. Es wurde teilweise aber auch Evidenz für grenzüberschreitende Zulieferbeziehungen, Direktinvestitionen, andere Kooperationen und Netzwerke und Innovationskontakte gefunden. Weiters konnte gezeigt werden, dass vor allem ältere und größere Unternehmen die Potenziale der östlichen Centrepe-Länder gut zu nutzen scheinen. Für diese wirtschaftlichen AkteurInnen ließen sich mehr grenzüberschreitende Kontakte nachweisen als für jüngere und kleinere Betriebe. Die Untersuchung sektoraler Unterschiede und des Stellenwertes der Centrepe-Region in Bezug auf die Bedeutung verschiedener Verflechtungstypen zeigt hingegen kein eindeutiges Bild.

Eine detaillierte Betrachtung einzelner grenzüberschreitender Beziehungen zwischen Wien und den östlichen Centrepe-Ländern hat ergeben, dass die Integrationsprozesse relativ stark von einer Ausnützung von Entwicklungsunterschieden innerhalb des Centrepe-Raumes getrieben zu sein scheinen und nur wenige Hinweise auf eine innovationsorientierte grenzüberschreitende Regionalentwicklung vorliegen. Grenzüberschreitende Innovations- und Wissensbeziehungen haben im Vergleich mit anderen Verflechtungstypen ein relativ geringes Gewicht und die Betrachtung der Zulieferbeziehungen verdeutlichte, dass diese hauptsächlich auf Grund von Preis- bzw. Kostendifferenzen innerhalb des Centrepe-Raumes zu Stande kamen. Dies legt den Schluss nahe, dass asymmetrische Beziehungen dominieren und sich noch nicht in ausreichendem Ausmaß transnationale Produktionsnetzwerke bzw. Wertschöpfungspartnerschaften mit hoher Qualitäts- und Innovationsorientierung herausgebildet haben. Zudem konnten nur wenige Hinweise für innovationsbezogene Motive bei Direktinvestitionen gefunden werden.

Die Bestandsaufnahme von Barrieren für grenzüberschreitende Beziehungen zwischen der Region Wien und den östlichen Centrepe-Ländern zeigte, dass verschiedene Faktoren eine negative Wirkung entfalten. Ein reibungsloses Funktionieren bestehender Verflechtungen wird vor allem durch Sprachbarrieren, die als spezifische Erscheinungsform institutioneller Distanz anzusehen sind, gehemmt. Weiters konnte festgestellt werden, dass die befragten Wiener Betriebe zum

Teil sehr stark in ihr regionales und nationales Produktions- und Innovationsystem eingebettet sind bzw. intensiv mit PartnerInnen im westlichen Teil der Welt kooperieren und deshalb auf den Aufbau grenzüberschreitender Beziehungen mit den östlichen Centroe-Ländern verzichten. Trotz räumlicher Nähe zu den Nachbarstaaten Ungarn, Tschechien und Slowakei und möglicher Transaktionskostenvorteile wurden diese bestehenden internationalen Netzwerke nicht durch Verbindungen zu den östlichen Centroe-Ländern ersetzt.

Abschließend konnte auch Evidenz dafür vorgelegt werden, dass der Aufbau von grenzüberschreitenden Beziehungen in hohem Maße eine Art „learning experience“ darzustellen scheint. Es wurde gezeigt, dass jene Unternehmen, welche bereits Verflechtungen unterhalten, in relativ hohem Maße deren Ausbau in der Zukunft planen, während Betriebe, die bislang noch keine solche Kontakte geknüpft haben, kaum die Strategie verfolgen, dies in Zukunft zu tun.

Literaturverzeichnis

Anderson, J./O'Dowd, L. (1999): Borders, Border Regions and Territoriality: Contradictory Meanings, Changing Significance. In: *Regional Studies* 33, S. 593-604.

Blatter, J. (2003): Beyond Hierarchies and Networks: Institutional Logics and Change in Transboundary Spaces. In: *Governance* 16, S. 503-526.

Blatter, J. (2004): 'From Spaces of Place' to 'Spaces of Flows'? Territorial and Functional Governance in Cross-border Regions in Europe and North America. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 28, S. 530-548.

Boschma, R. (2005): Proximity and innovation. A critical assessment. In: *Regional Studies* 39, S. 61-74.

Church, A./Reid, P. (1999): Cross-border Co-operations, Institutionalization and Political Space Across the English Channel. In: *Regional Studies* 33, S. 643-655.

Coenen, L./Moodysson, J./Asheim, B. (2004): Proximities in a Cross-border Regional Innovation System: On the Knowledge Dynamics of Medicon Valley (DK/SE). Paper presented at the 4th Congress on Proximity Economics: Proximity, Networks and Co-ordination, Marseille, June 17-18, 2004.

Gualini, E. (2003): Cross-border Governance: Inventing Regions in a Trans-national Multi-level Polity. In: *DISP* 152, S. 43-52.

Hassink, R./Dankbaar, B. (1995): Technology networking in border regions: Case study of the Euregion Maas-Rhine. In: *European Planning Studies* 3, S. 63-83.

Heidenreich, M. (1999): Grenzregionen. Entwicklungschancen und -barrieren zwischen West- und Mitteleuropa. In: Fuchs, G./Krauss, G./Wolf, G. (eds.): *Die Bindungen der Globalisierung. Interorganisationsbeziehungen im regionalen und globalen Wirtschaftsraum*. Marburg: Metro-polis-Verlag, S. 136-161.

Huber, P./Maierhofer, P. (2006): Structural Change in the CENTROPE Region. In: New Regional Economics in Central European Economies: The Future of CENTROPE. Proceedings of OeNB workshops No. 9. Wien.

KMU Forschung Austria (2005): Endogenes Arbeitskräftepotenzial für die Internationalisierung Wiener Unternehmen. Einsatz von Personen mit ost- und südeuropäischem Migrationshintergrund für grenzüberschreitende Aktivitäten. Endbericht im Auftrag der Stadt Wien. Wien.

Koschatzky, K. (2000): A River is a River – Cross-border Networking between Baden and Alsace. In: European Planning Studies 8, S. 429-449.

Krätke, S. (1999): Regional Integration or Fragmentation? The German-Polish Border Region in a New Europe. Regional Studies 33, S. 631-641.

Krätke, S./Borst, R. (2007): EU Eastern enlargement and the configuration of German-Polish inter-firm linkages. In: Tijdschrift voor Economische en Sociale Geografie 98, S. 621-640.

Lundquist, K./Winther, L.(2003): Between Sweden and Denmark: The Industrial Dynamics of the Öresund Region. Paper presented at the RSA annual conference, Pisa, 12-15 April, 2003.

Löfgren, O. (2008): Regionauts: The transformation of cross-border regions in Scandinavia. In: European Urban and Regional Studies 15, S. 195-209.

Maskell, P./Törnqvist, G. (1999): Building a Cross-Border Learning Region. Copenhagen: Copenhagen Business School Press.

Morgan, K. (2004): The exaggerated death of geography: learning, proximity and territorial innovation systems. In: Journal of Economic Geography 4, S. 3-21.

Ohmae, K. (1993): The rise of the region state. In: Foreign Affairs 72, S. 78-87.

Ohmae, K. (1995): The End of the Nation State: The Rise of Regional Economies. New York: Free Press.

Palme, G./Feldkircher, M. (2005): Wirtschaftsregion „CENTROPE Europearegion Mitte“: Eine Bestandsaufnahme, Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag der Oesterreichischen Nationalbank. Wien: WIFO.

Palme, G./Feldkircher, M. (2006): Economic challenges in the Centrope Region. In: New Regional Economics in Central European Economies: The Future of CENTROPE. Proceedings of OeNB workshops No. 9. Wien.

Perkmann, M. (1999): Building Governance Institutions across European Borders. In: Regional Studies 33, S. 657-667.

Perkmann, M. (2003): Cross-border regions in Europe. Significance and drivers of cross-border co-operation. In: European Urban and Regional Studies 10, S. 153-171.

Perkmann, M. (2007): Policy entrepreneurship and multi-level governance: a comparative study of European cross-border regions. In: Environment and Planning C 25, S. 861-879.

- Pikner, T. (2008): Reorganizing cross-border governance capacity. The case of the Helsinki-Tallinn Euregio. In: *European Urban and Regional Studies* 15, S. 211-227.
- Reger, G./Hassink, R. (1997): Strukturwandel, Technologiepolitik und grenzüberschreitende Technologiekoooperation in der Euregio Maas-Rhein. In: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie* 41, S. 31-47.
- Scott, J. (1999): European and North American Contexts for Cross-border Regionalism. In: *Regional Studies* 33, S. 605-617.
- Storper, M. (1997): *The Regional World*. New York: The Guilford Press.
- Tödting, F./Tripl, M. (2007): Wirtschaftliche Verflechtungen in der Centroe-Region: Theoretische Ansätze und empirische Befunde. In: *Wirtschaft und Management* 7, S. 27-39.
- Tripl, M. (2008): Evolution of cross-border regional innovation systems: key factors and challenges. Paper presented at the DIME-Workshop "Evolutionary Economic Geography", Utrecht, 4th – 6th September 2008.
- Van Houtum, H. (1998): *The development of cross-border economic relations*. Tilburg: Center for Economic Research.
- WIFO/WIIW (2007): *Centroe Business & Labour Report*. Wien.
- Wu, C.-T. (1998): Cross-border development in Europe and Asia. In: *GeoJournal* 44, S. 189-201.
- Zillmer, S. (2005): *Chances for German-Polish Cooperation – A German Point of View*. Working Paper. Erkner/Berlin: Leibniz-Institute for Regional Development and Structural Planning.

Andreas Breinbauer

MigrantInnen und PendlerInnen aus Centrope-Ländern – Humanpotenzial für Wiener Unternehmen



Andreas Breinbauer
Fachhochschule des bfi Wien

Abstract

Dieser Beitrag beschäftigt sich mit den MigrantInnen und EinpendlerInnen aus den Centrope-Ländern in Österreich und speziell in Wien. Dabei finden die Nutzung des Humanpotenzials in Wiener Unternehmen sowie der Umfang und die Art der Mobilitätsbereitschaft und des Mobilitätsverhaltens besondere Berücksichtigung. Die Befragung unter 177 Wiener Unternehmen hat ergeben, dass mindestens ein Viertel der Firmen MigrantInnen und PendlerInnen aus den Centrope-Ländern beschäftigt, vor allem im operativen Bereich. Als wichtige Gründe für den Einsatz dieses Humanpotenzials werden das hohe Qualifikationsniveau, die Erleichterung der Kontakte und die Marktkenntnisse genannt. Die Befragung unter 170 EinpendlerInnen aus den Centrope-Ländern weist sie als hochqualifizierte Gruppe aus, die aus Ausbildungsgründen und vor allem aber aufgrund der höheren Löhne nach Wien kommen, in einem breiten Berufsspektrum und zu einem erheblichen Teil in mittleren Positionen arbeiten. Dafür werden durchschnittliche Wegzeiten von zwei Stunden pro Fahrt in Kauf genommen.

The article deals with immigrants and persons who commute from the Centrope-countries to Austria, especially to Vienna. This analysis emphasises the utilisation of their human potential in Viennese enterprises and also focuses on the extent and ways of mobility and mobility behaviour. A survey of 177 Viennese enterprises shows, that one quarter of the firms are employing immigrants and commuters from the Centrope-countries, especially in operative business. Important reasons for their employment are the high level of qualifications, the facilitation of contacts to the Centrope-region and the market specific knowledge. A group of 170 interviewed commuters from Centrope to Vienna proved to be highly qualified and tends to commute to Vienna to study reasons but also for higher wages. Those commuters are able to work in also middle management and are able to enter various business lines. They accept an average journey time of two ours.

1 Einleitung

Österreichische und vor allem Wiener Unternehmen haben enge geschäftliche Beziehungen zu den Ländern Mittel-, Ost-, und Südosteuropas, insbesondere zu den Centrope-Staaten Ungarn, Tschechische Republik und Slowakische Republik. Für Wiener Betriebe gehören die Centrope-Nachbarländer zu den Haupthandelspartnern (KMU-Forschung Austria, 2005:2). Die enge Beziehung zu diesen und anderen Ländern Mittelost- und Südosteuropas stellt einen wesentlichen Faktor zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Wien dar (ebenda:137). Wien ist nach wie vor auch ein bedeutender Headquarter-Standort für transnationale Unternehmen, die ihre Aktivitäten von hier aus für den MOEL-Raum steuern (Mayerhofer, 2006).

Die am 22. September 2003 formell im Schloss Kittsee gegründete Region Centrope (Central European Region), bestehend aus Wien, Niederösterreich, dem Burgenland, der tschechischen Region Südmähren, den slowakischen Kreisen Bratislava und Trnava, den ungarischen Kreisen Győr-Moson-Sopron und Vas. Centrope ist heute noch keine homogene strukturelle Region geworden, die sie von anderen Gebieten in Zentraleuropa unterscheiden würde (Palme/Feldkircher, 2005:5). Im Bereich der grenzüberschreitenden infrastrukturellen Anbindung, v.a. mit Südschechien, bestehen noch erhebliche Defizite und in der Bildungsstruktur, gemessen an der Tertiärquote, rangieren alle Teile der Centrope-Region, auch die österreichischen, unter dem Durchschnitt anderer Gebiete Zentraleuropas. Die Zusammenarbeit auf Unternehmensebene ist in Centrope aber bereits weit fortgeschritten, immerhin mehr als ein Viertel der Wiener Unternehmen arbeitet grenzüberschreitend mit einem Partner zusammen (WIFO/WIIW, 2007:40). Trotz dieses raschen Ausbaus der betrieblichen Netzwerke hinkt in Centrope die Integration hinsichtlich eines grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes den Unternehmensverflechtungen deutlich hinterher.

Die Gründe dafür liegen in legislativen und institutionellen Barrieren, die die grenzüberschreitende Arbeitskräftemobilität nach Österreich stark limitieren. Zwar wurden durch den Fall des „Eisernen Vorhanges“ ab den Jahren 1989/90 die Grenzen Österreichs zu den östlichen und nördlichen Nachbarländern durchlässig, und Arbeitskräfte aus Ungarn, der Slowakei und Tschechien fanden neue Möglichkeiten im österreichischen und Wiener Arbeitsmarkt. Aber die Skepsis, der österreichische Arbeitsmarkt würde nach dem Beitritt der neuen Mitgliedstaaten in der Nachbarschaft durch die volle Gewährung der Dienstleistungsfreiheit und Arbeitnehmerfreizügigkeit überfordert werden, überwog.¹ Österreich hat sich daher hinsichtlich der mit 1.5.2004 beigetretenen Mitgliedstaaten (Ausnahme Malta und Zypern) dazu entschlossen, vom Recht, Übergangsregelungen zu vereinbaren, für die ersten 5 Jahre Gebrauch zu machen. Eine weitere Verlängerung steht am 1.5.2009 an, wobei die letzten zwei Jahre nur gewährt werden können, wenn schwerwiegende nationale Störungen befürchtet werden. Um den aktuellen Bedarf an Fachkräften zu decken, wurde von den Sozialpartnern eine Zulassung und Erweiterung zu der Berufsliste mit erleichtertem Arbeitszugang aus den neuen Mitgliedsländern gewährt, die von der Übergangsregelung ausgenommen sind (Kreuzhuber, 2008:321).

Dies geschieht vor dem Hintergrund, dass sich Österreich und speziell Wien bereits jetzt durch ein im europäischen Kontext kaum vergleichbares heterogenes Humankapital von MigrantInnen aus den MOEL-Ländern auszeichnet. Mehr als ein Viertel der Wiener Wohnbevölkerung weist einen Migrationshintergrund aus Mittelost- und Südosteuropa auf, ein steigender Zustrom ist zu erwarten (Breinbauer/Gächter, 2007:42). Auch als Studienort sind Österreich und speziell Wien nach wie vor sehr attraktiv für Jugendliche aus dem Raum der ehemals sozialistischen Länder Mittelosteuropas (Kohlbacher/Reeger, 2005:83).²

1 Zur Einschätzung des Migrationspotenzials aus Mittel- und Osteuropa wurden und werden zahlreiche Studien erstellt. Die Abschätzung der Zuwanderung (Migration und Pendeln) gehört daher zu den von österreichischer Seite am dichtest beforschten Themen (vgl. dazu den Literaturüberblick bei Huber u.a., 2007:3f bzw. Breinbauer, 2008:58 u. 182).

2 Für die meisten Senderländer Südosteuropas ist Österreich eines der drei Top Zielländer (Breinbauer, 2007: 109, IEE, 2008), für die UngarInnen ist Österreich (2005: 1.344 Incomings) das Zielland Nummer zwei nach Deutschland (2005: 3.097 Incomings), für Tschechien immerhin noch die Nummer vier (2004: 500 Incomings.). Von den Incomingstudierenden unter den Centrope-Ländern sind zahlenmäßig die SlowakInnen am stärksten vertreten (2005: ca. 1.520) (IEE, 2008).

Daher wäre es evident, dass Wiener Unternehmen angesichts des Arbeitskräftemangel in einigen Segmenten und speziell für die Abwicklung grenzüberschreitender Geschäftsbeziehungen nach Personal, das über spezifische interkulturelle Kompetenzen (Kenntnisse der Kultur, der Menschen, Akteure sowohl im Inland und Ausland) sowie über Ostsprachenkenntnisse verfügt, gezielt suchen. Dadurch könnte der Eintritt und die Bearbeitung des Auslandsmarktes effizienter und erfolgreicher gestaltet werden (KMU Forschung Austria, 2005:137, Bergmann u.a., 2003:7).

Obwohl dies auf politischer und akademischer Ebene empfohlen wird (Breinbauer/Gächter, 2007:42), bestehen nach wie vor erhebliche Bewusstseinsbarrieren, die Potenziale der Arbeitskräfte mit Migrationshintergrund zu erkennen und zu nutzen. Die KMU Forschung Austria nennt als wesentliches Hemmnis sowohl bei den Unternehmen als auch AkteurInnen das fehlende Bewusstsein einer „Migrationselite“ (KMU-Forschung Austria, 2005:138). Unabhängig vom Bildungsverlauf und der Erwerbsbiografie würde Personen mit Migrationshintergrund oftmals ein „Gastarbeiterimage“ anheften, das mit einem geringen Bildungsimage assoziiert wird (ebenda:138). Im Durchschnitt ist das Qualifikationsniveau der ZuwanderInnen in Wien bzw. Österreich tatsächlich vergleichsweise niedrig: Nur 11,3% verfügen über einen tertiären Abschluss, damit übernimmt Österreich die Schlussposition im OECD-Gebiet (OECD, 2008 nach Kreuzhuber, 2008:319). Dieser Durchschnittswert macht aber vergessen, dass innerhalb der Gruppen der MigrantInnen differenziert werden muss. Zwar ist das Bildungsniveau der in Wien lebenden MigrantInnen aus Ost- und Südosteuropa vergleichsweise ebenfalls gering (KMU Forschung Austria, 2005: 29), die MigrantInnen aus den Centroe-Ländern unterscheiden sich aber innerhalb dieser Gruppe: Einerseits sind die Bildungsqualifikationen deutlich höher als der Durchschnitt aller MigrantInnen: 20,0% aller in Wien wohnhaften oder Beschäftigten SlowakInnen, TschechInnen und UngarInnen sind nach der Arbeitskräfteerhebung AkademikerInnen, 2. Quartal 2004-2007, siehe Gächter, diese Ausgabe). Im Gegensatz zu den „klassischen“ ArbeitsmigrantInnen aus der Türkei und Ex-Jugoslawien ist es andererseits der Gruppe der Centroe-MigrantInnen trotz kürzerer Aufenthaltsdauer gelungen, ein relativ breites berufliches Spektrum zu eröffnen (Hintermann, 2000:9).

Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich mit MigrantInnen und Pendelmobilen aus den Centroe-Ländern in Österreich, vor allem aber in Wien.

Zu Beginn werden einige relevante Begriffe erörtert und bereits vorhandene Forschungsergebnisse über die Mobilitätsbereitschaft und Mobilitätsmotive von MigrantInnen und EinpendlerInnen aus den Centroe-Ländern diskutiert. Den Kern dieser Arbeit bilden die Ergebnisse zweier empirischer Primärerhebungen. Zum einen werden die Ergebnisse einer Befragung unter 177 Wiener Unternehmen vorgestellt, die der Frage nachgeht, in welchem Umfang MigrantInnen und PendlerInnen aus den Centroe-Ländern in diesen Unternehmen eingesetzt werden und welche Gründe es für die Beschäftigung dieser Personen gibt.

Anschließend werden die Resultate einer Befragung von 170 EinpendlerInnen aus den Centroe-Ländern nach Wien vorgestellt, die von Studierenden des FH-Studienganges Logistik und Transportmanagement im Juni 2008 auf verschiedenen Bahnlinien durchgeführt wurde. Gegenstand des Interesses waren u.a. die Mobilitätsgründe, die Art der Beschäftigung in Wien sowie das sozioökonomische Umfeld der Pendelbewegungen. Der inhaltlichen Ausrichtung des

Studienganges entsprechend, wurden auch detaillierte Fragen zum Pendelverhalten und zu den Pendelkosten gestellt. Die Erhebungen fanden im Rahmen des von der Stadt Wien im Call 4 geförderten Forschungsprojektes „Chancen und Perspektiven für die Wiener Wirtschaft im Kontext der Europaregion Mitte (Centrope)“ der FH des bfi Wien statt. Ziel dieses Projektes ist, die Chancen und Perspektiven für die Wiener Unternehmen im Wirtschaftsraum Centrope zu untersuchen.

2 Mobilität und Mobilitätsbereitschaft aus den Centrope-Ländern

2.1 Pendeln und Migration

Unter Migration versteht man den zumindest vorläufig dauerhaften Wechsel des Wohn- und Arbeitsplatzes. Die Gründe für die Initiative und Aufrechterhaltung für Wanderungsbewegungen sind sehr vielfältig (vgl. Breinbauer, 2008, ein Überblick über die Theorien bei Breinbauer, 2008:51-128), die Entscheidung erfolgt nicht nur auf individueller Basis, das Umfeld auf verschiedenen ökonomischen, sozialen und politischen Betrachtungsebenen und letztlich auch das familiäre Umfeld, sowie soziale und ethnische Netzwerke können eine Rolle spielen. Als Pendelmobilität (Zirkulation) wird ein zeitlich befristeter Wechsel des Arbeitsumfeldes von einem festen Wohn- und Arbeitsplatz verstanden. Als dritte Variante kann in der jüngeren Literatur die transnationale Mobilität gesehen werden. Transnational Mobile leben in mehreren Welten (Details dazu Breinbauer, 2008:53 u. 101-106). Hier sind Wohn- und Arbeitsplatz in mindestens zwei geografischen Räumen, in zwei Welten verteilt (Bi- und Multifokalisierung). Nach vier Jahrzehnten Studien über die Motive des Pendelns kann daher festgehalten werden, dass Pendeln gegenwärtig als das Ergebnis einer Bi- und/oder Multifokalisierung des individuellen Lebensentwurfes gesehen werden kann, in der das Pendelziel nicht nur Arbeitsplatz ist, sondern auch eine „zweite Heimat“ (Statistik Austria, 2007a:157). Die Statistik Austria unterscheidet zwischen ErwerberspendlerInnen, die aus Arbeitsgründen auspendeln, und SchülerInnen die pendeln (zum Zweck der Schulausbildung und des Studiums) (ebenda:157-166).

Die Vorteile des Pendelns gegenüber von Migration liegen in den niedrigeren Lebenshaltungskosten im Senderland und besseren Verdienstmöglichkeiten im Empfängerland, dem Entfallen von Kosten der Wohnortverlagerung sowie nichtmaterieller (psychischer) Kosten. Als nachteilig sind der Zeitverlust, die Reisekosten und die psychischen Belastungen für die Reisenden, PartnerIn und Familie zu nennen. Dementsprechend wird in der Literatur davon ausgegangen, dass Pendeln über geringere Distanz als Migration erfolgt und die Pendelbereitschaft bei Frauen generell niedriger ist als bei Männern (Fassmann u.a., 1999:9f). Häufig ist das Pendeln eine Vorstufe zur Migration, die dann erfolgt, wenn genügend Informationen über den Arbeitsort gesammelt sind (Huber, 2001:9f). Relativ empirisch gesichert ist die Annahme, dass die Pendelbereitschaft mit der geografischen Distanz abnimmt (Vavrecková, 2003:151).

Weiters wird in der Literatur angenommen, dass durch den Wegfall der Umzugskosten und sonstiger nichtmonetärer Aufwände das Pendeln billiger wäre und daher für ältere Arbeitskräfte wieder attraktiv würde, weshalb erwartet werden kann, dass ältere Personen eher pendeln als

migrieren. Eine weitere Annahme ist, dass die Mobilitätsbereitschaft mit der Qualifikationshöhe steigt (Breinbauer, 2008:409). Aus Sicht der Empfängerregion ergeben sich einige Vorteile: PendlerInnen nehmen ihre Aktivität nur dann auf, wenn sie auch einen Arbeitsplatz finden und verursachen weder Kosten für gesellschaftliche Integration noch jene für die jeweiligen Sozialsysteme (Huber u.a., 2007:138).

2.2 Internationale Mobilitätsbereitschaft der Bevölkerung innerhalb der Centrope-Länder und Centrope – Fokus: Incomings nach Österreich/Wien

Im Folgenden sollen Befunde über die grenzüberschreitende Mobilitätsbereitschaft der Bevölkerung aus den Centrope-Ländern bzw. Centrope vorgestellt werden.

2.2.1 Mobilitätsbereitschaft, Motive und Zielländer

Zunächst kann festgehalten werden, dass die Bereitschaft, in einem anderen Land zu arbeiten, bei den neuen EU-Mitgliedern generell höher ist als bei den alten: Nach einer Eurobarometer-Umfrage im September 2005 beabsichtigten 5,4% der neuen EU-Mitglieder (EU-10) einen Arbeitsplatz innerhalb der nächsten 5 Jahre im Ausland anzutreten, von den alten EU-15 Mitgliedern nur 2,7% (European Foundation, 2006:15). Allerdings ist innerhalb dieser Gruppe die internationale Mobilitätsbereitschaft bei Personen aus den Centrope-Ländern geringer als den anderen EU-10-Ländern. In der Slowakei beabsichtigen nur 3,5% in Ungarn 2,6% und aus der Tschechischen Republik nur 1,6% einen Wohnsitzwechsel (European Foundation, ebenda).

Eine detailliertere Auskunft über die Mobilitätsbereitschaft aus den Centrope-Regionen Tschechiens, Ungarns und der Slowakei geben die auf zwei umfangreichen Umfragen in den Jahren 2004/05 (LAMO I) und 2006/07 (LAMO II) beruhenden Studien, wobei im Folgenden vor allem auf die LAMO II-Ergebnisse Bezug genommen wird (Huber u.a., 2007). Das reale wahrscheinliche Mobilitätspotenzial (Wanderungs- und Pendelabsicht, wobei Personen berücksichtigt werden, die bereits um Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung angesucht, sich um einen Job beworben oder bereits eine Arbeitsplatzzusage oder Wohnmöglichkeit haben, Huber u.a., 2007:41) wird für die östlichen Centrope-Regionen mit 2,2% der Bevölkerung angegeben. Davon beträgt das reale Migrationspotenzial 1,5%, das Pendelpotenzial 0,7% (= ca. 31,8%) (Huber u.a., 2007:41). Am höchsten ist das reale Mobilitätspotenzial bei den SlowakInnen (3,8%, davon entfallen 1,7% auf PendlerInnen), vergleichsweise gering in Tschechien (1,8%: 0,2% davon PendlerInnen), am niedrigsten bei den UngarInnen (1,3%, davon 0,6% PendlerInnen). Die Ergebnisse der Befragung entsprechen etwa den Auswertungen von Fassmann und Hintermann (1997), sodass Huber u.a. (2007:43) davon ausgehen, dass sich das Mobilitätspotenzial innerhalb des letzten Jahrzehntes kaum geändert hat (Huber u.a., 2007:43). Eine Detailstudie über die Mobilitätsbereitschaft in Tschechien, die auf Umfragedaten aus dem Jahr 2000 beruht, ergab sogar, dass die Mobilitätsbereitschaft aus Tschechien seit der Erhebung von Fassmann und Hintermann deutlich abgenommen hat (Vavrecková, 2003:137f).

Ein wichtiger Faktor für Migrations- und Pendelentscheidungen sind sicherlich die nach wie vor evidenten Einkommensunterschiede zwischen den östlichen und österreichischen Centropeländern. Bereits in der Migrationsstudie von Fassmann und Hintermann waren der höhere Verdienst und die besseren Arbeitsbedingungen die mit Abstand wichtigsten Migrationsmotive für die Mobilitätsbereiten aus den Centropeländern (Fassmann/Hintermann, 1997:40f). Die Faktoren „im Ausland kann ich besser verdienen“ und „besserer Lebensstandard“ sind auch ein Jahrzehnt später am höchsten mobilitätsfördernd (Huber, u.a. 2007:66).

Nach einer rezenten Online-Studie unter jungen Erwachsenen (16-30 Jahre) sind im Vergleich zu anderen Ländern Mittelosteuropas die SlowakInnen am stärksten der Ansicht, dass das Lohn- und Gehaltsniveau in Westeuropa um ein Vielfaches höher sei, als im eigenen Land (Mindetake, 2008:17). In den untersuchten drei Centropeländern Ungarn, Tschechien und Slowakei ist die gute Bezahlung der Hauptgrund für eine Tätigkeit im Ausland (zwischen 80-90% geben gute Bezahlung als ausschlaggebenden Grund an), als zweitwichtigstes Motiv werden die Kenntnisse der jeweiligen Landessprache, drittens materielle Vorteile in einer Tätigkeit im Ausland sowie Aufstiegschancen genannt (ebenda:18). Die Erwartungen an das Gehalt sind unter den untersuchten Jungerwachsenen bei den UngarInnen und SlowakInnen am geringsten (Ungarn: 80% erwarten sich weniger als 750 Euro brutto, SlowakInnen: 73%, TschechInnen: 46%, Mindetake, 2008:26-33). Die Nähe zum Heimatland ist aber nur für etwa ein Viertel der befragten jungen Erwachsenen ein Grund für eine Tätigkeit im Ausland (ebenda).

Bedeutet dies, dass Österreich als Zielland daher weniger attraktiv ist?

Nach der LAMO-Befragung II ist Österreich das bedeutendste Zielland: 42,6% aller zum generellen Mobilitätspotenzial Befragten nannten Österreich als wichtigste Destination, von diesen sind wiederum 58,5% jünger als 36 Jahre (Huber u.a., 2007:43ff). 71% davon würden nach Österreich pendeln, statt zu migrieren, was mit der geringen geografischen Distanz zu erklären ist. 41,6% des generellen Mobilitätspotenzials entfällt auf die SlowakInnen, was mit der noch immer höheren Arbeitslosigkeit in der Westslowakei (Huber u.a., 2007, S. 44)³, aber auch mit der besser entwickelten Infrastruktur Richtung Wien zusammenhängen kann. Die geringe Mobilitätsbereitschaft der TschechInnen wird von Huber u.a. auch dadurch erklärt, dass die tschechischen Grenzregionen im Unterschied zu den anderen Centropeländerregionen im nationalen Durchschnitt benachteiligte Regionen sind und daher ein Binnenmobilität ökonomisch günstiger wäre, da die grenzüberschreitenden Migrationskosten höher wären (Huber u.a., 2007:45). Die TschechInnen haben nicht nur in den letzten Jahren eine generell nachlassende Mobilitätsbereitschaft (Vavrecková, 2003:137-140), auch das Zielland Österreich hat in den letzten Jahren stark an Attraktivität verloren (ebenda: 140).

In der jüngsten LAMO-Umfrage wird bereits deutlich, dass Großbritannien als Emigrationsland für die Befragten aus den östlichen Centropeländern an Bedeutung gewonnen hat (Huber u.a., 2007:69f). Für die tertiär gebildeten potenziellen EmigrantInnen ist es sogar das Emigrationsland Nummer eins vor Österreich (UK: 22,2% der AkademikerInnen aus den Centropeländern, Ö: 18,9%). Huber u.a. erklären dies mit der Verbesserung der Englisch-Kenntnisse, aber auch durch

³ Der Faktor Arbeitslosigkeit spielte bei den SlowakInnen bereits in der Untersuchung von Fassmann und Hintermann eine wichtige Rolle (Fassmann/Hintermann, 1997:40).

die Tatsache, dass Großbritannien keine Übergangsfristen im Bereich Freizügigkeit der Arbeitskräfte anwendet (Huber u.a., 2007:70).

Nach der Online-Befragung unter jungen Erwachsenen ist Österreich ebenso nicht primäres Land für eine Auslandsbeschäftigung, für die jungen TschechInnen rangiert Österreich sogar nur im Mittelfeld (siehe Tabelle).⁴

Tabelle 1: Wunschzielländer für eine Auslandsbeschäftigung bei jungen Erwachsenen (16-30 Jahre) in den Centrope-Ländern

Wunschzielland	Tschechische Republik	Slowakische Republik	Ungarn
1.	UK	Schweiz	Schweiz
2.	Schweiz	Deutschland	UK
3.	USA	UK	Schweden
4.	Deutschland	Österreich	Österreich
5.	Schweden	Tschechien	Irland
6.	Irland	Irland	Deutschland
7.	Österreich	Schweden	USA
8.	Tschechien	USA	Italien

Quelle: Mindetake, 2008:22

Im Einklang mit den Ergebnissen von Fassmann und Hintermann (1997:22) steigt zwar die Attraktivität Österreichs für Deutsch sprechende Personen aus den Centrope-Ländern, allerdings liegt Österreich außer in Ungarn hinter Deutschland und der Schweiz (Mindetake, 2008:25).

Anders ist die Situation beim Pendeln: Fast drei Viertel (74,2%) aller pendelbereiten AkademikerInnen wollen nach Österreich auspendeln (Huber u.a., 2007:69). Österreich ist das mit Abstand wichtigste Zielland (Platz zwei: Deutschland: 17,7% aller PendlerInnen).

Zusammenfassend kann hinsichtlich der Mobilitätsbereitschaft, der Motive und der Zielländer Folgendes aus der Literatur abgeleitet werden: Der Anteil der Personen, die aus den Centrope-Ländern emigrieren oder pendeln wollen, ist in den letzten Jahren konstant geblieben. Die Hauptmotivation, ins Ausland zu gehen, bleibt nach wie vor die Aussicht auf ein höheres Einkommen. Am wahrscheinlich mobilsten erweisen sich die SlowakInnen, die auch die relativ höchste Pendelbereitschaft haben. Als Pendelziel ist Österreich für die Centrope-Länder nach wie vor sehr interessant, als Emigrationsdestination liegt es im Ranking deutlich hinter anderen Ländern, einiges weist darauf hin, dass die Attraktivität in jüngster Zeit sogar nachgelassen hat, besonders für die TschechInnen ist Österreich als Emigrationsland inzwischen eher unbedeutend.

2.2.2 Demografische Charakteristika der Mobilitätsbereiten aus den Centrope-Ländern

Die (neoklassische) Migrationsliteratur legt einige Hypothesen zum Zusammenhang zwischen demografischen Charakteristika und der Mobilitätsbereitschaft nahe. Zum einen kann davon aus-

⁴ In der Untersuchung von Vavrecková (2003:140) ist Österreich nur für 4,8% der potenziellen MigrantInnen das wichtigste Zielland, an den vorderen Stellen liegen Deutschland (25,0%), Großbritannien (12,4%), Nordamerika (USA zusammen mit Kanada, 12,4%) und andere Länder der Welt (7,5%) sowie andere Länder in der EU (7,0%).

gegangen werden, dass die Mobilitätsbereitschaft mit dem Alter abnimmt, da es den erwarteten Einkommensgewinn durch die Mobilität verringert. Können die Erträge durch die höheren Löhne die Kosten der Mobilität nicht mehr decken, wird sich die Person gegen die Mobilität entscheiden (Huber u.a. 2007:45). Dieser Zusammenhang, der auch als „Youth Drain“ bezeichnet werden kann, wird von Studien aus den 1990er Jahren über potenzielle MigrantInnen aus Mittel- und Osteuropa bestätigt (Details: Breinbauer, 2008:81f). Nach einer explorativen Studie von ICMPD u.a. (1999:11) waren ein Drittel der befragten ImmigrantInnen aus den MOEL zwischen 25 und 29 Jahre alt. Fassman und Hintermann (1997) etwa gingen davon aus, dass 76% der potenziellen Mobilitätsbereiten unter 40 Jahre alt sind. Auch die zwei LAMO-Befragungen mit Centroppe-Bezug bestätigen diesen Konnex eindeutig (Hudler/Seitzberger, 2006:447): Zwei Drittel der mobilen Personen ist 35 Jahre und jünger. Bei den SlowakInnen gaben sogar 73,9% der Unter-26-jährigen an, im Ausland arbeiten zu wollen (Huber u.a., 2007:47). Festzuhalten ist, dass der Altersdurchschnitt potenzieller MigrantInnen nach Österreich mit zunehmend zeitlicher Trennung vom Heimatland sinkt und bei möglichen DauermigrantInnen am niedrigsten sein dürfte (Hudler/Seitzberger, 2006:457).

Hinsichtlich des Geschlechts schließen Hudler und Seitzberger (2006:447) aus der LAMO-I Haushaltsbefragung, dass die potenziellen ArbeitsmigrantInnen in Österreich überwiegend Männer sind (Tschechien: 68%, Ungarn 62%, Slowakei: 58%). Huber u.a (2007:48) konnten allerdings keinen signifikanten Unterschied zwischen Mobilitätsbereitschaft und Geschlecht bei den befragten Haushalten aus den Centroppe-Ländern feststellen.

Es gilt als empirisch weitgehend gesichert, dass die internationale Mobilitätsbereitschaft und auch die tatsächliche Mobilität mit dem Bildungsgrad steigt und Hochqualifizierte am mobilsten sind (Breinbauer, 2008: 409, European Foundation, 2006:15). Dieser Zusammenhang gilt auch für Mobilitätsbereiten aus den Centroppe-Ländern (Fassmann/Hintermann, 1999, Hudler/Seitzberger, 2006:447, Huber u.a., 2007:56-61). Unter den von Huber u.a. (2007:58) befragten Personen sind 18,6% der real Migrationsbereiten AkademikerInnen, der Anteil der PendlerInnen mit akademischen Abschluss und realer Pendelbereitschaft ist niedriger (14,6%). Huber u.a. schließen daraus, dass potenzielle PendlerInnen im Gegensatz zu MigrantInnen im mittleren Qualifikationssegment angesiedelt seien (Huber u.a., 2007:137) und vergleichsweise weniger in Großstädten arbeiten wollen.

Das Bildungsniveau der generell Mobilitätsbereiten aus Centroppe ist auch höher als das der in Österreich ansässigen Bevölkerung (Huber u.a., 2007:57).

Ex ante kann die Hypothese gebildet werden, dass alleinstehende Personen eine höhere Mobilitätsbereitschaft aufweisen als Personen, die verheiratet sind oder in einer Lebensgemeinschaft leben. Weiters dürfte die Mobilitätsbereitschaft mit der Zahl der Personen im Haushalt sinken, da ein adäquater Raum schwieriger als bei Alleinstehenden besorgt werden könnte (Huber u.a, 2007:49f).

In einer Zusammenschau aus der Literatur hinsichtlich der demografischen Merkmale der mobilitätsbereiten Bevölkerung aus den Centroppe-Ländern kann abgeleitet werden, dass diese überwiegend männlich, gut ausgebildet, jung und eher alleinstehend ist.

2.3 Reale Wanderungs- und Pendelbewegungen

Im Folgenden sollen die realen Befunde über MigrantInnen und EinpendlerInnen aus den Centrope-Ländern diskutiert werden.

Einigermaßen verlässliche Daten liegen nur über den Bestand von MigrantInnen in Österreich und Wien vor. Wie aus Tabelle 2 ersichtlich ist, waren zu Beginn des Jahres 2007 über 41.300 Personen aus den Centrope-Ländern gemeldet, wobei 45,4% aus Ungarn stammen. Österreichweit hat der Anteil an MigrantInnen aus den Centrope-Ländern zwischen 2002 und 2007 stark zugenommen, insbesondere bei den SlowakInnen, die ihren Bestand in nur fünf Jahren verdoppelt haben. Der durchschnittliche Zuwachs an MigrantInnen aus den Nachbarländern Österreichs war mit 54,6% deutlich höher als der Zuwachs an ImmigrantInnen aus anderen Ländern.

Tabelle 2: Wohnbevölkerung, Staatszugehörigkeit – Centrope-Länder in Österreich
(Stand: 1.1.2002, 1.1.2007)

	1.1.2002	1.1.2007	Zuwachs 2002-2007 in %
Ungarn	13.104	18.135	38,4
Tschechien	6.203	8.277	33,4
Slowakei	7.408	14.890	101,0
Centrope-Länder insgesamt	26.715	41.302	54,6
Europa insgesamt	635.149	717.894	13,0

Quelle: Eigene Berechnungen nach Statistik Austria, 2007b:89

Betrachtet man den Anteil an Beschäftigten aus den Centrope-Ländern (Tabelle 3), erkennt man, dass dieser gemessen am Gesamtbestand an AusländerInnen gering ist: Nicht einmal 6% der AusländerInnen in Wien kommen aus Centrope-Ländern, lediglich etwa 1% der Beschäftigten stammen aus den Anrainerländern. Insgesamt etwa ein Drittel (32,4%) aller Centrope-MigrantInnen in den österreichischen Centrope-Bundesländern landete in Wien. Nur in einem österreichischen Centrope-Bundesland, dem Burgenland, haben MigrantInnen aus den östlichen Centrope-Ländern die Mehrheit (57,0%).

Tabelle 3: Beschäftigte aus den Centrope-Ländern im Jahr 2006

	Wien	Nieder- österreich	Burgenland	Österreich- Centrope- gesamt	Anteil Wien In %
Ungarn	2.582	2.817	5.543	10.942	23,6
Tschechien und Slowakei	4.212	5.177	561	9.950	42,3
Summe	6.794	7.994	6.104	20.982	32,4
Centropeanteil an den AusländerInnen in %	5,5	14,7	57,0	11,1	
Centropeanteil an den Beschäftigten in %	0,9	1,5	7,1	1,5	

Quelle: WIFO/WIIW, 2007:42

Über die EinpendlerInnen nach Wien gibt es keine valide Daten, Verflechtungsbeziehungen sind über nationale Grenzen nicht statistisch erfasst (Palme/Feldkircher, 2005:80). Vollständige Informationen über die reale Größenordnung zu genau definierten Ein- und AuspendlerInnen und genauen Quell- und Zielgebieten innerhalb der Centrope-Region sind daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht verfügbar. Das letzte Mal wurde eine BerufspendlerInnenstatistik in der Volkszählung (VZ) 2001 vorgestellt. Von den in der VZ 2001 angeführten 57.730 österreichischen AuslandspendlerInnen (Statistik Austria, 2004:9) pendelten nur 2% in die Nachbarländer Tschechische Republik, Ungarn, Slowakei und Slowenien (ebenda, S. 10), was einer Größenordnung von 1.155 Personen (inklusive Slowenien!) entspricht.⁵

Das Arbeitsmarktservice verfügt über Auswertungen zu (Tages-)EinpendlerInnen (definiert als bewilligungspflichtige Personen, die keine österreichische Postleitzahl und Gemeindeziffer haben und als „GrenzgängerInnen“ kodiert sind).⁶ Von den 4.709 bewilligungspflichtigen EinpendlerInnen (Stand 1. Juli 2007) aus den Centrope-Ländern nach Österreich (Tabelle 4), entfallen 59,8% der SlowakInnen, 67,4% der UngarInnen und 73,1% der TschechInnen auf die österreichischen Centrope-Bundesländer (Tabelle 5). Der Anteil Wiens für diese EinpendlerInnen ist mit 14,5% vergleichsweise gering (Tabelle 5 u. 6). Unter Verweis auf das Arbeitsmarktservice gibt die Statistik Austria für das Jahr 2001 eine deutlich höhere Zahl, nämlich ca. 12.000 EinpendlerInnen (gemessen an den Arbeitsbewilligungen) aus Ungarn, der Slowakei und Tschechien, inklusive Slowenien an (Statistik Austria, 2004:10, Fußnote 3).

Tabelle 4: Bewilligungspflichtige EinpendlerInnen aus den Centrope-Ländern nach Bewilligungsarten / Österreich gesamt – Stand 1.7.2007

	AP	BB	BS	EB	GR	NN	PR	SB	Summe
Ungarn	3	857	241	7	170	312	811	-	2.401
Slowakei	23	1.359	34	17	-	161	-	-	1.594
Tschechien	1	308	177	1	74	126	27	-	714
Summe	27	2.524	452	25	244	599	838		4.709

Quelle: Eigene Berechnung nach AMS, Sonderauswertung EinpendlerInnen, Stand: 1. Juli 2007.
 Legende: AP=Au-Pair, BB=Beschäftigungsbewilligung, BS=Befreiungsschein, EB=Entsendebewilligung,
 GR=GrenzgängerInnen (bilaterales Abkommen); NN=Niederlassungsausweis, PR=PraktikantIn;
 SB=Sicherungsbescheinigung.

Tabelle 5: Bewilligungspflichtige EinpendlerInnen aus den Centrope-Ländern – Stand 1.7.2007

	Wien	Nieder- österreich	Burgenland	Gesamt Österreich- Centrope	Gesamt Österreich	Anteil Centrope/ Österreich in %	Anteil Wien/Centrope- Österreich in %
Ungarn	229	208	1.181	1.618	2.401	67,4	14,2
Slowakei	155	684	115	954	1.594	59,8	16,2
Tschechien	66	452	4	522	714	73,1	12,6
Summe	450	1344	1.300	3.094	4.709	65,7	14,5

Quelle: Eigene Berechnung nach AMS, Sonderauswertung EinpendlerInnen, Stand: 1. Juli 2007

⁵ Davon sind nur 3.324 PendlerInnen (2.229 davon männlich) internationale AuspendlerInnen. Lediglich 110 WienerInnen gaben an, täglich ins Ausland zu pendeln (Statistik Austria, 2004:658).

⁶ Allerdings wurden die Kriterien zur Auswertung nicht aktualisiert, einige Bewilligungsarten, die in den letzten Jahren hinzugekommen waren, sind daher in den Auswertungen nicht enthalten. Aufgrund der Codierung als „GrenzgängerInnen“ handelt es sich nur um TagespendlerInnen.

Tabelle 6: Bewilligungspflichtige EinpendlerInnen/Wien – Bewilligungsarten – Stand 1.7.2007

	AP	BB	BS	EB	GR	NN	PR	SB	Summe
Ungarn	-	9	7	-	-	150	63	-	229
Slowakei	4	53	2	-	-	96	-	-	155
Tschechien	-	11	-	-	-	54	1	-	66
Summe	4	73	9			300	64		450

Quelle: Eigene Berechnung nach AMS, Sonderauswertung EinpendlerInnen, Stand: 1. Juli 2007

Legende: AP = Au-Pair, BB = Beschäftigungsbewilligung, BS = Befreiungsschein, EB = Entsendebewilligung, GR = GrenzgängerInnen (bilaterales Abkommen); NN = Niederlassungsausweis, PR = PraktikantIn; SB = Sicherungsbescheinigung.

Zur Abschätzung des maximal möglichen realen PendlerInnenpotenzials können die jeweiligen nationalen Arbeitskräfteerhebungen (AKE) herangezogen werden. Allerdings sind einerseits die Stichproben der AKE so klein, dass die verallgemeinerten Größenordnungen einen hohen Unsicherheitsfaktor aufweisen,⁷ andererseits wird in den AKEs nur das Zielland, aber nicht das Bundesland oder der genaue Ort der Beschäftigung abgefragt. Von den nationalen Statistischen Ämtern wurden für das erste Quartal 2007 18.700 UngarInnen und 11.300 SlowakInnen angegeben,⁸ die in den jeweiligen Ländern wohnen und in Österreich beschäftigt sind. Obwohl für die tschechischen EinpendlerInnen keine Daten vorliegen, darf davon ausgegangen werden, dass die Zahl der Personen, die nach diesen Kriterien aus den Centropo-Staaten nach Österreich einpendeln (30.000 + die Zahl der TschechInnen, 2007) mindestens sieben Mal so groß sein dürfte wie die Zahl der bewilligungspflichtigen (Tages-)PendlerInnen, die beim AMS gemeldet sind, und auch höher als die Zahl der in Österreich beschäftigten MigrantInnen aus diesen Ländern (20.982 im Jahre 2006, siehe Tabelle 2). Nach vorsichtigen AKE-Schätzungen sind 84,4% der ungarischen EinpendlerInnen männlich, diese Dominanz liegt weit über der, die aus den bereits zitierten Mobilitätsstudien erwartet werden könnte. Die männliche Dominanz ist bei den slowakischen EinpendlerInnen nach Österreich deutlich geringer (55,4%), dieser Wert liegt in der Nähe der Angaben der LAMO I-Befragung (siehe oben).

Eine im Auftrag der Planungsgemeinschaft OST (PGO 2007a. u. 2007b) durchgeführte Personenverkehrserhebung an den Grenzübergängen der Ostregion liefert zusätzliche Informationen über eine Annäherung an die tatsächliche Größenordnung der EinpendlerInnen. Die Erhebung wurde von der Planungsgemeinschaft Ost (= PGO) im Rahmen eines Interreg III A-Projektes gemacht. Ziel des Projektes war es, das Ausmaß, den Herkunftsort, Reiseziele und Reisezweck im Straßen-, Bus- und Schienenverkehr zu erheben. Die empirische Erhebung fand im Herbst 2005 in einem Zeitraum von drei Wochen statt, bei Bussen wurden nur die BusfahrerInnen befragt (PGO, 2007:2). Nach dieser Untersuchung betrug die Zahl der EinpendlerInnen aus den Centropo-Ländern und weiteren Ländern nach Wien insgesamt 5.770 (4.435 aus den Centropo-Nachbarländern) pro Tag (=24 h) mit einem Wegzweck „zur Arbeit“ oder „zur Schule/Ausbildung“, die gegenläufige Mobilität auswärts ist nach dieser Untersuchung deutlich geringer (1.205). Wie aus den Teilergebnissen (Tabelle 7) ersichtlich ist, beträgt der Anteil derer, die zu Arbeitszwecken

7 Aus diesem Grund wurden aus Tschechien keine Daten übermittelt. Die Schwankungsbreite für die ungarischen Daten wird mit +/- 20% angegeben (schriftliche Mitteilung Kamil Strelka, 6.8.2008. Das ungarische statistische Zentralamt (KSH) publiziert keine Daten aus Samples unter 2.500 Fällen, daher sind auch keine genauen Detailinformationen über die Beschäftigungsfelder verfügbar (schriftliche Mitteilung, Erika Csaba, 1.8.2008). Eine geschlechtsspezifische Auswertung war nicht möglich.

8 Slowakei: schriftliche Mitteilung Kamil Strelka, 6.8.2008, Ungarn: Erika Csaba, 1.8.2008.

nach Wien pendeln, in den meisten Quellländern mehr als ca. 95% und mehr, lediglich ca. 18% der einpendelnden SlowakInnen gaben an, zu Ausbildungszwecken nach Wien zu kommen.

Tabelle 7: EinpendlerInnen nach Wien (Stand Herbst 2005) – Personen in 24 h

	Individualverkehr (IV)		Öffentlicher Verkehr (ÖV)		Summe	Arbeit in % gesamt	Anteil ÖV in %
	Arbeit	Schule/Ausbildung	Arbeit	Schule/Ausbildung			
Ungarn	1.050	40	170	30	1.290	94,6	15,5
Slowakei	1.450	60	470	350	2.330	82,4	35,2
Tschechien	750	20	30	15	815	95,7	5,5
Restliche Länder	1.150	10	150	25	1.335	97,4	13,1
Summe	4.400	130	820	420	5.770	90,5	21,5

Quelle: Eigene Berechnung nach PGO (2007b): Ergebniskarten

Aufgrund der deutlich besser ausgebauten Verkehrsinfrastruktur stammen 2.330 Personen, die täglich nach Wien einpendeln, also 40,4%, aus der Slowakei, lediglich 22,4% aus Ungarn und 14,1% aus Tschechien. Der Rest entfällt auf andere Senderländer. Aufgrund der besser ausgebauten öffentlichen Infrastruktur benutzen die slowakischen EinpendlerInnen zu mehr als einem Drittel (35,2%) öffentliche Verkehrsmittel.

Aus den spärlich vorhandenen und zum Teil stark divergierenden Daten lässt sich zusammenfassend festhalten, dass in Wien nur ein geringer Anteil der Centrope-MigrantInnen beschäftigt ist und nicht einmal ein Zehntel der österreichischen Beschäftigungsbewilligungen für Personen aus diesem Raum auf die Hauptstadt entfallen. Aus der Verkehrserhebung der PGO ergibt sich ein Kontingent von ca. 4.435 täglich einpendelnden Personen aus dem östlichen Centrope, dabei kommen 9 von 10 UngarInnen und TschechInnen sowie 7 von 10 SlowakInnen mittels Individualverkehr, also meistens mit Autos nach Wien.

3 Befragung der EinpendlerInnen in Eisenbahnzügen – Incomings aus den Centrope-Ländern nach Wien

3.1 Details zur empirischen Erhebung

Das Ziel der Primärerhebung war es, die Charakteristik von EinpendlerInnen aus der Centrope Region zu erheben. Das Untersuchungsdesign wurde im Frühjahr 2008 konzipiert, die Befragung wurde von Studierenden des Projektseminars des FH-Studienganges Logistik und Transportmanagement durchgeführt. Die empirische Grundgesamtheit war auf EinpendlerInnen mit dem Zug und Bus (Firma Blaguss) beschränkt, da der motorisierte Individualverkehr bei den EinpendlerInnen zwar sehr beliebt ist, aber aufgrund der gefallenen Grenzkontrollen nur mehr schwer zu fassen ist.

Damit ist auch in der Grundgesamtheit nur der Teil der Personen abgedeckt, die mit dem öffentlichen Verkehr unterwegs sind, der nach der PGO-Studie (siehe Tabelle 7) nur ca. 5- bis maximal 35% aller EinpendlerInnen ausmacht. Befragt wurde in Zügen der ÖBB sowie in Bussen der Fa.

Blaguss mit dem Abfahrts- und Zielort Wien. Die Linien, auf denen die Befragung erfolgte, verkehrten zwischen zentralen Bahn- und Busknotenpunkten Wiens in Richtung Ungarn, Slowakei und Tschechische Republik, sowie in die entgegengesetzte Richtung). Da es im Vordergrund stand, den berufsbedingten Pendelverkehr (Arbeits- und Ausbildungszwecke) zu eruieren, und touristische Fahrten für das vorliegende Projekt von keiner Relevanz waren, wurden die Zeitpunkte für die Befragungen bzw. die Linien, in deren Verkehrsmitteln Fragebögen ausgeteilt wurden, so gewählt, dass möglichst viele BerufspendlerInnen erreicht werden. Um also einen höchst möglichen Rücklauf an brauchbaren Fragebögen zu erhalten, wurden Linien benutzt, welche sich in den Stoß- bzw. Hauptverkehrszeiten zwischen Wien und den östlichen Nachbarstaaten bewegten (05:00 bis 09:00 Uhr) bzw. nachmittags und abends (15:00 bis 20:00 Uhr).

Da es für die Befragung auf der Schiene nicht hilfreich gewesen wäre, bis ins Landesinnere des jeweiligen östlichen Nachbarstaates zu fahren, endete die Fahrt meist am jeweiligen Grenzbahnhof. So konnte (meist nach kurzer Wartezeit am Bahnhof) anschließend gleich die Befragung in einem Zug erfolgen, welcher in die entgegengesetzte Richtung (Relation Wien) verkehrte. Aus Kapazitätsgründen und forschungspraktischen Motiven (25 Studierende des FH-Studienganges Logistik und Transportmanagement standen für die Befragung zur Verfügung), wurde nur an ausgewählten Tagen eine Befragung durchgeführt. Ca. 200 Zugverbindungen (Wien in Centropo-Destinationen und umgekehrt) wurden als Grundgesamtheit identifiziert, von denen in 35 tatsächlich Befragungen durchgeführt wurden.

Das Hauptproblem, das bei der Durchführung der Befragung in Bus und Bahn auftrat, war, dass viele der reisenden Personen nicht bereit waren, den Fragebogen auszufüllen. Drei wesentliche Gründe hemmten den Rücklauf: Zum einen war in den Randzeiten (früher Morgen, später Nachmittag und Abend) die Bereitschaft der Gäste, Fragen zu beantworten „biorhythmisch“ begrenzt. Weiters muss in Betracht gezogen werden, dass auch informell Beschäftigte anwesend waren, die keinen Wert auf eine Befragung legten. Es kann daher auch aus diesen Gründen nicht ausgeschlossen werden, dass diese Personengruppe in unserem Sample unterrepräsentiert ist. Drittens war die Unterscheidung von PendlerInnen und Touristen ein generelles Problem, speziell bei der Befragung in den Bussen.

Durchaus als Problem kann auch die teilweise schwierige Kommunikation mit den Fahrgästen und dem Personal in den verwendeten Verkehrsmitteln betrachtet werden. Obwohl die Fragebögen (39 Fragen, dabei 33 für unsere Studie) in der Vorbereitungsphase zweisprachig (Deutsch + die jeweilige Landessprache des benachbarten Staates) ausgearbeitet wurden, waren einige der Fahrgäste keiner dieser Sprachen mächtig, und ein Ausfüllen des Fragebogens somit unmöglich.

In den jeweiligen Zugverbindungen wurde die Gesamtzahl der Passagiere erhoben, anschließend wurden die Fragebögen an jene verteilt, die als PendlerInnen identifiziert wurden.

Die Zahl der identifizierten PendlerInnen in den 35 Zügen, in denen tatsächlich befragt wurde (insgesamt waren in diesen Linien 3.313 Passagiere unterwegs, die Befragungen wurden am 11., 13. und 16.6.2008 durchgeführt), die auch den Fragebogen ausfüllten, betrug in den ÖBB-Zügen 269. Davon waren 171 PendlerInnen aus der Slowakei nach Österreich, 9 Incomings

aus Österreich und 38 PendlerInnen aus Tschechien. Der Rest wurde von PendlerInnen in die Gegenrichtung ausgefüllt. In 28 Fragebögen war die Pendelrichtung nicht ausgewiesen, da die Migrationsrichtung der Befragten nicht bekannt bzw. nicht grenzüberschreitend war. In Summe betrug daher die Zahl der gültigen, für die Befragung verwendeten Bögen 241, also ca. 7,3% der Passagiere.

Bei Blaguss wurden noch zusätzliche 76 Fälle erhoben, allerdings waren davon 68 TouristInnen bzw. Flugreisende, die nicht in unsere Untersuchungsgruppe fielen. Im Folgenden werden daher nur die Zugreisenden, hier wiederum nur jene Gruppe, die den Wohnort in Centrope-Ländern und den Arbeitsort in Wien angegeben hat, genauer analysiert (maximal 170 Personen).

3.2 EinpendlerInnen aus den Centrope-Ländern nach Wien

3.2.1 Demografische Merkmale des Samples

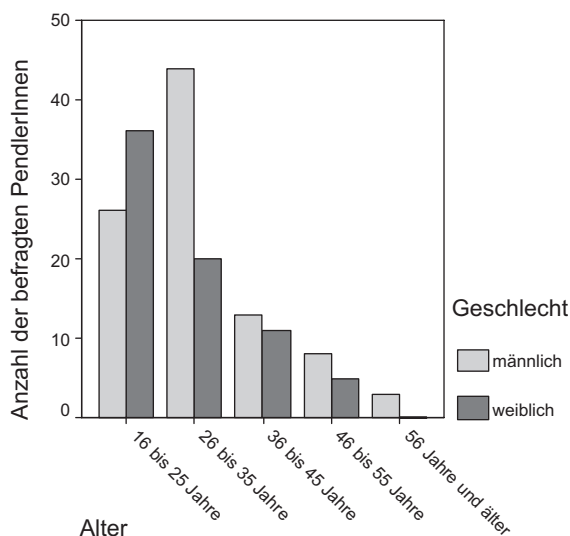
Im Folgenden werden nur EinpendlerInnen aus den Centrope-Ländern in den Zügen der ÖBB nach Wien berücksichtigt (n= maximal 170). Von den befragten Personen (n=170) stammten 136, also 80% aus der Slowakei, hier wiederum 101 Personen aus Bratislava, über 15% aus Tschechien, der Rest aus Ungarn, welches im Vergleich zu anderen statistischen Angaben unterrepräsentiert (vgl. Tab. 6 u. 7) ist. Die Befragten (n=167, siehe Tabelle 8) waren überwiegend männlich (56,3%), lediglich das kleine Sample aus Ungarn ist mehrheitlich weiblich. Die Dominanz von Männern in unserer Stichprobe entspricht den aus der Literatur abgeleiteten Annahmen.

Tabelle 8: Incomings Wien, Herkunft und Geschlecht

Wohnort	männlich	weiblich	Summe	Anteil gesamt in %	Anteil weiblich in %	Anteil männlich in %
Tschechien	13	12	25	15,0	48,0	52,0
Ungarn	3	4	7	4,2	57,1	42,9
Slowakei	78	57	135	80,8	42,2	57,8
Gesamt	94	73	167	100,0	43,7	56,3

Quelle: Eigene Erhebung

Die Altersstruktur liegt entlang der Ergebnisse bisheriger Studien (z.B. Fassmann u.a., 1999:25f) und zeigt dass PendlerInnen alters- bzw. Lebenszyklus bedingt zwischen 16 - 25 Jahren eher pendelbereit sind als Männer (siehe Abbildung 1). Lediglich im Alter von 26 - 35 Jahren dominieren die männlichen Pendler deutlich.

Abbildung 1: Alterstruktur und Geschlecht der befragten PendlerInnen – Incomings Wien

Quelle: Eigene Erhebung

Die untersuchten EinpendlerInnen aus den Centrope-Ländern sind überdurchschnittlich gut qualifiziert, 45,4% haben eine universitäre Ausbildung absolviert (aus der Slowakei 42%). Fasst man die Kategorien „Universität und Kolleg“ zur „hochschulischen Ausbildung“ zusammen, sind es sogar 49,1%. Der AkademikerInnenanteil unter den Frauen (siehe Tabelle 9) ist deutlich geringer (31,0%, inklusive Kolleg: 35,2%). Trotzdem liegen diese Werte weit über dem Mittel der Centrope-MigrantInnen in Wien (20,0%, Durchschnittswerte 2004-2007, siehe Gächter, diese Ausgabe). Dies entspricht nicht den Erwartungen, die aus den Ergebnissen von Huber u.a. (2007:137) abgeleitet werden können, nach denen die PendlerInnen tendenziell schlechter qualifiziert sind als MigrantInnen. Die Tertiärquote der EinpendlerInnen liegt auch deutlich über dem Bildungsniveau in den Senderländern (Tschechien 12,0%, Slowakei 11,8%, Ungarn: 15,4%, Alter 24-64, Werte für 2004, European Scoreboard nach Palme/Feldkircher, 2005:33).

Dies deckt sich mit den Befunden der Literatur, dass die internationale Mobilitätsbereitschaft mit dem Bildungsgrad steigt (Breinbauer, 2008:409) und den oben genannten Untersuchungen über die potenziellen Mobilitätsbereiten aus den Centrope-Ländern (Fassmann/Hintermann, 1999, Hudler/ Seitzberger, 2006:447, Huber u.a., 2007:56-61).

Im Abgleich mit den Befunden aus der Literatur kann unsere Stichprobe wie folgt charakterisiert werden: Die Verteilung der Befragten hinsichtlich der Herkunftsländer liegt mit Ausnahme der UngarInnen, die stark unterrepräsentiert sind, im Bereich der Erwartungen. Es handelt sich wie angenommen, um eine tendenziell männlich dominierte Gruppe, welche überdurchschnittlich hohe Bildungsabschlüsse aufweist, die weit über dem durchschnittlichen Niveau der Centrope-MigrantInnen in Wien, aber auch über dem Niveau des Senderlandes liegen.

Tabelle 9: Bildungsabschluss nach Geschlecht und Herkunftsland der EinpendlerInnen nach Wien

Geschlecht	Höchster Bildungsabschluss	Wohnort Land			Gesamt	Bildungsabschluss-Anteil nach Geschlecht in %
		Tschechien	Ungarn	Slowakei		
männlich	Lehrabschluss / Schulabschluss unter der Matura	2	0	2	4	4,3
	Matura / Abitur / Reifeprüfung	4	2	28	34	36,6
	Kolleg	0	1	2	3	3,2
	Universitätsabschluss	6	0	46	52	55,9
	Gesamt männlich	12	3	78	93	100,0
weiblich	Pflichtschule	1	0	4	5	7,0
	Matura / Abitur / Reifeprüfung	7	1	33	41	57,7
	Kolleg	0	2	1	3	4,2
	Universitätsabschluss	4	1	17	22	31,0
	Gesamt weiblich	12	4	55	71	100,0
Summe		24	7	133	164	

Quelle: Eigene Erhebung

3.2.2 Pendelmotive

Als Hauptmotiv für das Einpendeln werden die höheren Löhne und Gehälter angegeben (31,6% der Antworten, Mehrfachnennungen (n=250) waren möglich. Besonders wichtig war dieses Motiv in der Gruppe über 35-Jährigen, siehe Tabelle 10). Dies deckt sich mit den Ergebnissen der LAMO-Befragung aus dem Jahr 2004/05 (Bittner/Hudler-Seitzberger, 2006:452). An zweiter Stelle steht die Möglichkeit der Auslandserfahrung (diese ist für 28,8% wichtig, insbesondere für die Altersgruppe 16-25 Jahre), welche vor allem von den Studierenden genannt wird, sowie die Arbeitsmarktsituation (14,8%). Neben sonstigen Motiven (8,8%) spielen noch unternehmerische Gründe (6,4%), Schule bzw. Studium sowie das Verkehrsangebot eine wichtige Rolle (jeweils 4,8%). Allerdings gaben in einer anderen Frage immerhin (Frage 25) 53 (davon 47 aus der Slowakei) von 167 Befragten an, dass sie aus Studiumsgründen nach Wien einpendeln. Ein weiteres Indiz ist die Tatsache, dass von 166 RespondentInnen, die auf die Frage 14 („Wie lange haben Sie vor, zu pendeln?“) antworteten, 40 Personen (24,1%) „bis zum Ende des Studiums“ ankreuzten.

Tabelle 10: Pendelmotive der EinpendlerInnen nach Wien

Pendelmotiv	Anzahl der Nennungen			Gesamt	Gesamtanteil der Nennungen in %
	Tschechien	Ungarn	Slowakei		
Höhe des Lohnes/Gehaltes	11	5	63	79	31,6
Auslandserfahrung	14	2	56	72	28,8
Arbeitsmarktsituation	6	2	29	37	14,8
Sonstige Gründe	2	0	20	22	8,8
Unternehmerische Gründe	4	0	12	16	6,4
Verkehrsangebot	2	1	9	12	4,8
Schule/Studium	3	0	9	12	4,8
Summe	42	10	198	250	100,0

Quelle: Eigene Erhebung, Mehrfachantworten waren möglich

Es ist daher anzunehmen, dass der Großteil der Studierenden nebenbei beschäftigt ist oder zur Frage der beruflichen Tätigkeit keine Angaben gemacht hat. Daher muss das zweitwichtigste Motiv „Auslandserfahrung“ relativiert werden, es dominieren bei den Befragten (56,4% der Antworten) eindeutig die arbeitsbezogenen Motive.

3.2.3 Berufliche Tätigkeit, Bildungsqualifikationen und Einkommen der EinpendlerInnen in Wien

Stellt man die Art der Tätigkeit in eine Relation zur Bildungsqualifikation, so kann folgendes festgestellt werden (Tabelle 11): Hilfs- und Anlernertätigkeiten führen in Wien nur 6,3% der befragten männlichen EinpendlerInnen, aber 22,4% der weiblichen Personen aus.

Etwa gleich hoch ist der Anteil an den mittleren Tätigkeiten bei den Frauen (59,2%) und Männern (60,8%), in höheren und leitenden Funktionen sind nur 18,4% der Frauen, aber 32,9% der Männer vertreten. 27 von 70 UniversitätsabsolventInnen, also ca. 38,6%, nimmt man die Kollegs dazu, 29 von 76, das sind 38,2% der HochschulabsolventInnen, gehen einer höheren oder leitenden Tätigkeit nach, wobei in diesem Leitungssegment bezogen auf die Ausbildung keine nennenswerten geschlechtsspezifischen Unterschiede bzw. Dequalifikationen diagnostiziert werden können.

Dabei muss relativiert werden, dass es sich um eine vergleichsweise junge Untersuchungsgruppe handelt, die Art der Tätigkeit als subjektiv eingestuft wurde und vergleichsweise viele Studierenden im Sample vertreten waren. Die Hilfs- und Anlernertätigkeiten werden ausschließlich von Frauen ausgeführt, allerdings sind zwei von drei Personen in leitenden Funktionen weiblich.

Tabelle 11: Höchste abgeschlossene Schulausbildung und Art der Tätigkeit der EinpendlerInnen nach Wien

Geschlecht	Höchste abgeschlossene Schulausbildung	Art der Tätigkeit					Anteil an höheren und leitenden Tätigkeiten in %
		Hilfs-/Anlernertätigkeit	Mittlere Tätigkeit	Höhere Tätigkeit	Leitende Tätigkeit	Gesamt	
männlich	Lehrabschluss / Abschluss unter der Matura	0	4	0	0	4	0,0
	Matura / Abitur / Reifeprüfung	3	13	5	1	22	27,3
	Kolleg	0	2	1	0	3	33,3
	Universitätsabschluss	2	29	19	0	50	38,0
	Gesamt männlich	5	48	25	1	79	32,9
	Anteile (%) männlich an den Tätigkeitsarten	6,3	60,8	31,6	1,3	100	
weiblich	Pflichtschule	2	0	0	0	2	0,0
	Matura / Abitur / Reifeprüfung	8	16	0	0	24	0,0
	Kolleg	0	2	1	0	3	33,3
	Universitätsabschluss	1	11	6	2	20	40,0
	Gesamt weiblich	11	29	7	2	49	18,4
	Anteile (%) weiblich an den Tätigkeitsarten	22,4	59,2	14,3	4,1	100	
Gesamt		16	77	32	3	128	27,3

Quelle: Eigene Erhebung

Der wichtigste Bereich (Tabelle 12), in dem die befragten EinpendlerInnen arbeiten, ist der Bildungssektor (14,5%), vor allem für die TschechInnen (35,7%) und SlowakInnen (20,8%), gefolgt vom Banken-, Finanz- und Versicherungsbereich (9,7%), der vor allem für die SlowakInnen eine wichtige Rolle spielt (18,1%). Es folgen in der Rangfolge der Nennungen das Baugewerbe und der Informationstechnologiebereich, in dem die SlowakInnen überdurchschnittlich stark vertreten sind, gefolgt von Sozialberufen und Gastgewerbe und Tourismus.

Tabelle 12: Berufsfeld der EinpendlerInnen nach Wien

Wichtigste Branchen	Wohnort Land			Gesamt	Anteil in %
	Tschechien	Ungarn	Slowakei		
Bildungssektor	5	1	15	21	14,5
Banken/Finanzen/Versicherung	1	0	13	14	9,7
Baugewerbe/Architektur	2	1	10	13	9,0
EDV/Informationstechnologie	1	0	12	13	9,0
Sozialberuf	1	0	9	10	6,9
Gastgewerbe/Tourismus	2	2	6	10	6,9
Pharma/Chemie/Medizin	2	0	7	9	6,2
Summe	14	4	72	90	62,1
Gesamt	25	5	115	145	100,0

Quelle: Eigene Erhebung

Immerhin 125 EinpendlerInnen gaben ihr Nettoeinkommen an (Tabelle 13). Nur vier Einpendlerinnen, (=8,5%) verdienen mehr als 2.000 Euro netto, bei den Männern sind es immerhin 32%. Im untersten Einkommenssegment (bis 1.000 Euro netto) sind lediglich 25,6% der Männer, aber fast die Hälfte der Frauen (46,8%) vertreten.

Tabelle 13: Monatliches Nettoeinkommen der EinpendlerInnen nach Wien

Geschlecht	Wohnort	Monatseinkommen (Netto) in Euro							Gesamt
		bis 500	501 bis 1000	1001 bis 1500	1501 bis 2000	2001 bis 2500	2501 bis 3000	mehr als 3000	
männlich	Tschechien	0	0	4	5	2	1	0	12
	Ungarn	1	0	1	0	0	0	0	2
	Slowakei	14	5	8	15	16	2	4	64
	Gesamt männlich	15	5	13	20	18	3	4	78
	Anteile (%) männlich	19,2	6,4	16,7	25,6	23,1	3,8	5,1	100,0
weiblich	Tschechien	3	1	4	0	0	0	0	8
	Ungarn	0	0	1	0	1	0	0	2
	Slowakei	13	5	8	8	1	1	1	37
	Gesamt weiblich	16	6	13	8	2	1	1	47
	Anteile (%) weiblich	34,0	12,8	27,7	17,0	4,3	2,1	2,1	100,0
Gesamt		31	11	26	28	20	4	5	125
	Anteile (%) Gesamt	24,8	8,8	20,8	22,4	16	3,2	4	100

Quelle: Eigene Erhebung

3.2.4 Pendelverhalten und Pendelkosten

Im Einklang mit anderen Ergebnissen aus der Literatur kann festgestellt werden, dass die Pendelhäufigkeit mit der Distanz vom Arbeitsort Wien abnimmt (Tabellen 14-16). Die überwiegende Zahl an EinpendlerInnen aus Tschechien pendelt nur einmal in der Woche nach Wien (60,0% der Befragten), was damit zu hängt, dass mehr als zwei Drittel der befragten TschechInnen (68%) eine Distanz von mehr als 100 km, 8% sogar von mehr als 400 km zurückzulegen haben. Mehr als zwei Drittel (66,9%) der PendlerInnen aus Bratislava (Tabelle 15) pendeln viermal und öfters pro Woche, aus der Slowakei sind es 63,9% (von 133 Antworten), die mehr drei Mal pro Woche pendeln. Immerhin 41,3% der SlowakInnen pendeln fünfmal pro Woche nach Wien, aus Bratislava wählten 44,1% (Tabelle 15) diese Frequenz.

Tabelle 14: Wöchentliche Pendelhäufigkeit der EinpendlerInnen nach Wien

Geschlecht	Wohnort	Pendeln pro Woche						Gesamt
		1 mal	2 mal	3 mal	4 mal	5 mal	mehr als 5 mal	
männlich	Tschechien	8	3	0	0	2	0	13
	Ungarn	1	0	1	0	1	0	3
	Slowakei	6	3	14	13	39	2	77
	Gesamt männlich	15	6	15	13	42	2	93
	Anteil (%) männlich	16,1	6,5	16,1	14,0	45,2	2,2	100,0
weiblich	Tschechien	7	2	1	1	1	0	12
	Ungarn	0	0	1	2	1	0	4
	Slowakei	6	4	13	17	16	0	56
	Gesamt weiblich	13	6	15	20	18	0	72
	Anteil (%) weiblich	18,1	8,3	20,8	27,8	25,0	0,0	100,0
Gesamt		28	12	30	33	60	2	165
	Anteil (%) gesamt	17,0	7,3	18,2	20,0	36,4	1,2	100,0

Quelle: Eigene Erhebung

Tabelle 15: Wöchentliche Pendelhäufigkeit– EinpendlerInnen aus Bratislava

	Häufigkeit	Anteil in %
1 mal	9	7,6
2 mal	8	6,8
3 mal	22	18,6
4 mal	26	22,0
5 mal	52	44,1
mehr als 5 mal	1	0,8
Gesamt	118	100,0

Quelle: Eigene Erhebung

Tabelle 16: Entfernung Wohnort – Arbeitsort Wien – EinpendlerInnen

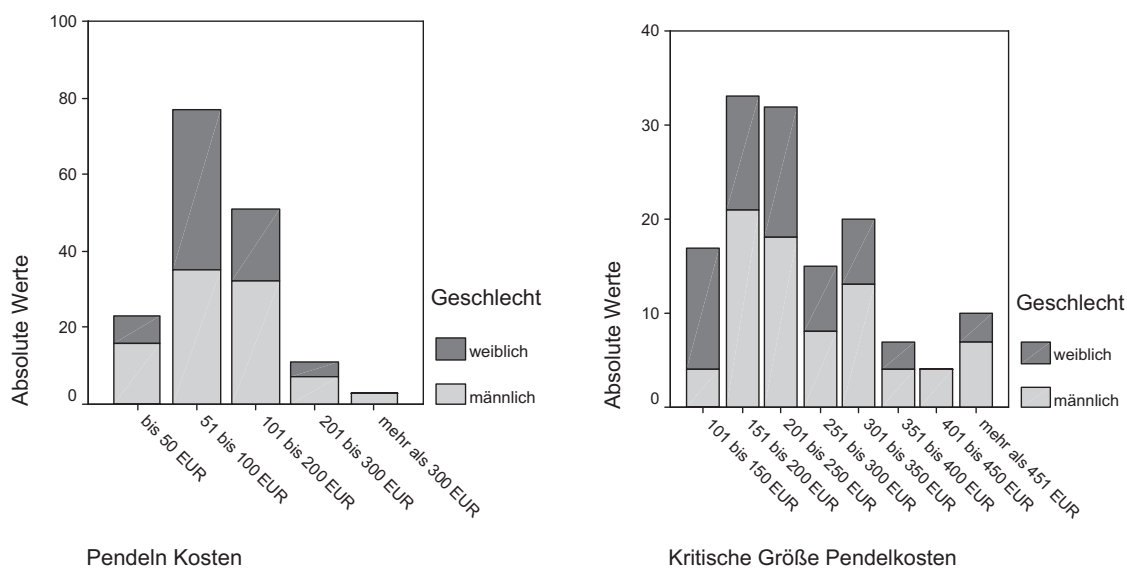
Geschlecht	Entfernung Wohnort – Wien	Wohnort Land			Gesamt
		Tschechien	Ungarn	Slowakei	
männlich	bis 100 km	4	2	61	67
	101 bis 200 km	5	1	15	21
	201 bis 300 km	0	0	1	1
	301 bis 400 km	2	0	0	2
	401 bis 500 km	2	0	0	2
	Gesamt männlich	13	3	77	93
	Anteil (%) männlich	14,0	3,2	82,8	100,0
weiblich	bis 100 km	3	3	45	51
	101 bis 200 km	5	1	7	13
	201 bis 300 km	3	0	2	5
	301 bis 400 km	1	0	0	1
	über 500 km	0	0	1	1
	Gesamt weiblich	12	4	55	71
	Anteil (%) weiblich	16,9	5,6	77,5	100,0
Gesamt		25	7	132	164
	Anteil (%) gesamt	15,2	4,3	80,5	100,0

Quelle: Eigene Erhebung

Die Fahrzeit für eine Strecke (Tür zu Tür) liegt im Durchschnitt bei etwa zwei Stunden (118,3 Minuten), der Median liegt bei 105 Minuten, 75% der befragten PendlerInnen benötigen für die Anreise zum Arbeitsplatz länger als eineinhalb Stunden. Mit Ausnahme einer Gruppe von SlowakInnen (17,1%), müssen alle befragten EinpendlerInnen auf ihrem Weg zur Arbeit mindestens einmal umsteigen. Die Zughaltestelle liegt für etwa zwei Drittel (65,4%) der EinpendlerInnen in einer Entfernung von weniger als einem Kilometer von zuhause entfernt. Jeweils fast ein Drittel der befragten Personen (29,9%) pendelte bereits zwischen drei und sechs Jahren und über sechs Jahre (31,1%) von den Centropo-Destinationen nach Wien.

In der Befragung wurde auch erhoben, wie hoch die Pendelkosten (diese werden von 83,4% der befragten EinpendlerInnen selbst getragen) eingeschätzt werden, und ab welcher Höhe die Pendelkosten zu einer Veränderung des Arbeitsplatzes bzw. Arbeitsortes führen würden.

Etwa drei Viertel (77,6%) der befragten EinpendlerInnen nach Wien geben ihre Pendelkosten (Abbildung 2) zwischen 51 und 200 Euro an, 46,7% beziffern ihre Kosten zwischen 50 und 100 Euro pro Monat für den Verkehrsträger zum Arbeitsplatz. Etwa die Hälfte der PendlerInnen (51,2%) fährt per Monatskarte, gefolgt von Einzelkarten (20,5%) und Wochenkarten (18,1%). Es ist anzunehmen, dass die EinzelkartenbezieherInnen alternativ mit anderen Verkehrsträgern, vorwiegend mit dem Auto pendeln. Die kritische Grenze, den Arbeitsplatz oder Verkehrsträger zu wechseln, liegt bei etwa der Hälfte der Befragten bei mehr als 250 Euro pro Monat.

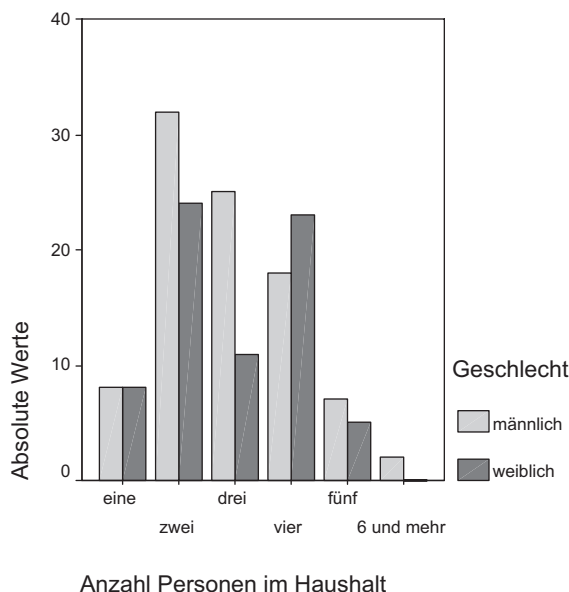
Abbildung 2: Durchschnittliche monatliche Pendelkosten und kritische Größe der Pendelkosten

3.2.5 Familienstand und Haushaltsgröße der EinpendlerInnen

In der untersuchten Stichprobe waren 56,6% der Befragten ledig, 38% verheiratet, 4,2% waren geschieden und 1,2% in einer festen Beziehung. Das Ergebnis liegt entlang des Befundes von Huber u.a. (2007:50), die davon ausgehen, dass 64,5% des generellen Mobilitätspotenzials von Alleinstehenden aus den Centropo-Regionen ausgeht. 93,6% der von uns untersuchten ledigen Incomings nach Wien waren unter 36 Jahre, 89,4% aller Ledigen Incomings stammten aus der Slowakei.

Einige empirische Evidenz deutet darauf hin, dass ledige Frauen längere Pendelstrecken auf sich nehmen als verheiratete. Bei Männern sei der Familienstand nicht bedeutend für das Pendelverhalten, da Frauen meist die Haushalts- und Erziehungsrolle übernehmen (Bertsch, 2006:18). In unserem (kleinen) Sample ist es genau umgekehrt: 38,1% der verheirateten Frauen pendeln über eine Distanz über 100 km, während es bei den ledigen Frauen nur 25% sind.

Huber u.a (2007:50) haben in der LAMO-Befragung Indizien für eine reduzierte Mobilität in Mehrpersonenhaushalten gegenüber Alleinstehenden gefunden. In unserer Stichprobe kann diese Feststellung nicht voll bestätigt werden: Die Alleinstehenden sind eine Minderheit (9,8%), die stärkst vertretene Personengruppe lebt in Zwei-Personenhaushalten (34,4%), in Drei-Personenhaushalten (22,1%) sowie Vier-Personenhaushalten, in der besonders die Frauen stark vertreten sind (Abbildung 3).

Abbildung 3: Anzahl der Personen im Haushalt – EinpendlerInnen nach Wien

Ermittelt man allerdings den Anteil jener Personen in Personenhaushalten mit vier und mehr Personen, die mehr als vier Mal und öfter in der Woche pendeln, sind die Mehr-als-drei-Personenhaushalte (49,1%) bei dieser Frequenz etwas unterdurchschnittlich repräsentiert (57,6%).

Zusammenfassend kann die Gruppe der befragten EinpendlerInnen als überdurchschnittlich hoch qualifizierte, vorwiegend männliche, ledige und in erster Linie wegen der höheren Löhne einpendelnde Gruppe beschrieben werden. Etwa ein Viertel der Personen dürfte zu Studien- und Ausbildungszwecken nach Wien kommen, wobei Nebenjobs nicht ausgeschlossen sind. Der Rest arbeitet in einem breiten beruflichen Spektrum vorwiegend in mittleren Positionen, Hilfs- und Anlerntätigkeiten werden vorwiegend von Frauen durchgeführt. Die TschechInnen pendeln in der Regel einmal pro Woche, die SlowakInnen mehrmals, wobei die durchschnittliche Dauer pro Fahrtstrecke etwa zwei Stunden beträgt. Die Pendelkosten liegen bei drei Viertel der Befragten unter 200 Euro pro Monat, die Distanz zum Quellbahnhof ist im Regelfall geringer als ein Kilometer.

4 Arbeitskräftemobilität: Die Beschäftigung von MigrantInnen und PendlerInnen in Wiener Unternehmen – Primärerhebung

Anmerkungen zur Methode

Als Basis für die empirische Analyse hinsichtlich der Beschäftigung von MigrantInnen und EinpendlerInnen in Wiener Unternehmen dienten 177 Telefoninterviews mit Wiener Betrieben. Die Methode wird im Artikel von Michaela Trippel in dieser Ausgabe im Detail dargelegt, dass Sample ist das gleiche, wie das für die Analyse der anderen Formen der grenzüberschreitenden Netzwerke verwendete.

4.1 Verflechtung im Bereich Arbeitskräftemobilität: MigrantInnen und PendlerInnen

Betrachtet man die grenzüberschreitende Arbeitskräftemobilität im Untersuchungsraum, zeigt sich, dass etwas mehr als ein Fünftel (25 Unternehmen) aller befragten WUB-Betriebe MigrantInnen bzw. PendlerInnen aus den Centrope-Ländern beschäftigt. Dieser Wert liegt über dem Durchschnittswert für österreichische Betriebe von 14,8% in der LAMO-Umfrage (Huber u.a., 2007:107). Davon haben 44% MitarbeiterInnen aus Ungarn, 36% aus Tschechien und 24% aus der Slowakei (Tabelle 17). Die FHB-Betriebe nutzen die Humanressourcen aus den Nachbarstaaten noch intensiver (Tabelle 17). Hier gaben nicht weniger als 36% an, MigrantInnen und PendlerInnen aus den östlichen Centrope-Ländern zu beschäftigen. Beinahe zwei Drittel (65%) davon haben MitarbeiterInnen aus Ungarn, 61% aus der Slowakei und 57% aus Tschechien.

Tabelle 17: Herkunftsländer von MigrantInnen und PendlerInnen (% der Unternehmen)

	WUB N=25	FHB N=23
Ungarn	44	65
Tschechien	36	57
Slowakei	24	61

Die überwiegende Mehrheit der MigrantInnen und PendlerInnen sind sowohl in den WUB-Betrieben wie auch in den FHB-Unternehmen auf der operativen Ebene beschäftigt. Es wurden kaum Hinweise dafür gefunden, dass diese ArbeitnehmerInnen Positionen in der mittleren Führungsebene oder gar im Topmanagement innehaben. Damit liegt der Einsatzbereich dieser Gruppe deutlich unter dem „Niveau“ der befragten EinpendlerInnen (siehe Kapitel 3.2.3). Für die Beschäftigung von MitarbeiterInnen aus den östlichen Centrope-Ländern sind verschiedene Gründe ausschlaggebend (Tabelle 18). Die WUB-Betriebe geben in erster Linie an, dass diese MitarbeiterInnen die Kontakte der Unternehmen zu den Centrope-Ländern erleichtern (48% der Unternehmen). Aber auch das gute Qualifikationsniveau (33%) und die Marktkenntnisse (29%) der MitarbeiterInnen spielen eine relativ wichtige Rolle. Sonstige Gründe wurden ebenfalls öfters genannt (33%). Diese umfassen die Kategorien „Zufall“, „hohe Arbeitsbereitschaft“ und den „FacharbeiterInnenmangel in Österreich“. Für die FHB-Betriebe sind es ebenfalls vor allem das Qualifikationsniveau (65%) der PendlerInnen und MigrantInnen, deren Marktwissen (61%) sowie die Erleichterung der Kontakte zu den Centrope-Ländern (57%), denen das größte Gewicht zukommt. Für jene Unternehmen, die explizit angaben, dass das Headquarter in Wien die Aktivitäten für die Centrope-Länder steuert, stehen das Marktwissen (WUB- und FHB-Betriebe jeweils 86%) sowie die Kontakte (jeweils 71%) der MigrantInnen noch deutlicher im Vordergrund.

Wie oben ausgeführt, gaben einige der WUB-Betriebe wie auch der FHB-Unternehmen an, dass die von ihnen beschäftigten PendlerInnen und MigrantInnen Kontakte zu den östlichen Centrope-Ländern erleichtern. Wie aus Tabelle 19 ersichtlich, spielen insbesondere die Kenntnis der Sprache (90% bzw. 100%) aber auch die Kenntnis der Kultur (70% bzw. 69%) eine wichtige Rolle. Der Faktor „niedrigere Arbeitskosten“ wird von den befragten Unternehmen eher gering bewertet. Dies widerspricht den Ergebnissen der LAMO-Unternehmensbefragung, nach denen das Lohnkostenargument ausschlaggebend für die Beschäftigung von AusländerInnen aus den Centrope-Ländern gesehen wird (Huber u.a., 2007:139). Allerdings zielte die Frage in der LAMO-Untersuchung auf den Zeitraum nach den Übergangsregelungen.

Tabelle 18: Gründe für die Beschäftigung von MigrantInnen und PendlerInnen
(% der Unternehmen)

	WUB N=21	FHB N=23
Gutes Qualifikationsniveau	33	65
Niedrigere Arbeitskosten im Vergleich zu ÖsterreicherInnen	10	17
Marktkennntnisse in den Centrope-Ländern	29	61
Erleichterung der Kontakte zu den Centrope-Ländern	48	57
Sonstige Gründe	33	13

Tabelle 19: Gründe für die Erleichterung der Kontakte zu den Centrope-Ländern
(% der Unternehmen)

	Hohe Bedeutung	
	WUB N=10	FHB N=13
Kenntnis der Sprache	90	100
Kenntnis der Kultur	70	69
Bestehende familiäre und freundschaftliche Verbindungen	10	17

Ein weiteres Ergebnis der empirischen Erhebung war, dass die Unternehmen kaum gezielt nach ArbeitnehmerInnen mit Migrationshintergrund aus den Centrope-Ländern suchen. Nur neun WUB-Unternehmen (von 96 Unternehmen = ca. 9%), die keine MitarbeiterInnen aus den Centrope-Ländern beschäftigen, geben an, solche in Zukunft beschäftigen zu wollen bzw. gezielt Personen mit Migrationshintergrund für die Zusammenarbeit in den östlichen Centrope-Ländern zu suchen. Bei den FHB-Unternehmen ist der entsprechende Anteil mit 10% (vier Betriebe) ebenfalls gering.

5 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Die Qualifikationsstruktur wird sich in den westlichen und östlichen Centrope-Teilen mittelfristig annähern, so dass es zu einem verstärkten Wettbewerb um qualifizierte Personen kommen wird (Huber u.a., 2007:139). Die in der Literatur abgeleitete Erkenntnis, dass zum Teil noch erhebliche Barrieren bei der Nutzung des Humanpotenzials von MigrantInnen bestehen, dürfte auf die Centrope-MigrantInnen und PendlerInnen für unser Sample weniger zutreffen. Mehr als jedes fünfte der 177 befragten Wiener Unternehmen setzt Arbeitskräfte aus den Centrope-Ländern, vor allem im operativen Bereich, ein. Als wesentliche Gründe für die relativ hohe Bereitschaft, MigrantInnen aus den Centrope-Ländern einzusetzen, werden das hohe Qualifikationsniveau, die Erleichterung der Kontakte und die Marktkennntnisse genannt. Die Kontakte und Netzwerke zu den Centrope-Ländern werden vor allem auf die Sprach- und Kulturkenntnisse des jeweiligen Landes zurückgeführt. In Divergenz zur vorhandenen Literatur spielt das Lohnkostenargument kaum eine Rolle. Die von den Wiener Unternehmen geäußerte Nutzung des Potenzials von MigrantInnen und Pendelmobilen steht allerdings nicht im Einklang mit der Tatsache, dass Beschäftigte mit einem solchen Humanpotenzial kaum aktiv gesucht werden.

Die Befragung unter den 170 EinpendlerInnen (ca. 7,3% der Zuginsassen) aus den Centrop-Ländern nach Wien hat die Ergebnisse anderer Studien zum Teil bestätigt. Die befragten EinpendlerInnen sind eher jung, vorwiegend männlich und leben in Zwei-Personenhaushalten. Der Anteil an PendlerInnen, die zu Studienzwecken nach Wien pendeln, ist erheblich, der AkademikerInnenanteil in unserem Sample deutlich höher als erwartet und auch höher als im Senderland. Die befragten EinpendlerInnen arbeiten in einem breiten beruflichen Spektrum, das in der Rangfolge der Wichtigkeit vom Bildungssektor, dem Bank-, Finanz- und Versicherungsbereich, Baugewerbe, Informationstechnologie-, Sozialbereich sowie Gastgewerbe und Tourismus reicht.

Im Gegensatz zur eigenen empirischen Erhebung unter den 177 Wiener Unternehmen, in der den MigrantInnen und EinpendlerInnen vor allem hierarchisch wenig gehobene Stellungen im operativen Geschäft zuordnet werden, geben die befragten 170 EinpendlerInnen vor allem mittlere Positionen in ihrem Arbeitsplatz an. Vergleichsweise hoch sind auch die angegebenen Nettogehälter der EinpendlerInnen, welche bei Männern deutlich höher sind (32%, der Befragten verdienen mehr als 2.000 Euro netto im Monat) als bei den Frauen (nur 4% über 2.000 Euro netto im Monat). Es kann bei den EinpendlerInnen von einer gewissen Dequalifikation ausgegangen werden, da nur ca. ein Viertel der befragten HochschulabsolventInnen (21,7% der Personen mit Universitätsabschluss bzw. 23,3% der HochschulabsolventInnen (Universitäten+Kollegs)) einer höheren oder leitenden Tätigkeit nachgehen. Bei den Frauen beträgt der jeweilige Anteil lediglich 16,3% (8/49) bzw. 18,4% (9/49). Dabei muss relativiert werden, dass es sich um eine vergleichsweise junge Untersuchungsgruppe handelt, die Art der Tätigkeit als subjektiv eingestuft wurde und vergleichsweise viele Studierende im Sample vertreten waren. Die Hilfs- und Anlerntätigkeiten werden ausschließlich von Frauen ausgeführt, allerdings sind auch 2 von 3 Personen in leitenden Funktionen weiblich.

Etwa drei Viertel der befragten EinpendlerInnen nach Wien geben ihre Pendelkosten zwischen 50 und 200 Euro an, ca. die Hälfte der befragten Personen beziffert ihre Kosten zwischen 50 und 100 Euro pro Monat für den Verkehrsträger zum Arbeitsplatz. Etwa die Hälfte der PendlerInnen (51,2%) fährt per Monatskarte, gefolgt von Einzelkarten (20,5%) und Wochenkarten (18,1%). Es ist anzunehmen, dass die Einzelkartenbezieher alternativ mit anderen Verkehrsträgern, vorwiegend mit dem Auto pendeln. Die kritische Grenze, den Arbeitsplatz oder Verkehrsträger zu wechseln, liegt bei etwa der Hälfte der Befragten bei mehr als 250 Euro pro Monat.

Im Einklang mit anderen Ergebnissen aus der Literatur kann festgestellt werden, dass die überwiegende Zahl an EinpendlerInnen aus Tschechien nur einmal in der Woche pendelt (60,0% der Befragten), was damit zusammen hängt, dass mehr als zwei Drittel der Befragten (68%) eine Distanz von mehr als 100 km, 8% sogar mehr als 400 km zurückzulegen haben. Mehr als zwei Drittel der PendlerInnen aus Bratislava pendeln viermal und öfters pro Woche (66,9%), aus der Slowakei sind es 63,9%, die mehr drei Mal pro Woche pendeln. Immerhin 41,3% der SlowakInnen pendeln fünf mal in der Woche nach Wien, aus Bratislava wählten 44,1% diese Frequenz.

In einer Gesamtsicht aus den Ergebnissen der Literatur und den eigenen empirischen Ergebnissen kann vermutet werden, dass Österreich bei den jungen Erwachsenen aus den Centrop-Ländern als Emigrationsland zunehmend unter Konkurrenzdruck anderer Länder gerät und in der Hierarchie der Wunschdestinationen sukzessive den Early-Mover-Vorteil verlieren könnte.

Als Destination für das Einpendeln ist Wien wie unser, allerdings nicht repräsentatives, Sample gezeigt hat, für Hochqualifizierte und BildungspendlerInnen sehr attraktiv. Durch den Abbau der institutionellen Schranken bei gleichzeitiger Verbesserung der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur könnten von Wiener Unternehmen das Humanpotenzial aus den Centroe-Regionen noch stärker genutzt werden und umgekehrt die bislang asymmetrische Verflechtung (deutlich mehr EinpendlerInnen aus den Centroe-Ländern als umgekehrt) verringert werden.

Literaturverzeichnis

Bergmann, N./Kovacs, P./Lechner, F./Moderegger, H./Reiter, W./Willsberger, B. (2003): Unternehmensstrategien und grenzüberschreitende regionale Integration. L&R Sozialforschung, Wien.

Bertsch, A. (2006): Familienstruktur und Pendelentscheidungen – dargestellt am Beispiel Vorarlberg, Innsbruck, Leopold-Franzens-Universität, Dipl.-Arb., Mai 2006.

Bittner, M./Hudler-Seitzberger, M. (2006): Arbeitsmarktmonitoring. Struktur, Motive, Erwartungen und Wünsche des Arbeitsmigrationspotenzials in den Grenzregionen der Slowakei, Tschechiens und Ungarns mit Österreich. In: SWS-Rundschau, 4:432-457.

Breinbauer, A. (2007): Brain Drain – Brain Circulation or ...What Else Happens or Should Happen to the Brains. Some Aspects of Qualified Person Mobility/Migration. In: Fassmann, Heinz/Münz, Rainer (Hrsg.): Aspects of Migration South East Europe. Der Donauraum, 1/2:89-125.

Breinbauer, A. (2008): Mobilität österreichischer und ungarischer Mathematiker. Ein Beitrag zur Brain Drain-Debatte in einem schmalen Segment Hochqualifizierter. Wien.

Breinbauer, A./Gächter, A. (2007): Die Nutzung der beruflichen Qualifikationen von Migrantinnen und Migranten aus den Centroe-Ländern. In: Wirtschaft und Management, 7:41-70.

Eberl, W. (2005): Telefonumfrage Einpendler Wien. http://www.pgo.wien.at/pdf/PGO_pendler_wien_telefonumfrage.pdf (2.9.2008).

European Foundation for Improvement of Living and Working Conditions (2006): Mobility in Europe. Analysis of the 2005 Eurobarometer survey on geographical and labour market mobility. Luxemburg, http://www.lex.unict.it/eurolabor/documentazione/altridoc/Mobility_Europe_October_06.pdf (2.9.2008).

Fassmann, H./Hintermann, C. (1997): Migrationspotenzial Ostmitteleuropa. Struktur und Motivation potenzieller Migranten aus Polen, der Slowakei, Tschechien und Ungarn. ISR-Forschungsbericht 15, Institut für Stadt und Regionalforschung, Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien.

Fassmann, H./Hintermann, C./ Kohlbacher, J./ Reeger U. (1999): Arbeitsmarkt Mitteleuropa. Die Rückkehr historischer Migrationsmuster; ISR-Forschungsbericht 18, Institut für Stadt und Regionalforschung, Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien.

Hintermann, C. (2000): Die „neue“ Zuwanderung nach Österreich – Eine Analyse der Entwicklung seit Mitte der 80er Jahre. In: SWS-Rundschau 40/1:5-23.

Huber, P. (2001): Teilprojekt 10. Migration und Pendeln infolge der EU-Erweiterung/Preparity. Strukturpolitik und Raumplanung in den Regionen an der mitteleuropäischen EU-Außengrenze zur Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung, Wien.

Huber, P./Mayerhofer, P./Nowotny, K./Palme, G. (2007): Labour Monitoring II -Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt im Zuge der EU-Erweiterung. Handlungsorientierter Zwischenbericht. Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. Wien.

Huber, P./Maierhofer, P.(2006): Structural Change in the CENTROPE Region. In: New Regional Economics in Central European Economies: The Future of CENTROPE. Proceedings of OeNB workshops No. 9. Wien.

International Centre for Migration Policy Development (ICMPD)/ÖFM/Institut für Stadt und Regionalforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ISR) / Forum Politische Bildung der Universität Wien (2001): Die soziale Mobilität der Ausländer/innen. Ein Betrag zur Arbeitsmarkt- und Sozialstrukturanalyse der Großstadt. Kurzfassung Endbericht.

Institute of International Education (2008): Atlas of Student Mobility. All Destinations and Places of Origin. <http://atlas.iienetwork.org/> (29.9.2008)

Kohlbacher, J./Reeger, U. (2005): Aus aller Herren Länder? Wien als Studienort und internationale Bildungsmetropole. ISR-Forschungsberichte. Institut für Stadt und Regionalforschung, H. 31. Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Wien.

Kreuzhuber, M. (2008): Migration und Integration aus dem Blickwinkel der Wirtschaft. Bewältigung der zukünftigen Herausforderungen braucht neue Weichenstellungen in der Migrationspolitik. In: Wirtschaftspolitische Blätter, 2:317-333.

KMU Forschung Austria (2005): Endogenes Arbeitskräftepotenzial für die Internationalisierung Wiener Unternehmen. Einsatz von Personen mit ost- und südeuropäischem Migrationshintergrund für grenzüberschreitende Aktivitäten. Endbericht im Auftrag der Stadt Wien. Wien.

Maier, G. (1994): Economic Integration in Central Europe: Cross Border Trips in the Vienna Region. Unveröffentlichtes Manuskript.

Mayerhofer, P. (2006): Wien in einer erweiterten Union. LIT Verlag, Wien.

Mindtake New Media Consulting GmbH (2008): Online Studie Kreatives Potenzial in Zentral- und Osteuropa. Wien.

Palme, G./Feldkircher, M. (2005): Wirtschaftsregion „CENTROPE Europearegion Mitte“: Eine Bestandsaufnahme, Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag der Oesterreichischen Nationalbank. Wien: WIFO.

Palme, G./Feldkircher, M. (2006): Economic challenges in the Centrope Region. In: New Regional Economics in Central European Economies: The Future of CENTROPE. Proceedings of OeNB workshops No. 9. Wien.

Planungsgemeinschaft OST (PGO) (2006): Jahresbericht 2006. Wien.

Planungsgemeinschaft OST (2007a): Personenverkehrserhebung Grenzübergänge Ostregion. Wien: (http://www.centropemap.org/dmdocuments/2007/PVzaehlg_Detauswtg2005_Teil_1.pdf) (22.9.2008)

Planungsgemeinschaft OST (2007b): Personenverkehrserhebung Grenzübergänge Ostregion. Ergebniskarten: http://www.pgo.wien.at/pdf/PGO_PV_grenzueberschreitend_karten.pdf (22.9.2008)

Statistik Austria (2004): Volkszählung 2001 – Berufspendler. Wien.

Statistik Austria (2007a): Volkszählung Textband. Demographische, soziale und wirtschaftliche Struktur der österreichischen Bevölkerung. Wien.

Statistik Austria (2007b): Bevölkerungsstand 2007. Wien.

Tödting, F./Trippel, M. (2007): Wirtschaftliche Verflechtungen in der Centrope-Region: Theoretische Ansätze und empirische Befunde. In: *Wirtschaft und Management* 7:27-39.

Vavrecková, J. (2003): Die Bereitschaft tschechischer Bürger zur Arbeitsmigration – Unter besonderer Berücksichtigung Österreichs. In: *WISO* H. 129/ S. 130-146.: http://www.isw-linz.at/media/files/2_2003/LF_vavreckova_2_03.pdf (29.9.2008).

WIFO/WIIW (2007): Centrope Business & Labour Report. Wien.

August Gächter

Die berufliche Stellung von Personen aus Centrope Staaten in Wien



August Gächter
Zentrum für Soziale Innovation
(ZSI)

Abstract

Internationale Migration birgt unter anderem auch das Risiko, dass bereits erworbene berufliche Qualifikationen im Zielland nur zum Teil oder gar nicht anerkannt werden. In welchem Maß das der Fall ist, wird hier anhand der Bevölkerung und der Beschäftigten aus der Slowakei, der Tschechischen Republik und Ungarn in Wien untersucht. Mit Hilfe von Daten aus der Arbeitskräfteerhebung der 2. Quartale von 2004 bis 2007 wird gezeigt, dass im Lauf der vier Jahre 16.000 bis 19.000 Personen in erwerbsfähigem Alter mit Abschlüssen aus den drei Ländern und 6.000 bis 8.000, die dort geboren wurden, aber in Österreich die Ausbildung abgeschlossen haben, in Wien gelebt oder gearbeitet haben. Ein Drittel der Gruppe sind Männer, ein Drittel sind Frauen mit eigenem Haushalt und ein Drittel Frauen in Haushalten, in denen der Mann den Hauptteil des Einkommens beisteuert. Fast alle sind beschäftigt oder waren es früher. Gleich wo der höchste Abschluss erworben wurde, sind etwa 25% unter ihrem Qualifikationsniveau beschäftigt oder beschäftigt gewesen. 60% der Dequalifizierungen entfallen auf jenes Drittel der Frauen, die Partnerinnen sind, ein Sechstel auf Frauen mit eigenem Haushalt, ein Viertel auf Männer. Bei den Männern ist das Dequalifizierungsrisiko ungefähr gleich groß, wie bei in Österreich geborenen Männern mit österreichischem Ausbildungsabschluss, bei den Frauen ist es höher. Diese Diskrepanz zwischen den Geschlechtern ist ungewöhnlich und jedenfalls nicht durch die Anwesenheit von Kindern im Haushalt zu erklären.

International migration bears a risk of the receiving country recognising occupational qualifications only partially or not at all. Here the extent to which this is true is studied in the case of population and employees in Vienna born in Slovakia, the Czech Republic and Hungary. Using data from the second quarter labour force surveys 2004 to 2007 the cumulated working-age population with education completed outside Austria four years is shown to be in the range of 16,000 to 19,000, and the population born in the three countries but with education completed in Austria in the range of 6,000 to 8,000. One third are men, one third are women with their own household, and one third are female partners in households with a male main earner. Almost everybody is employed or was employed in the past. No matter where the education was completed about 25 percent are or were employed below their formal qualifications. Female partners account for 60 percent of the dequalifications, women with own households for one sixth, men for one quarter. The male risk of dequalification is about the same as for men born in Austria with education completed in Austria but the female risk is higher. This discrepancy between the sexes is unusual and cannot be explained by the presence of children in the households.

1. Einleitung

1.1 Fragestellung

Migration hat viel mit der Entfernung zu tun, wie viele Studien der letzten 130 Jahre gezeigt haben. Daher ist innerhalb einer relativ kleinen Region wie Centrope an sich relativ viel Bewegung zu erwarten. Gehemmt wird sie zweifellos durch die Staatsgrenzen, welche die Region zerschneiden,

auch wenn es jetzt EU- und Schengenbinnengrenzen sind. Dazu kommen Sprachgrenzen, aber diese lassen sich rein durch persönliche Anstrengung überwinden, was bei Staatsgrenzen so nicht der Fall ist. Der Umzug von einer Gesellschaft in eine andere ist auch noch durch andere Hemmnisse und Risiken gekennzeichnet. Eines davon ist, die bisherigen Bildungsabschlüsse und die Berufserfahrung nicht anerkannt zu bekommen, weder formell noch praktisch am Arbeitsmarkt. Damit sind nicht nur Lohnneinbußen verbunden, sondern vor allem auch eine schwächere Stellung in der betrieblichen und in der gesellschaftlichen Hierarchie. Das ist nicht nur für die Umziehenden ein Risiko, sondern auch für die Aufnahmegesellschaft. Sie begibt sich dabei unter Umständen reeller Chancen, ihren Wohlstand zu steigern. Für Wien stellt sich daher die Frage, inwiefern das wirtschaftliche Potential von Einwanderinnen und Einwanderern aus den drei anderen Centropo Staaten effektiv genutzt wird. Die vorliegende Studie untersucht zu diesem Zweck das Ausmaß, in dem das mitgebrachte oder in Österreich erworbene Bildungsniveau sich in Wien in ein entsprechendes berufliches Niveau übertragen lässt.

1.2 Datengrundlage

Die einzige Quelle für aktuelle Daten zum Beruf ist die Arbeitskräfteerhebung (AKE bzw LFS). Sie ist eine Stichprobenerhebung auf der Grundlage des im Anschluss an die Volkszählung 2001 neu geschaffenen Bevölkerungsregisters (POPREG). Das POPREG seinerseits wird vierteljährlich um Daten aus dem Zentralen Melderegister (ZMR) ergänzt. Die AKE wurde 2004 auf eine solide methodologische und organisatorische Basis gestellt und wird seither laufend verbessert. Bei der AKE handelt es sich um eine Stichprobe von Privathaushalten. Institutionshaushalte, wie etwa Krankenhäuser, Gefängnisse, Flüchtlingsheime, werden nicht erfasst. Es werden alle Personen im Haushalt erfasst, gleich ob sie verwandt sind oder nicht. Die Informationen werden mündlich erhoben und von den Interviewerinnen und Interviewern elektronisch erfasst. Wenn in einem Haushalt niemand gut genug Deutsch oder eine der anderen Interviewsprachen kann, dann entfällt das Interview. Die AKE hat daher sicher eine Schwäche bei erst vor sehr kurzer Zeit zugezogenen Haushalten. Wenn Einzelpersonen in schon länger bestehende Haushalte zuziehen, stellt das dagegen kein Problem dar.

Die Einwanderinnen und Einwanderer aus der Slowakei, aus Tschechien und Ungarn sind in Wien nicht so zahlreich, um in ausreichender Zahl in der Stichprobe einer einzelnen Welle der Arbeitskräfteerhebung aufzuscheinen, dass damit eine stichhaltige empirische Untersuchung ausgeführt werden könnte. Im 2. Quartal 2007, etwa, gab es in der Wiener Stichprobe der Arbeitskräfteerhebung nur 80 Personen in erwerbsfähigem Alter, die in den genannten drei Staaten geboren worden waren. Daher war es nötig, die Wellen von 2004 bis 2007 zu kombinieren. Zu beachten war, dass jede Person in fünf aufeinander folgenden Quartalen befragt wird, also, beispielsweise, sowohl im 2. Quartal 2006 als auch im 2. Quartal 2007 in der Stichprobe enthalten sein könnte. Solche Verdopplungen wurden ausgefiltert. Alle Befragten sind in den nachstehenden Ergebnissen nur einmal enthalten.

Auch wenn man die vier Frühjahrswellen der Arbeitskräfteerhebung auf diese Weise kombiniert, erhält man nur 400 Fälle mit Wohnort Wien, davon lediglich 236 in erwerbsfähigem Alter.

Von den 236 haben wiederum nur 163 ihren bisher höchsten Ausbildungsabschluss im nicht deutschsprachigen Ausland gemacht. Die übrigen 73 haben ihn in Österreich gemacht. Von den 163 waren 154 jemals beschäftigt gewesen und darunter wieder 140 mit Abschlüssen über der Pflichtschule. Nur diese Personengruppe, die Beschäftigten mit Abschlüssen über der Pflichtschule, kann Auskunft über die Wahrscheinlichkeit der beruflichen Dequalifizierung geben. Die Zahl lässt sich von 140 auf 155 anheben, indem die Einpendlerinnen und Einpendler aus anderen Bundesländern miteinbezogen werden. Diese zusätzlichen 15 sind alle aktuell beschäftigt. Frühere Einpendlerinnen und Einpendler, die im Moment beruflich nicht aktiv sind, können leider nicht zugeordnet werden.

- Wollte man sich nur auf die aktuell Beschäftigten beschränken, so müsste man mit 122 statt 155 Befragten vorlieb nehmen. Die übrigen 33 waren ebenfalls in erwerbsfähigem Alter, hatten einen Abschluss über der Pflichtschule aus dem Ausland und waren schon beschäftigt gewesen, waren aber zum jeweiligen Befragungszeitpunkt arbeitslos oder beruflich inaktiv. Frühere Beschäftigte, die bereits im Pensionsalter sind, wurden jedoch nicht berücksichtigt.
- Von den 155 waren 141 in Wien beschäftigt, 11 in anderen Bundesländern und 3 in Ungarn.

Neben den 155 Beschäftigten mit Abschlüssen über der Pflichtschule aus dem Ausland gab es 66 Beschäftigte in erwerbsfähigem Alter, die in Tschechien, der Slowakei oder Ungarn geboren waren, ihren höchsten bisherigen Schulabschluss aber in Österreich gemacht hatten. Davon wohnten, von denen 4 in Niederösterreich und je eine Person in der Slowakei und in Tschechien arbeiteten, und 6 pendelten aus den Bundesländern nach Wien.

155 einerseits und 66 andererseits sind geringe Fallzahlen. Damit sind Auswertungen zwar möglich, aber, erstens, nur mit gewissen Fehlertoleranzen und, zweitens, können in der Regel nur immer zwei Merkmale zugleich ausgewertet werden und diese nur in einer reduzierten Zahl von Ausprägungen. Die beiden für den vorliegenden Zweck absolut unverzichtbaren Merkmale sind natürlich Ausbildung und Beruf. Wir werden sie aber in den meisten Fällen durch die Unterscheidung zwischen adäquat beschäftigt und dequalifiziert beschäftigt ersetzen und gewinnen dadurch Spielraum für eine oder zwei zusätzliche Variablen.

Die geringen Fallzahlen geraten leicht in Vergessenheit, wenn man mit Prozentzahlen zu tun hat. Tatsache ist aber, dass sich bei geringen Fallzahlen die Prozentwerte stark verschieben können, wenn nur ein oder zwei Fälle dazu kommen oder, noch schlimmer, wegfallen. Dass ihnen diese Unsicherheit anhaftet, lässt sich durch das Konfidenz- oder Vertrauensintervall in Erinnerung rufen. Es zeigt an, in welchem Bereich mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit ein Prozentwert in der Wirklichkeit tatsächlich liegt. Für diese Wahrscheinlichkeit wurde im vorliegenden Fall stets 95% gewählt. (Das entspricht einer sozialwissenschaftlichen Konvention, ist aber keineswegs in Stein gemeißelt.) Man lässt sozusagen gedanklich den Fall zu, dass bei hundertmaliger Wiederholung der Datenerhebung, fünfmal ungewöhnlich hohe oder niedrige Werte auftreten würden, während sie 95 mal innerhalb des vom Konfidenzintervall abgesteckten Erwartungsbereichs liegen würden. Würde einem statt 95-prozentiger nur 67-prozentige Gewissheit genügen, so wäre das Konfidenzintervall nur etwa halb so breit. Freilich riskierte man dann, bei jeder dritten Wiederholung der Erhebung einen Wert außerhalb des Intervalls vorzufinden.

1.3 Beruf und Beschäftigung

Als beschäftigt werden hier Personen gewertet, die mindestens eine Stunde in der Woche bezahlt erwerbstätig waren, gleich ob selbständig oder unselbständig. Alle in Ausbildung stehenden Personen, auch Lehrlinge, werden als nicht beschäftigt gewertet, auch wenn sie neben der Ausbildung erwerbstätig waren. Personen außerhalb des erwerbsfähigen Alters wurden nicht einbezogen. Das erwerbsfähige Alter ist bei Frauen 15 bis unter 60, bei Männern 15 bis unter 65.

Als „jemals beschäftigt“ werden hier Personen in erwerbsfähigem Alter bezeichnet, die zum Befragungszeitpunkt nicht in Ausbildung standen und entweder im Moment beschäftigt waren oder es zu einem früheren Zeitpunkt gewesen waren.

Die Beschäftigungsquote ist der Anteil der Beschäftigten an der Bevölkerung in erwerbsfähigem Alter. Sie gibt an, wie gut ein Beschäftigungspotential ausgeschöpft wird.

1.4 Begriff der Dequalifizierung

Alle Beschäftigten haben einen Beruf. Berufsklassifikationen beziehen sich im wesentlichen auf die Stellung in der betrieblichen Hierarchie oder auf die Bildungserfordernisse für die Berufsausübung. Auch die Stellung in der betrieblichen Hierarchie hat in gewissem Maß Bildung zur Voraussetzung. Diese kann in auch berufsbegleitend in Kursen erworben werden. In der AKE liegt aber keine Information über die kumulierte berufliche Weiterbildung außerhalb des formalen Schul- und Ausbildungswesens vor.

Statistik Austria bietet eine detaillierte Berufshierarchie an. Die Zuordnung wird von den Interviewerinnen und Interviewern auf der Basis einer mündlichen Beschreibung ihrer Tätigkeit durch die Befragten vorgenommen. Dabei gibt es vermutlich Unschärfen und Unsicherheiten. Auch ist zu befürchten, dass identische Beschreibungen nicht immer zur gleichen Zuordnung führen oder führen würden. Dies bedürfte zur Erhärtung eines eigenen Forschungsprojekts. Für den vorliegenden Zweck wurde eine Zusammenfassung zu vier Schichten vorgenommen. Es steht zu hoffen, dass damit auch die Problematik der Zuordnung zu den detaillierteren Schichten etwas entschärft wurde.

- Für Hilfs- und Anlerntätigkeiten (HAT) gilt im Prinzip, dass keine über die Pflichtschule hinausgehende Ausbildung erforderlich ist.
- Mittlere Tätigkeiten gibt es sowohl im manuellen wie im Bürobereich. Sie sind vom erforderlichen Bildungshintergrund her heterogen und umfassen alles von der Lehre und der Fachschule ohne Matura bis zur AHS- oder BHS-Matura. Die Tätigkeiten von mithelfenden Familienmitgliedern wurden ebenfalls als mittlere kategorisiert.
- Höhere Tätigkeiten erfordern im allgemeinen Bildung oder Ausbildung nicht unter der Matura und häufig den Abschluss eines Studiums.
- Leitende Tätigkeiten umfassen auch alle selbständig Erwerbstätigen, die Kleinbauern ebenso wie die praktischen Ärzte, die Werkvertragsnehmerinnen und Werkvertragsnehmer ebenso wie freie Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer.

Die AKE erfasst bei jeder und jedem Befragten bis zu zwei Berufe. Für den vorliegenden Zweck wurden nur die Erstberufe ausgewertet.

Parallel wurden vier Bildungsstufen gebildet:

- Höchstens Pflichtschule.
- Lehrabschlüsse sowie Schulabschlüsse über der Pflichtschule, aber unter der Matura werden hier als mittlere Abschlüsse bezeichnet. Auch Meister und Werkmeister wurden hier hinein gezählt.
- Matura. Für die Zwecke der vorliegenden Auswertung wurden Kollegs der Matura – quasi als Ersatz für die 13. Schulstufe einer BHS – gleichgehalten. Bei Abschlüssen aus dem Ausland
- Alle Abschlüsse über der Matura wurden als „Hochschule“ zusammengefasst.

Wenn Beschäftigte mit einem Abschluss über der Pflichtschule eine Hilfs- und Anlernstätigkeit (HAT) ausübten, so wurde das in der Auswertung als Dequalifizierung bewertet; ebenso, wenn Beschäftigte mit Hochschulabschluss eine mittlere Tätigkeit ausübten. In allen anderen Fällen wurden Beschäftigungen als adäquat bewertet. Von dieser Definition her üben die meisten dequalifiziert Beschäftigten Hilfs- und Anlernstätigkeiten aus.

Der Dequalifizierungsanteil ist der Anteil der dequalifiziert Beschäftigten an allen Beschäftigten mit Abschlüssen über der Pflichtschule. Beschäftigte, die nur höchstens die Pflichtschule abgeschlossen haben, spielen in der Berechnung des Dequalifizierungsanteils keine Rolle.

1.5 Vorgehensweise

Die beiden zentralen Maßzahlen für den vorliegenden Zweck sind die Beschäftigungsquote der Personen mit Abschlüssen über der Pflichtschule und der Dequalifizierungsanteil. Der Dequalifizierungsanteil wird einmal zwischen Bildungsniveaus, dann zwischen den Geschlechtern, zwischen Altersgruppen, zwischen Zuzugsperioden, zwischen Geburtsstaaten und in allen diesen Fällen auch zwischen Bildungsherkunftsstaaten verglichen. Um die Fallzahlen zu maximieren, wird die Beschäftigung der in Wien wohnhaften Personen gemeinsam mit der Beschäftigung in Wien von in anderen Bundesländern wohnhaften Personen betrachtet.

2. Aktuelle Dequalifizierungsrisiken in Wien

2.1 Beschäftigung

Unter den 149 Befragten mit Abschlüssen aus den drei Nachbarstaaten über der Pflichtschule und Wohnsitz in Wien waren 140 früher oder aktuell beschäftigt gewesen. Das sind 94%. Von den 149 hatten 61 einen Abschluss unter der Matura, 60 auf Maturaniveau und 28 darüber. Jemals beschäftigt gewesen waren 98% der ersten, 92% der zweiten und 89% der dritten Gruppe. Das sieht auf den ersten Blick so aus, als ob die Wahrscheinlichkeit, je beschäftigt gewesen zu sein, umso geringer werde, je höher der Bildungsabschluss ist. Dieser Schluss trifft zwar hinsichtlich der Befragten zu, kann aber wegen der Breite der drei Konfidenzintervalle nicht auf

die Gesamtbevölkerung aus den drei Nachbarstaaten, aus denen die Befragten eine Stichprobe sind, übertragen werden. Zum Befragungszeitpunkt beschäftigt war ein merklich kleinerer Teil, nämlich zwei Drittel der Befragten mit Matura und drei Viertel der Befragten mit Abschlüssen unter der Matura bzw. über der Matura. Diese Beschäftigungsquoten sind nicht außergewöhnlich.

2.2 Beruf und Bildung

Unter den 155 früher oder aktuell beschäftigten Befragten mit Abschlüssen aus den drei Nachbarstaaten über der Pflichtschule – einschließlich der Einpendlerinnen und Einpendler aus anderen Bundesländern und der Auspendlerinnen und Auspendler – hatten 65 einen Abschluss unter der Matura, 60 auf Maturaniveau und 30 darüber.

- Von den 65 Beschäftigten mit Abschluss über der Pflichtschule, aber unter der Matura waren 23 in Hilfs- und Anlern Tätigkeiten (HAT) beschäftigt. Das sind 35%, die unter ihrem Ausbildungsniveau beschäftigt waren, aber wegen der geringen Fallzahl muss man sich darauf beschränken, den wahren Anteil mit 95-prozentiger Gewissheit zwischen 23% und 47% zu vermuten.
- Von den 55 Beschäftigten mit maturaähnlichen Abschlüssen waren 9 in HAT beschäftigt und 34 in mittleren Tätigkeiten. Die 9 Beschäftigten in HAT machen 15% der 55 Beschäftigten aus, aber wieder gilt, dass die geringe Fallzahl uns zwingt, die Wahrheit mit 95-prozentiger Gewissheit zwischen 6% und 24% zu vermuten. Da sich dieses Intervall sehr wenig mit dem der Beschäftigten mit Abschlüssen unter der Matura überlappt, kann mit fast ebenso großer Gewissheit gesagt werden, die Wahrscheinlichkeit, mit Matura in einer HAT zu landen, sei signifikant geringer als bei Abschlüssen unter der Matura.
- Von den 25 Beschäftigten mit Abschlüssen über der Matura waren 7 in mittleren Tätigkeiten beschäftigt und eine oder einer in HAT. Das sind zusammen 27%, aber der wahre Wert liegt mit 95-prozentiger Gewissheit zwischen 11% und 42%.
- Die in HAT Beschäftigten mit Abschlüssen über der Pflichtschule und die in mittleren Tätigkeiten Beschäftigten mit Abschlüssen über der Matura machen zusammen 40 der 155 jemals Beschäftigten aus. Das sind 26%, wobei der wahre Wert mit 95-prozentiger Gewissheit im Bereich von 19% bis 33% liegt (und mit 5-prozentiger Wahrscheinlichkeit außerhalb dieses Bereichs).
- Rechnet man die in mittleren Tätigkeiten Beschäftigten mit Matura zu den inadäquat Beschäftigten hinzu, so wären es insgesamt 74 der 155, also 48%, und das Konfidenzintervall liefe von 41% bis 55%. Es besteht allerdings kaum Grund, das so zu machen, denn es ist für Maturantinnen und Maturanten absolut üblich, in mittleren Tätigkeiten beschäftigt zu sein. Allenfalls könnte man sich überlegen, ob es im konkreten Fall nicht nur der Bildung, sondern auch der Berufserfahrung entspreche. Über die Berufserfahrung liegen aber keinerlei Daten vor. Sie wird international in einschlägigen Untersuchungen meist durch die Zeit seit dem Schulabschluss angenähert, was aber nur eine sehr schlechte Annäherung sein kann. Aus diesem Grund und wegen der geringen Fallzahl unterbleibt das hier.

Weitere 15 Beschäftigte haben nur Pflichtschule abgeschlossen. Bei ihnen ist Dequalifizierung nicht möglich.

Insgesamt sind 40 der 155 Beschäftigten dequalifiziert eingesetzt, davon 33 in Hilfs- und Anlern-tätigkeiten (HAT), was etwa fünf Sechsteln entspricht, und 7 in mittleren Tätigkeiten.

Tabelle 1

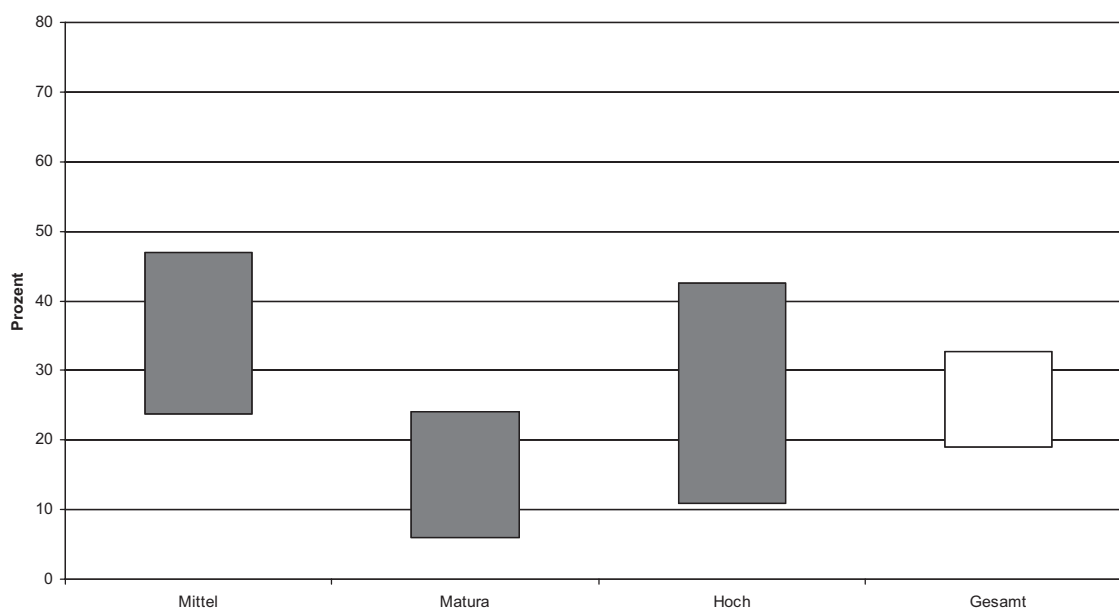
Wien 2. Quartale 2004 bis 2007, Befragte mit Abschlüssen erworben in Tschechien, Slowakei, Ungarn, wohnhaft in Wien, nach höchstem Abschluss, früherer oder aktueller beruflicher Lage, Erwerbsalter

	Pflicht	Mittel	Matura	Hoch	Gesamt
Hilfs-/Anlerntätig.	9	23	9	1	42
Mittlere Tätigkeit	6	32	34	7	79
Höhere Tätigkeit	0	5	10	15	30
Leitende Tätigkeit	0	5	7	7	19
Je beschäftigt	15	65	60	30	170
Nie beschäftigt	0	1	5	3	9
Gesamt 15-59/64	15	66	65	33	179

Quelle: Eigene Berechnungen aus Daten der Arbeitskräfteerhebung der Statistik Austria.

Abbildung 1

Konfidenzintervalle des Dequalifizierungsanteils für Befragte im Erwerbsalter mit Abschlüssen über Pflicht aus CZ, SK, HU, nach Bildungsniveaus, Wien, 2. Quartale 2004 bis 2007



Datenquelle: Eigene Berechnungen aus Daten der Statistik Austria, Mikrozensus 2. Quartal 2004 bis 2007.

Tabelle 2

Wien 2. Quartale 2004 bis 2007, Befragte im Erwerbsalter mit Abschlüssen über der Pflichtschule erworben in Tschechien, Slowakei, Ungarn, wohnhaft oder beschäftigt in Wien, nach höchstem Abschluss und beruflicher Lage aktuell oder zuletzt

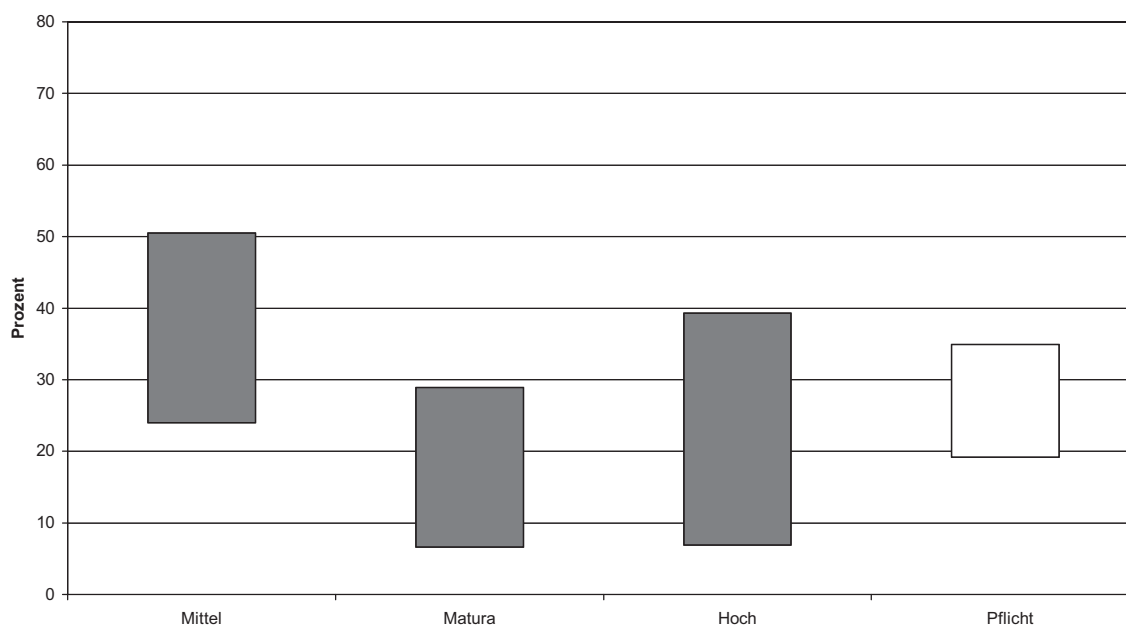
	Pflicht	über Pflicht			Gesamt
		Mittel	Matura	Hoch	
Dequalifiziert beschäftigt	-	23	9	8	40
Adäquat beschäftigt	15	42	51	22	115
Dequalifiziert in % der Beschäftigten	-	35	15	27	26
Konfidenzintervall %-Punkte	-	±12	±9	±16	±7
Unteres Limit %	-	24	6	11	19
Oberes Limit %	-	47	24	42	33

Quelle: Eigene Berechnungen aus Daten der Arbeitskräfteerhebung der Statistik Austria.

In den obigen Angaben waren sowohl die zum Befragungszeitpunkt Beschäftigten als auch die früher einmal Beschäftigten enthalten, sofern sie sich im erwerbsfähigen Alter befinden. Sie spiegeln die Erfahrung aller jemals Beschäftigten, die noch im Erwerbsalter sind, wider. Der Versuch, zwischen den 122 aktuell und den 33 früher Beschäftigten mit ausländischem Abschluss über der Pflichtschule zu unterscheiden, um zu ermitteln, ob die nicht mehr Beschäftigten vielleicht in besonderem Maß unter Dequalifizierung gelitten hätten, erbringt keine Anzeichen in diese Richtung. Bei den aktuell Beschäftigten verläuft das Konfidenzintervall der Dequalifizierung von 19% bis 35%, bei den früher Beschäftigten von 7% bis 35%. Das spricht klar dafür, dass das Risiko für beide Gruppen in etwa gleich groß ist bzw. war. Für die einzelnen Bildungsniveaus der früher Beschäftigten lassen sich dazu mit den gegebenen Fallzahlen keine sehr sinnvollen Aussagen mehr machen. Bei den aktuell Beschäftigten gleicht das Bild logischerweise jenem bei allen jemals Beschäftigten, da sie ja deren größten Teil ausmachen.

Abbildung 2

Konfidenzintervalle des Dequalifizierungsanteils für aktuell beschäftigte Befragte im Erwerbsalter mit Abschlüssen über Pflicht aus CZ, SK, HU, nach Bildungsniveaus, Wien, 2. Quartale 2004 bis 2007



Datenquelle: Eigene Berechnungen aus Daten der Statistik Austria, Mikrozensus 2. Quartal 2004 bis 2007.

Tabelle 3

Wien 2. Quartale 2004 bis 2007, Befragte im Erwerbsalter mit Abschlüssen über der Pflichtschule erworben in Tschechien, Slowakei, Ungarn, wohnhaft oder beschäftigt in Wien, nach höchstem Abschluss und beruflicher Lage aktuell

	Pflicht	über Pflicht			Gesamt
		Mittel	Matura	Hoch	
Dequalifiziert beschäftigt	-	19	8	6	33
Adäquat beschäftigt	8	32	37	20	89
Dequalifiziert in % der Beschäftigten	-	37	18	23	27
Konfidenzintervall %-Punkte	-	±13	±11	±16	±8
Unteres Limit %	-	24	7	7	19
Oberes Limit %	-	51	29	39	35

Quelle: Eigene Berechnungen aus Daten der Arbeitkräfteerhebung der Statistik Austria.

Tabelle 4

Wien 2. Quartale 2004 bis 2007, Befragte im Erwerbsalter mit Abschlüssen über der Pflichtschule erworben in Tschechien, Slowakei, Ungarn, wohnhaft oder beschäftigt in Wien, nach höchstem Abschluss und beruflicher Lage zuletzt

	Pflicht	über Pflicht			Gesamt
		Mittel	Matura	Hoch	
Dequalifiziert beschäftigt	-	4	1	2	7
Adäquat beschäftigt	7	10	14	2	26
Dequalifiziert in % der Beschäftigten	-	29	7	50	21
Konfidenzintervall %-Punkte	-	±24	±13	±49	±14
Unteres Limit %	-	5	0	1	7
Oberes Limit %	-	52	19	99	35

Quelle: Eigene Berechnungen aus Daten der Arbeitskräfteerhebung der Statistik Austria.

Der Vergleich mit der Beschäftigung von Personen, die zwar in der Slowakei, in Tschechien oder Ungarn geboren wurden, den bisher höchsten Schulabschluss über der Pflichtschule aber in Österreich gemacht haben, wird durch die Tatsache behindert, dass die Stichprobe nur 66 Beschäftigte dieser Art umfasst. Davon haben 26 Abschlüsse über der Matura, also mehr als ein Drittel, während dasselbe nur bei einem Fünftel der Beschäftigten mit Abschlüssen aus dem Ausland ebenfalls zutrifft. Die Konfidenzintervalle sind aber breit, nicht nur hierbei, sondern auch bei den Dequalifizierungsanteilen. Auf keinem Bildungsniveau und insbesondere auch nicht für alle Abschlüsse über der Pflichtschule zusammen lässt sich ein Unterschied im Dequalifizierungsrisiko zwischen Abschlüssen aus dem Ausland und solchen aus Österreich nachweisen. Demnach ist es für Beschäftigte aus den drei Nachbarstaaten praktisch egal, ob sie einen Abschluss aus dem Geburtsstaat oder aus Österreich haben. In beiden Fällen ist der Dequalifizierungsanteil in Wien mit 26% bei Abschlüssen im Ausland und 20% bei Abschlüssen in Österreich im Vergleich zu anderen Herkunftsländern niedrig.

Tabelle 5

Wien 2. Quartale 2004 bis 2007, Befragte im Erwerbsalter mit in Österreich gemachten Abschlüssen geboren in Tschechien, Slowakei, Ungarn, wohnhaft oder beschäftigt in Wien, nach höchstem Abschluss und beruflicher Lage aktuell oder zuletzt

	Pflicht	über Pflicht			Gesamt
		Mittel	Matura	Hoch	
Dequalifiziert beschäftigt	-	7	1	5	13
Adäquat beschäftigt	5	12	20	21	53
Dequalifiziert in % der Beschäftigten	-	37	5	19	20
Konfidenzintervall %-Punkte	-	±22	±9	±15	±10
Unteres Limit %	-	15	0	4	10
Oberes Limit %	-	59	14	34	29

Quelle: Eigene Berechnungen aus Daten der Arbeitskräfteerhebung der Statistik Austria.

2.3 Beruf und Bildung in der Hochrechnung

Im vorangehenden Abschnitt wurden die Ergebnisse für die Befragten berichtet, ohne dass eine Hochrechnung auf alle in Wien lebenden oder arbeitenden Einwanderinnen und Einwanderer aus den drei Staaten gemacht worden wäre. In diesem Abschnitt werden zentrale hochgerechnete Ergebnisse berichtet. Die Hochrechnungsgewichte stammen von Statistik Austria.

Der Hochrechnung zufolge waren in Wien im Durchschnitt der Jahre 2004 bis 2007 etwa 4.100 jemals Beschäftigte aus den drei Nachbarstaaten zu finden, die im Ausland einen Abschluss über der Pflichtschule erworben hatten, im Erwerbsalter und unter ihrem Qualifikationsniveau beschäftigt waren. Das war etwas weniger als ein Viertel der rund 17.000 jemals Beschäftigten mit ausländischen Abschlüssen über der Pflichtschule.

Tabelle 6

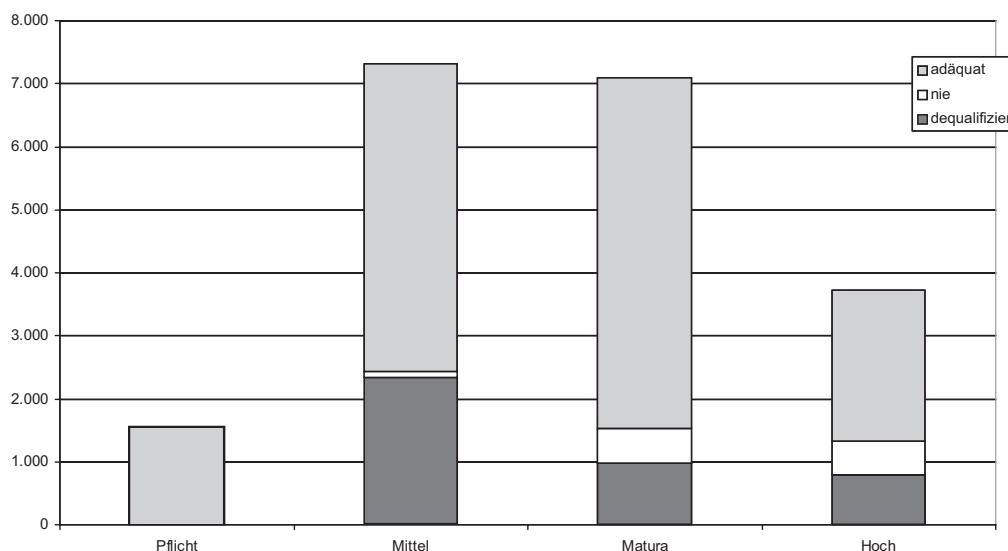
Personen mit in Tschechien, Slowakei, Ungarn erworbenen Abschlüssen, wohnhaft oder beschäftigt in Wien, nach höchstem Abschluss und aktueller oder letzter beruflicher Lage, Erwerbsalter, Durchschnitt der 2. Quartale 2004 bis 2007

	Pflicht	Abschlüsse über der Pflichtschule			Gesamt
		Mittel	Matura	Hoch	
Dequalifiziert	-	2.339	985	794	4.118
Nie beschäftigt	0	0	343	341	684
Adäquat	1.547	4.879	5.561	2.398	12.838
Gesamt 15-59/64	1.547	7.218	6.889	3.533	17.640

Quelle: Eigene Berechnungen aus Daten der Arbeitskräfteerhebung der Statistik Austria.

Abbildung 3

Aktuelle oder letzte berufliche Position von Personen in erwerbsfähigem Alter mit bisher höchstem Ausbildungsabschluss in CZ, SK & HU, nach Abschluss, Wien, Durchschnitt 2. Quartale 2004 bis 2007



Datenquelle: Eigene Berechnungen aus Daten der Statistik Austria, Mikrozensus 2. Quartal 2004 bis 2007.

Dazu kamen rund 1.500 aus den drei Ländern gebürtige Personen mit in Österreich erworbenen Abschlüssen über der Pflichtschule – wiederum knapp ein Viertel der Beschäftigten dieser Kategorie. In Summe also rund 5.600 dequalifizierte Beschäftigte unter etwa 23.400 je Beschäftigten in erwerbsfähigem Alter, die in Tschechien, der Slowakei oder Ungarn geboren wurden.

Tabelle 7

Personen geboren in Tschechien, Slowakei, Ungarn mit in Österreich erworbenen Abschlüssen, wohnhaft oder beschäftigt in Wien, nach höchstem Abschluss und aktueller oder letzter beruflicher Lage, Erwerbsalter, Durchschnitt der 2. Quartale 2004 bis 2007

	Pflicht	Abschlüsse über der Pflichtschule			
		Mittel	Matura	Hoch	Gesamt
Dequalifiziert	-	935	60	488	1.483
Nie beschäftigt	302	0	639	0	639
Adäquat	419	1.198	1.904	1.829	4.932
Gesamt 15-59/64	721	2.133	2.603	2.318	7.054

Quelle: Eigene Berechnungen aus Daten der Arbeitskräfteerhebung der Statistik Austria.

Anmerkungen zum Ergebnis der Hochrechnung:

- Das Konfidenzintervall für die 5.600 spannt sich von 4.300 bis 6.900. Der wahre Wert liegt mit 95-prozentiger Gewissheit irgendwo in diesem Bereich.
- Der Anteil an dequalifizierten Beschäftigten ist in den hochgerechneten Zahlen für die ausländischen Abschlüsse niedriger, für die inländischen höher als in den nicht hochgerechneten. Folgt man den hochgerechneten Daten, so ist es für ihren beruflichen Erfolg in Wien definitiv belanglos, ob in Tschechien, der Slowakei oder Ungarn geborene Personen den Abschluss dort oder in Österreich gemacht haben.
- Insgesamt ist das nur ein kleiner Teil, nämlich rund 3%, der 219.000 dequalifizierte Beschäftigten, die in Wien wohnen oder arbeiten.
- Ein knappes Viertel ist ein vergleichsweise geringer Dequalifizierungsanteil. Darauf kommen wir unten bei den Geburtsstaaten zurück.

2.4 Geschlecht und Bildung

Von den 155 Beschäftigten mit ausländischen Abschlüssen über der Pflichtschule sind 101 weiblich und 54 männlich.

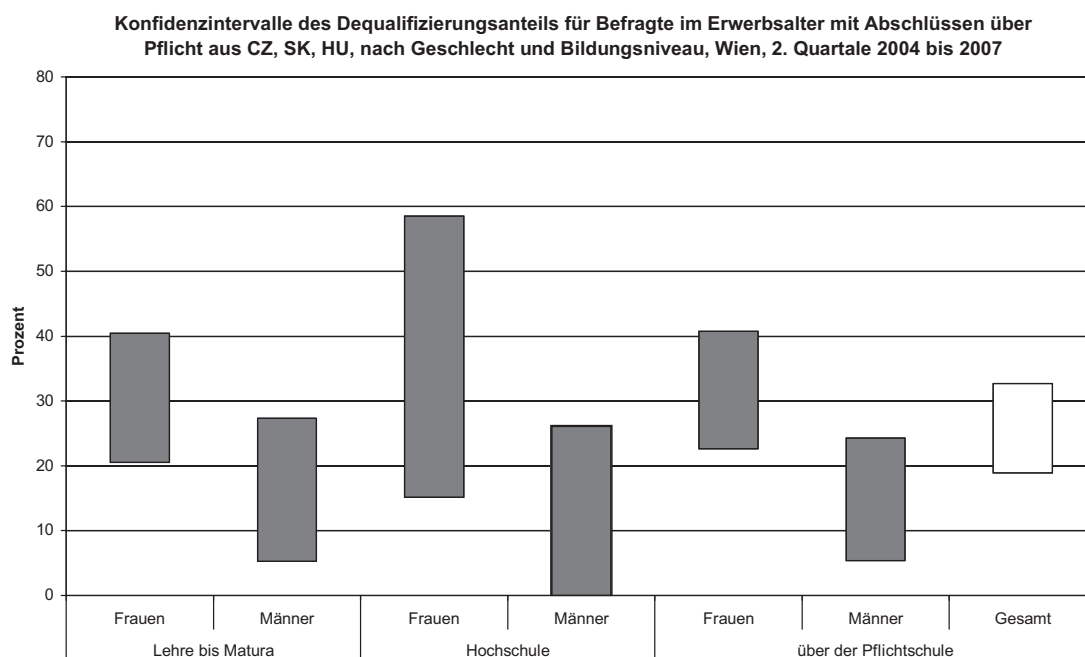
Es gibt merkliche Unterschiede zwischen den Dequalifizierungsanteilen bei den Frauen und jenen bei den Männern.

- Von den Frauen waren 32% unter ihrem Qualifikationsniveau beschäftigt, wobei sich mit 95-prozentiger Gewissheit sagen lässt, der wahre Wert liege im Intervall zwischen 23% und 41%.
- Bei den Männern waren nur 8 der 55, also 15%, unter ihrem Qualifikationsniveau beschäftigt, und das Konfidenzintervall reicht bei 95-prozentiger Gewissheit von 5% bis 24%.

Der Überlappungsbereich der beiden Intervalle ist sehr schmal. Er würde bei einer minimalen Verringerung der statistischen Sicherheit verschwinden. Trotz der Breite der Konfidenzintervalle ist es daher relativ sicher, dass zwischen den Geschlechtern wirklich ein Unterschied im Dequalifizierungsrisiko am Arbeitsmarkt in Wien besteht.

Auf den einzelnen Bildungsebenen lässt sich der Unterschied zwischen den Geschlechtern nicht mehr hinlänglich sicher nachweisen. Trotzdem ist in den Daten und in der nachstehenden Abbildung deutlich zu erkennen, dass es auf keiner Bildungsebene eine Ausnahme von der Gesamtsituation der beiden Geschlechter gibt.

Abbildung 4



Datenquelle: Eigene Berechnungen aus Daten der Statistik Austria, Mikrozensus 2. Quartal 2004 bis 2007.

Tabelle 8

Wien 2. Quartale 2004 bis 2007, Befragte im Erwerbsalter mit Abschlüssen über der Pflichtschule erworben in Tschechien, Slowakei, Ungarn, wohnhaft in Wien, nach höchstem Abschluss und beruflicher Lage aktuell oder zuletzt

	Frauen			Männer		
	Mittel, Matura	über Matura	über Pflicht	Mittel, Matura	über Matura	über Pflicht
Dequalifiziert beschäftigt	25	7	32	7	1	8
Adäquat beschäftigt	57	12	69	36	10	46
Dequalifiziert in % der Beschäftigten	30	37	32	16	9	15
Konfidenzintervall %-Punkte	±10	±22	±9	±11	±17	±9
Unteres Limit %	21	15	23	5	0	5
Oberes Limit %	40	59	41	27	26	24

Quelle: Eigene Berechnungen aus Daten der Arbeitskräfteerhebung der Statistik Austria.

Bei der Dequalifizierung von Beschäftigten, die zwar in der Slowakei, in Tschechien oder Ungarn geboren wurden, den bisher höchsten Schulabschluss aber in Österreich gemacht haben, lässt sich mit völliger Gewissheit sagen, dass kein Unterschied zwischen den Geschlechtern besteht. Zweitens lässt sich für keines der beiden Geschlechter der Nachweis erbringen, dass der Staat, in dem der Abschluss erworben wurde, einen Unterschied für das Risiko der beruflichen Dequalifizierung mache. Als entscheidend erweist sich der Geburtsstaat, nicht der Staat, in dem der Abschluss gemacht wurde.

Tabelle 9

Wien 2. Quartale 2004 bis 2007, Befragte im Erwerbsalter mit in Österreich gemachten Abschlüssen über der Pflichtschule geboren in Tschechien, Slowakei, Ungarn, wohnhaft in Wien, nach höchstem Abschluss und beruflicher Lage aktuell oder zuletzt

	Frauen			Männer		
	Mittel, Matura	über Matura	über Pflicht	Mittel, Matura	über Matura	über Pflicht
Dequalifiziert beschäftigt	3	4	7	5	1	6
Adäquat beschäftigt	17	12	29	15	9	24
Dequalifiziert in % der Beschäftigten	15	25	19	25	10	20
Konfidenzintervall %-Punkte	±16	±21	±13	±19	±19	±14
Unteres Limit %	0	4	7	6	0	6
Oberes Limit %	31	46	32	44	29	34

Quelle: Eigene Berechnungen aus Daten der Arbeitskräfteerhebung der Statistik Austria.

2.5 Geschlecht und Arbeitszeit

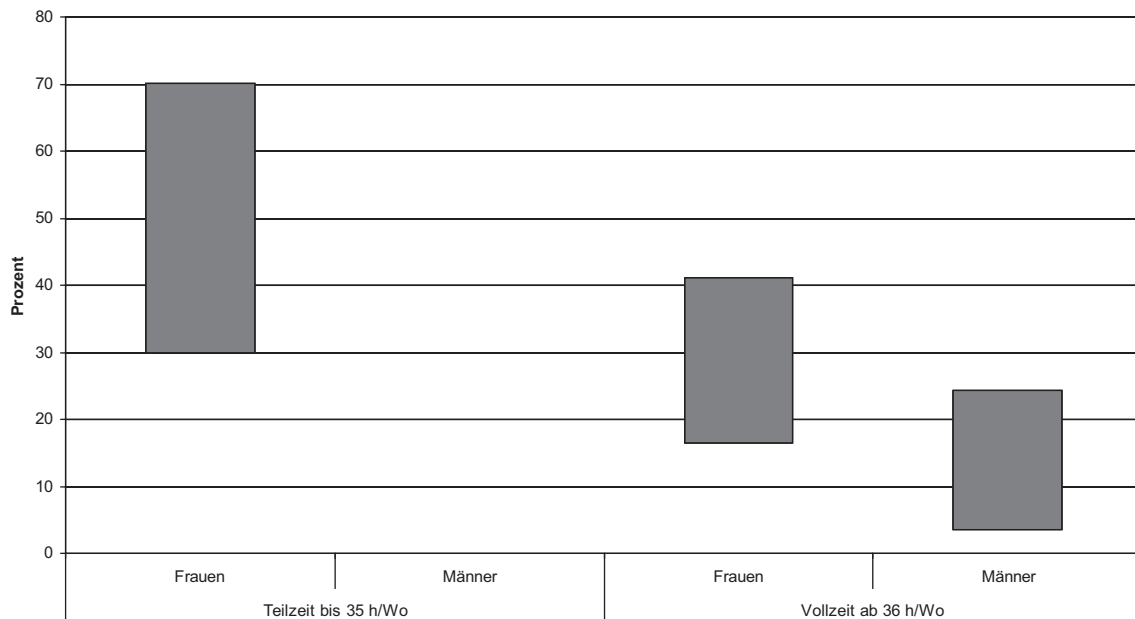
Von den 155 je Beschäftigten im Erwerbsalter mit ausländischen Abschlüssen über der Pflichtschule waren 122 zum Befragungszeitpunkt beschäftigt. Von diesen liegen Angaben zur Arbeitszeit vor. Es war zu vermuten, dass Dequalifizierung etwas mit Teilzeitbeschäftigung zu tun haben würde, und dass die Teilzeitbeschäftigung sich auf die Frauen konzentrierte. Beides bestätigt sich.

Von den 122 aktuell Beschäftigten gaben 3 stark schwankende Arbeitszeit an. Die verbleibenden 119 setzten sich zusammen aus 24 Frauen in Teilzeitbeschäftigung, d.h. bis 35 Wochenstunden, sowie 52 Frauen und 43 Männern in Vollzeitbeschäftigung, d.h. ab 36 Wochenstunden. Es gab keine teilzeitbeschäftigten Männer.

Die Ergebnisse hinsichtlich des Dequalifizierungsanteils sind relativ klar. Bei den Teilzeit beschäftigten Frauen liegt der wahre Wert mit 95-prozentiger Sicherheit zwischen 30% und 70%, bei den Vollzeit beschäftigten Frauen zwischen 17% und 41%, bei den Männern zwischen 4% und 24%. Bei den Vollzeitbeschäftigten zeigt sich also kein sicher nachweisbarer Unterschied zwischen den Geschlechtern, und auch nicht zwischen den Vollzeit und den Teilzeit beschäftigten Frauen, wohl aber zwischen den Teilzeit beschäftigten Frauen und den – durchwegs Vollzeit beschäftigten – Männern. Eindeutig ist das Dequalifizierungsrisiko bei den Teilzeit beschäftigten Frauen größer als bei den Vollzeit beschäftigten Männern. 12 der 40 dequalifiziert Beschäftigten waren Teilzeitbeschäftigte, also fast ein Drittel. Es kann sein, dass Teilzeitbeschäftigungen in bildungsadäquaten Arbeitsplätzen nur schwer erhältlich sind.

Abbildung 5

Konfidenzintervalle des Dequalifizierungsanteils für Befragte im Erwerbsalter mit Abschlüssen über Pflicht aus CZ, SK, HU, nach Geschlecht und Arbeitszeit, Wien, 2. Quartale 2004 bis 2007



Datenquelle: Eigene Berechnungen aus Daten der Statistik Austria, Mikrozensus 2. Quartal 2004 bis 2007.

Von den 66 jemals Beschäftigten mit österreichischem Abschluss waren nur 45 aktuell beschäftigt, darunter 10 Frauen und 2 Männer Teilzeit und 16 Frauen und 17 Männer Vollzeit. Die Dequalifizierungsanteile unterscheiden sich kaum bzw lässt sich das mit so wenigen Befragten nicht wirklich bestimmen.

Im Gegensatz zur Arbeitszeit scheint die Befristung von Arbeitsverhältnissen keinen Bezug zum Dequalifizierungsrisiko zu haben.

2.6 Geschlecht und Stellung im Haushalt

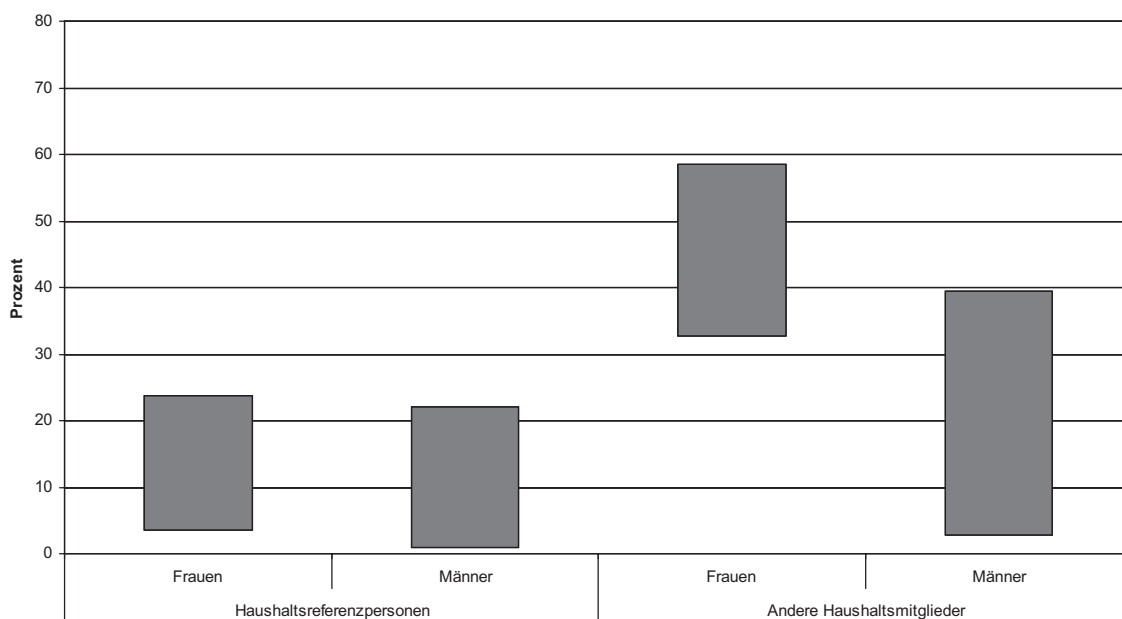
Die 155 jemals Beschäftigten mit im Ausland gemachten Abschlüssen über der Pflichtschule setzten sich aus 79 Haushaltsreferenzpersonen, 56 Partnerinnen bzw Partnern, 7 Verwandten und 13 nicht Verwandten zusammen. Damit ist aber nicht gesagt, dass irgendzwei dieser Personen in einem gemeinsamen Haushalt leben müssen. Die Haushaltsreferenzpersonen waren 44 Frauen und 35 Männer, die anderen Haushaltsmitglieder 57 Frauen und 19 Männer.

Das Dequalifizierungsrisiko lag bei den Partnerinnen bzw Partnern mit 95-prozentiger Sicherheit im Bereich zwischen 33% und 59% bzw zwischen 28% und 50% für alle, die nicht Haushaltsreferenzpersonen sind, bei den Haushaltsreferenzpersonen aber nur zwischen 5% und 20%. Hier besteht daher ein statistisch signifikanter Unterschied. Der Unterschied im Dequalifizierungsrisiko zwischen Haushaltsreferenzpersonen und anderen Haushaltsmitgliedern ist in Wien bei keinem anderen Geburtsstaat so dramatisch wie bei den drei Nachbarländern.

Zwischen weiblichen und männlichen Haushaltsreferenzpersonen gibt es keinen Unterschied beim Dequalifizierungsrisiko. Es lag bei den ersteren zwischen 3% und 24%; bei den letzteren zwischen 1% und 22%. Bei den männlichen anderen Haushaltsmitgliedern liegt es zwischen 3% und 39%, ist also statistisch von den vorigen beiden nicht unterscheidbar. Bei den weiblichen anderen Haushaltsmitgliedern liegt es dagegen im Bereich zwischen 33% und 59%, also deutlich höher. Bei den Frauen macht es eindeutig einen Unterschied, ob sie Haushaltsreferenzpersonen sind oder nicht.

Abbildung 6

Konfidenzintervalle des Dequalifizierungsanteils für Befragte im Erwerbsalter mit Abschlüssen über Pflicht aus CZ, SK, HU, nach Geschlecht und Stellung im Haushalt, Wien, 2. Quartale 2004 bis 2007



Datenquelle: Eigene Berechnungen aus Daten der Statistik Austria, Mikrozensus 2. Quartal 2004 bis 2007.

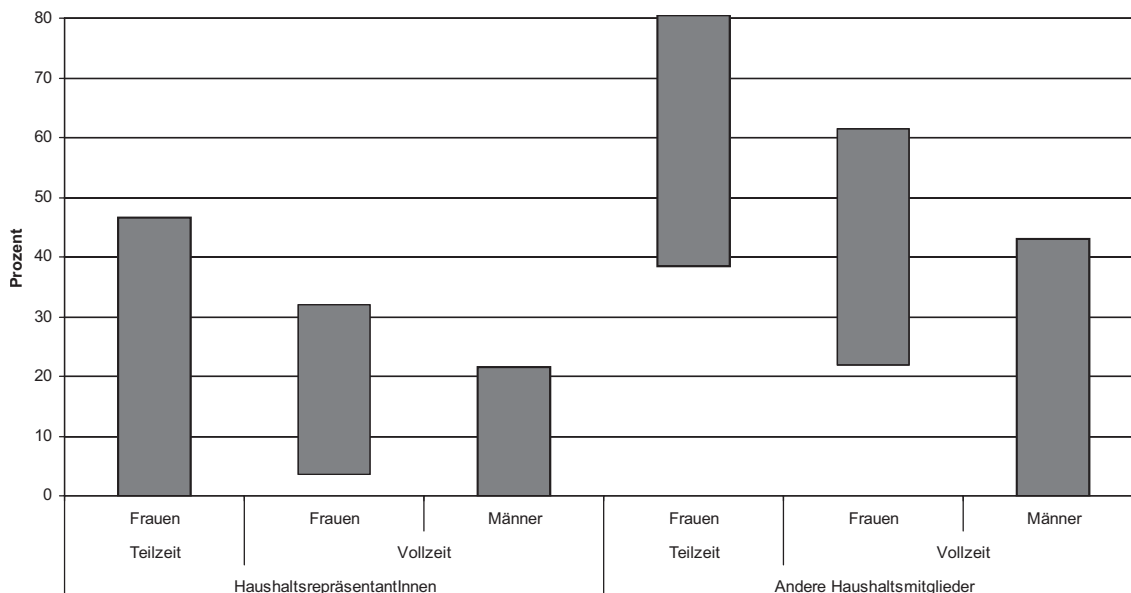
Führt man für die aktuell Beschäftigten noch zusätzlich die Unterscheidung zwischen Vollzeit und Teilzeit ein, dann erhellt das die Sache noch ein wenig weiter:

- Es zeigt sich, dass weibliche andere Haushaltsmitglieder sowohl in Teilzeit als auch in Vollzeit stärker von Dequalifizierung betroffen sind als männliche andere Haushaltsmitglieder oder als Haushaltsreferenzpersonen beiderlei Geschlechts, gleich ob diese Vollzeit oder Teilzeit beschäftigt sind.
- Ob mit Teilzeitarbeit höhere berufliche Dequalifizierung verbunden ist, hängt ganz und gar vom Status im Haushalt ab. Bei weiblichen Haushaltsreferenzpersonen ist mit Teilzeitarbeit nicht mehr Dequalifizierung verknüpft als mit Vollzeitbeschäftigung. Es wäre also falsch, die Dequalifizierung der Teilzeitbeschäftigung zuzuschreiben.

Weiter in die Sache vorzudringen, ist bei den geringen Fallzahlen nicht sinnvoll. Bei den weiblichen anderen Haushaltsmitgliedern in Teilzeitbeschäftigung ist das Konfidenzintervall bereits 45 Prozentpunkte breit. Noch weiter zu differenzieren verbietet sich daher.

Abbildung 7

Konfidenzintervalle des Dequalifizierungsanteils für Befragte im Erwerbsalter mit Abschlüssen über Pflicht aus CZ, SK, HU, nach Geschlecht, Stellung im Haushalt und Arbeitszeit, Wien, 2. Quartale 2004 bis 2007



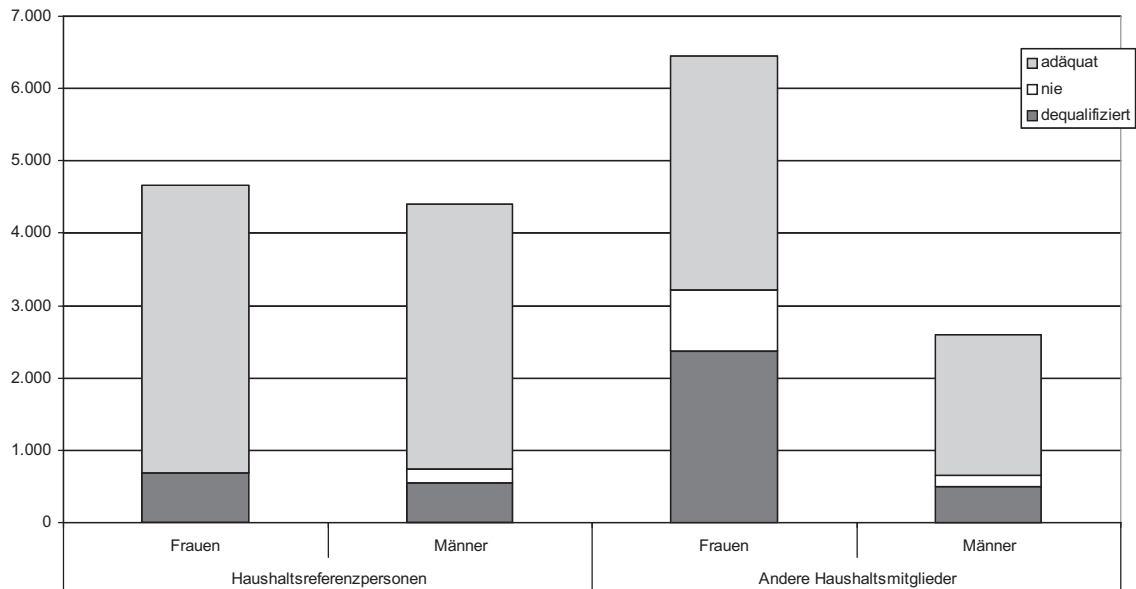
Datenquelle: Eigene Berechnungen aus Daten der Statistik Austria, Mikrozensus 2. Quartal 2004 bis 2007.

Während also die Haushaltsreferenzpersonen mit Abschlüssen aus den drei Nachbarstaaten niedrige Dequalifizierungsanteile aufweisen, treten bei den Frauen, wenn sie nicht Haushaltsreferenzpersonen sind, deutlich erhöhte Werte auf. Diese Frauen machen unter den Befragten 35% der 122 aktuell Beschäftigten mit in den drei Nachbarstaaten erworbenen Abschlüssen über der Pflichtschule aus. Zugleich machen sie unter den 122 aktuell ebenso wie unter den 155 je Beschäftigten aber rund 65% der dequalifiziert Beschäftigten aus, was sich zu annähernd gleichen Teilen auf Vollzeit und Teilzeit Beschäftigte verteilt.

In der nachstehenden Abbildung und Tabelle ist dieses Ergebnis für die hochgerechneten Daten wiedergegeben. Unter den 4.100 früher schon genannten dequalifiziert Beschäftigten mit Abschlüssen über der Pflichtschule aus Tschechien, der Slowakei und Ungarn sind rund 2.400 Frauen, die nicht Haushaltsreferenzpersonen sind. Die übrigen 1.700 dequalifiziert Beschäftigten verteilen sich relativ gleichmäßig auf weibliche und männliche Haushaltsreferenzpersonen und auf andere männliche Haushaltsmitglieder.

Abbildung 8

Personen in erwerbsfähigem Alter mit in CZ, SK oder HU erworbenem Abschluss über der Pflichtschule nach Stellung im Beruf, im Haushalt und nach Geschlecht, Wien, Durchschnitt 2. Quartale 2004 bis 2007



Datenquelle: Eigene Berechnungen aus Daten der Statistik Austria, Mikrozensus 2. Quartal 2004 bis 2007.

Tabelle 10

In Tschechien, Slowakei oder Ungarn geborene Personen in erwerbsfähigem Alter nach Bildungsstaat, Stellung im Beruf, im Haushalt und nach Geschlecht, Wien, Durchschnitt 2. Quartale 2004 bis 2007

Schulabschluss in CZ, SK, HU		dequalifiziert	nie	adäquat	KI
Haushaltsreferenzpersonen	Frauen	694	0	3.975	±473
	Männer	544	187	3.669	±444
Andere Haushaltsmitglieder	Frauen	2.379	834	3.243	±727
	Männer	501	153	1.951	±450
Gesamt		4.118	1.174	12.838	±1.168
Schulabschluss in Österreich					
Haushaltsreferenzpersonen	Frauen	682	189	1.206	±374
	Männer	433	0	2.038	±369
Andere Haushaltsmitglieder	Frauen	207	359	1.313	±233
	Männer	161	91	375	±202
Gesamt		1.483	639	4.932	±616

Quelle: Eigene Berechnungen aus Daten der Arbeitskräfteerhebung der Statistik Austria.

2.7 Alter

Vom Alter muss man am ehesten einen ambivalenten Zusammenhang mit der Wahrscheinlichkeit dequalifizierter Beschäftigung erwarten. So wäre es einerseits denkbar, dass Einwanderinnen und Einwanderer, wenn sie in Wien in dequalifizierte Beschäftigung geraten, nicht lange bleiben, sondern wieder ins Herkunftsland zurück oder an einen dritten Ort weiter migrieren oder sich aus dem Erwerbsleben zurückziehen, was aber offenbar nicht der Fall ist. Die Frage wäre dann, ob der Rückzug der dequalifizierten Beschäftigten rasch erfolgt, oder ob er sich allmählich ereignet. Bei raschem Rückzug wäre zu erwarten, dass bei den unter 30-jährigen, dem typischen Migrationsalter, ein gewisser Anteil an Dequalifizierung zu erwarten wäre, bei allen anderen Altersgruppen aber ein einheitlich niedriger. Geschähe der Rückzug dagegen allmählich, dann müsste mit steigendem Alter der Dequalifizierungsanteil nach und nach zurückgehen. Umgekehrt könnte es aber auch sein, dass gerade die Erfolgreichen geködert werden, woanders zu arbeiten, oder dass gerade die dequalifizierten Beschäftigten bleiben, vielleicht weil sie aus anderen als wirtschaftlichen und Karrieregründen in Wien sind. Dann müsste mit dem Alter entweder keine Änderung oder ein allmählich steigender Anteil an Dequalifizierung erwartet werden.

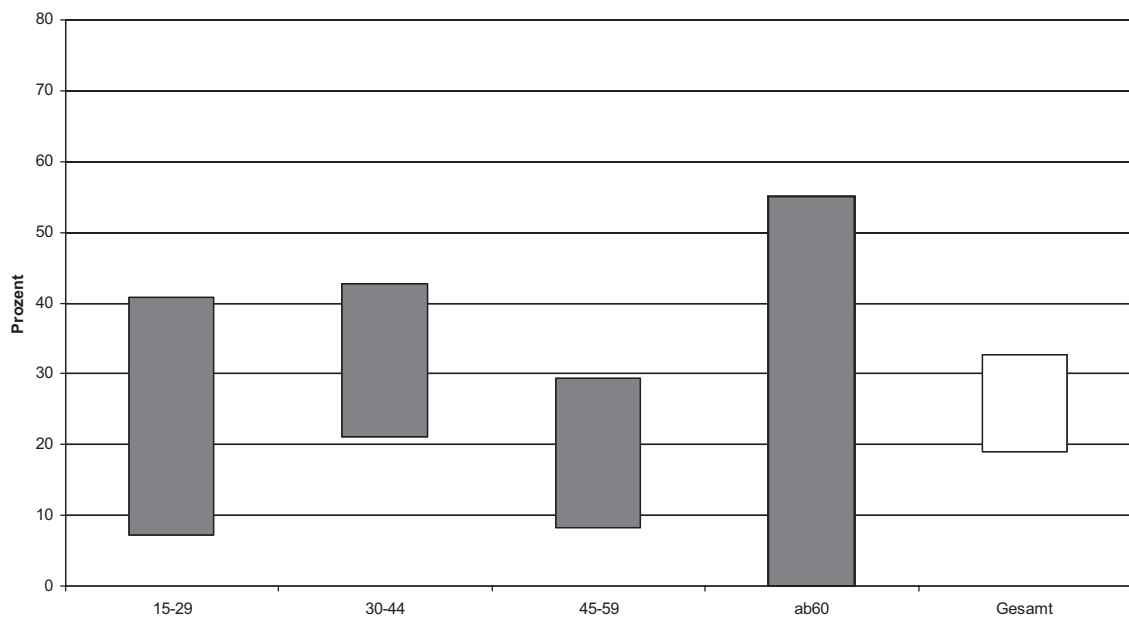
Dequalifizierung könnte auch ein Einstiegsphänomen sein, dem beruflicher Aufstieg folgt, so dass bei den älteren Beschäftigten Dequalifizierung seltener vorkommen müsste als bei jüngeren. Dieser Vermutung steht entgegen, dass unsere Definition von Dequalifizierung sich vorwiegend auf Beschäftigung in HAT bezieht, aus denen heraus beruflicher Aufstieg eher rar ist. Umgekehrt könnte man auch vermuten, ältere Beschäftigte hätten eventuell nach einer Periode der Arbeitslosigkeit beruflichen Abstieg in Kauf genommen, um wieder Beschäftigung zu finden. In dem Fall müsste gerade bei älteren Beschäftigten eher Dequalifizierung vorzufinden sein. Anekdotisch gibt es auch Fälle, in denen jüngere Migrantinnen und Migranten vorübergehende berufliche Dequalifizierung im Ausland auf sich nehmen, um soziale und sprachliche Fertigkeiten zu erwerben, die sie nach der Rückkehr ins Herkunftsland für das berufliche Fortkommen nützen können. Das spräche für mehr Dequalifizierung bei jüngeren Beschäftigten, aber die Frage ist, ob diese Aufenthalte von ihrer Dauer und eventuell auch von der Unterbringungsweise her eine Chance haben, in die Stichprobe der AKE zu kommen.

Von den 155 Beschäftigten in erwerbsfähigem Alter mit ausländischem Abschluss über der Pflichtschule sind 25 unter 30 Jahre alt, 72 zwischen 30 und unter 45 Jahren, 53 zwischen 45 und unter 60 Jahren und fünf Männer sind zwischen 60 und unter 65 Jahren.

Wie sich zeigt, ergeben sich keine markanten Unterschiede des Dequalifizierungsrisikos zwischen den Altersgruppen. Zwar ist das Konfidenzintervall bei den 45- bis 59-Jährigen mit Abschluss im Ausland niedriger gelagert als bei der Altersgruppe 30 bis 44, aber sie überlappen sich relativ stark. Erst wenn man die statistische Gewissheit von 95% auf etwa 70% reduzierte, würden sie es nicht mehr tun. Bei den 15- bis unter 30-Jährigen ist das Konfidenzintervall so breit wie bei den beiden Altersgruppen von 30 bis unter 60 zusammen. Die fünf 60 bis 64 Jährigen lassen statistisch keinerlei Aussage zu.

Abbildung 9

Konfidenzintervalle des Dequalifizierungsanteils für Befragte im Erwerbsalter mit Abschlüssen über Pflicht aus CZ, SK, HU, nach Altersgruppen, Wien, 2. Quartale 2004 bis 2007



Datenquelle: Eigene Berechnungen aus Daten der Statistik Austria, Mikrozensus 2. Quartal 2004 bis 2007.

Die Altersverteilung bei den befragten Beschäftigten mit österreichischen Abschlüssen über der Pflichtschule hat weniger 30- bis 44-Jährige und mehr 60- bis 64-Jährige. Ein Fünftel gehört zu dieser ältesten Gruppe, mehr als die Hälfte ist zwischen 45 und 64 Jahre alt. Ein Unterschied des Dequalifizierungsrisikos zwischen den Altersgruppen oder im Vergleich zur jeweils gleichen Altersgruppe mit Abschluss aus dem Ausland lässt sich nicht dingfest machen.

2.8 Zuzugsperiode, Aufenthaltsdauer

Da Migration in erheblichem Maß auch eine Altersfrage ist, könnte es sein, dass das heutige Alter vor allem eine Auskunft über den Zeitpunkt des Zuzugs ist. Alter und Aufenthaltsdauer korrelieren zwar signifikant, aber nicht stark:

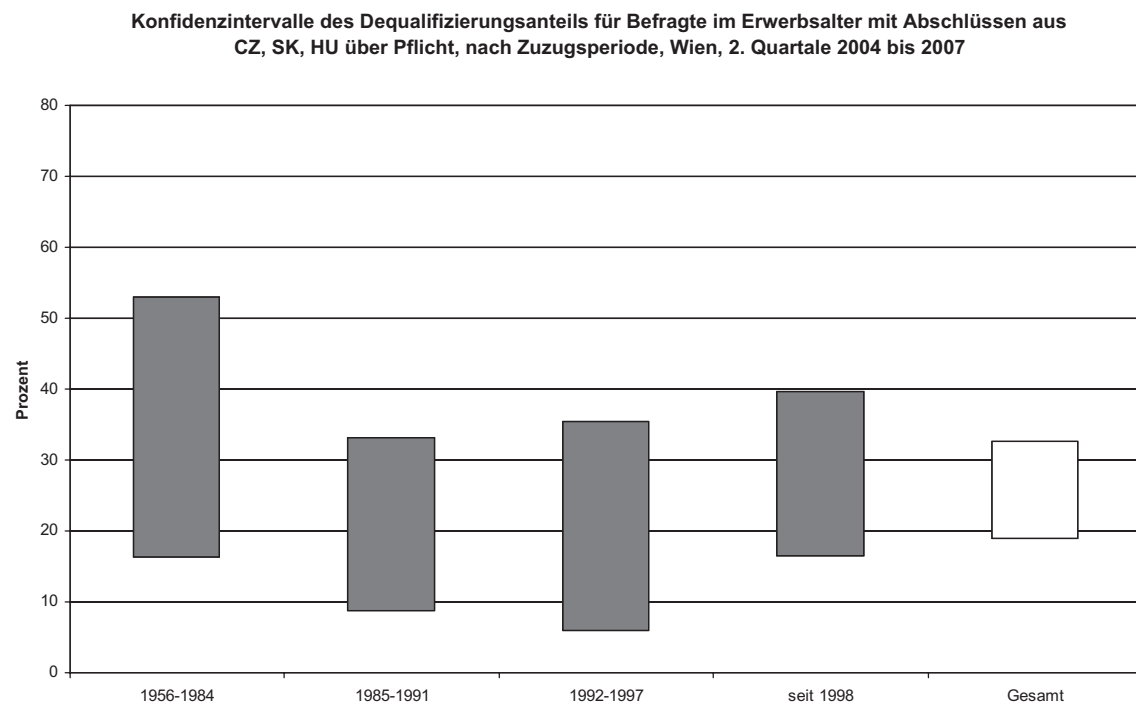
- Für alle 258 Befragten im Erwerbsalter: $r=0,683$, signifikant bei $\alpha=0,000$.
- Für alle 221 Beschäftigten mit Abschlüssen über der Pflichtschule: $r=0,686$, signifikant bei $\alpha=0,000$.
- Für die 155 Beschäftigten mit ausländischem Abschluss über der Pflichtschule: $r=0,687$, signifikant bei $\alpha=0,000$.

Da r -Quadrat für die 155 Beschäftigten gerade 0,472 erreicht, wäre es nicht ratsam, das Alter und die Aufenthaltsdauer in eins zu setzen. Sie erklären einander nicht einmal zur Hälfte, haben eine gewisse Unabhängigkeit voneinander.

Der Zuzugszeitpunkt könnte Auswirkungen auf die Wahrscheinlichkeit der Dequalifizierung haben. Unterschiedlich gute wirtschaftliche Konjunktur könnte Unterschiede in der Nachfrage nach Arbeitskräften bewirken, was Dequalifizierung zum Preis für Zugang zu Beschäftigung und Einkommen machen und langfristige Folgen haben könnte. Auch die gesetzliche Lage bzw ihre praktische Handhabung hat sich über die Zeit immer wieder geändert und auch das kann den Einstieg und die Karriere beeinflusst haben.

Wie sich aber zeigt, gibt es vermutlich keinen Einfluss des Zuzugszeitpunkts auf die Wahrscheinlichkeit der Dequalifizierung. Die Breite der Konfidenzintervalle macht es möglich, dass die Behauptung, der Anteil dequalifiziert Beschäftigter mit Abschlüssen über der Pflichtschule aus den drei Nachbarstaaten, die zu verschiedenen Zeitpunkten zugezogen sind, betrage einheitlich 20%, ebenso unwidersprochen bleiben müsste, wie die Behauptung, es seien 30%. Für den noch in Wien lebenden oder arbeitenden Zuzug der Jahre seit 1998 liegt der Dequalifizierungsanteil mit 95-prozentiger Gewissheit irgendwo zwischen 16% und 40%, für den Zuzug der Jahre 1992 bis 1997 zwischen 6% und 35%, für jenen der Jahre 1985 bis 1991 zwischen 9% und 33%, für den von 1956 bis 1984 zwischen 16% und 53%.

Abbildung 10



Datenquelle: Eigene Berechnungen aus Daten der Statistik Austria, Mikrozensus 2. Quartal 2004 bis 2007.

Bei Schulabschluss in Österreich muss man sich auf Aussagen über die Zeit vor 1992 beschränken. Nur 7 der 66 Beschäftigten mit Abschlüssen über der Pflichtschule sind danach noch eingereist. Hier findet man trotz der kleinen Fallzahlen einen statistisch signifikanten Unterschied zwischen Beschäftigten, die zwischen 1956 und 1984 den Aufenthalt begonnen haben und jenen, die es erst 1985 bis 1991 taten. Bei den ersteren liegt der Dequalifizierungsanteil im Bereich

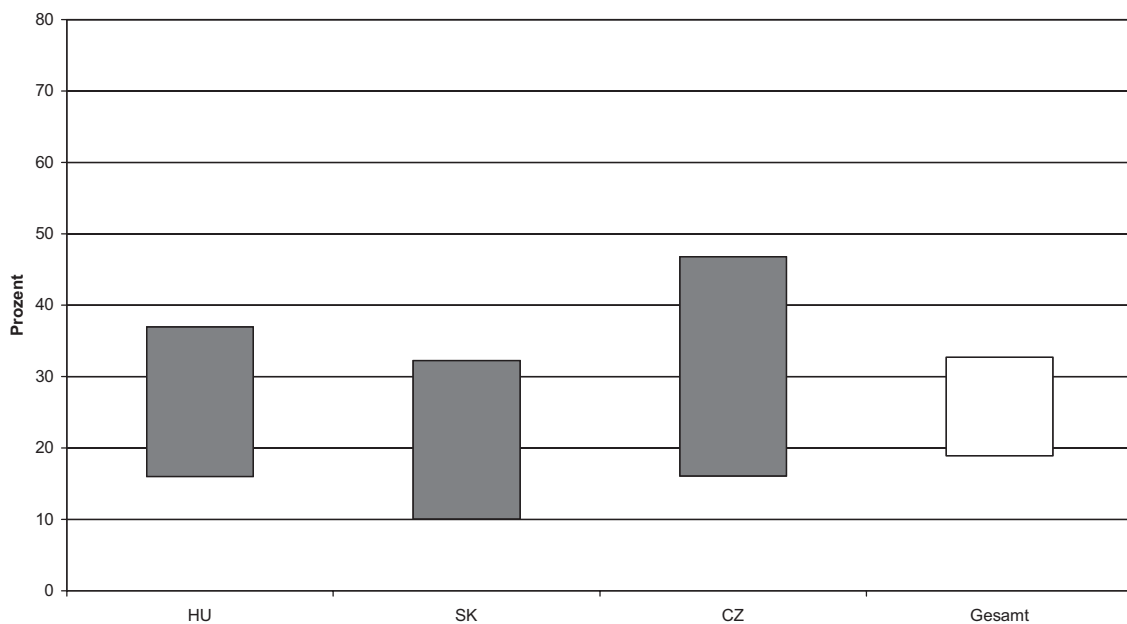
zwischen 0% und 17%, bei den letzteren aber zwischen 18% und 65%. Während aber zwei Drittel der ersteren bereits im Alter ab 45 Jahren sind, ist von den letzteren die Hälfte noch nicht 30 Jahre alt. Es kann daher sein, dass bei ihnen der Dequalifizierungsanteil noch sinken wird. Wenn er es tut, wird man freilich nicht wissen, ob das beruflichem Aufstieg zu verdanken war oder dem Rückzug von dequalifiziert Beschäftigten aus Österreich.

2.9 Geburtsstaat

Wie bei der Zuzugsperiode, so könnte auch bei den drei Herkunftsländern die Behauptung, bei allen dreien sei die gleiche Wahrscheinlichkeit der Dequalifizierung zu beobachten, statistisch nicht widerlegt werden. Bei allen dreien deckt das Konfidenzintervall zumindest auch den Bereich von 17% bis 32% ab.

Abbildung 11

Konfidenzintervalle des Dequalifizierungsanteils für Befragte im Erwerbsalter mit Abschlüssen über Pflicht aus CZ, SK, HU, nach Geburtsstaat, Wien, 2. Quartale 2004 bis 2007



Datenquelle: Eigene Berechnungen aus Daten der Statistik Austria, Mikrozensus 2. Quartal 2004 bis 2007.

Von den 155 Beschäftigten, die im Ausland Abschlüsse über der Pflichtschule erworben hatten, hatten 68 den Abschluss in Ungarn gemacht, 52 in der Slowakei und 35 in Tschechien.

Von den 66 Beschäftigten mit in Österreich gemachten Abschlüssen waren 36 in Tschechien geboren, 17 in Ungarn, 13 in der Slowakei. Auch hier sind klarerweise keine Unterschiede zwischen den drei Herkunftsstaaten erkennbar.

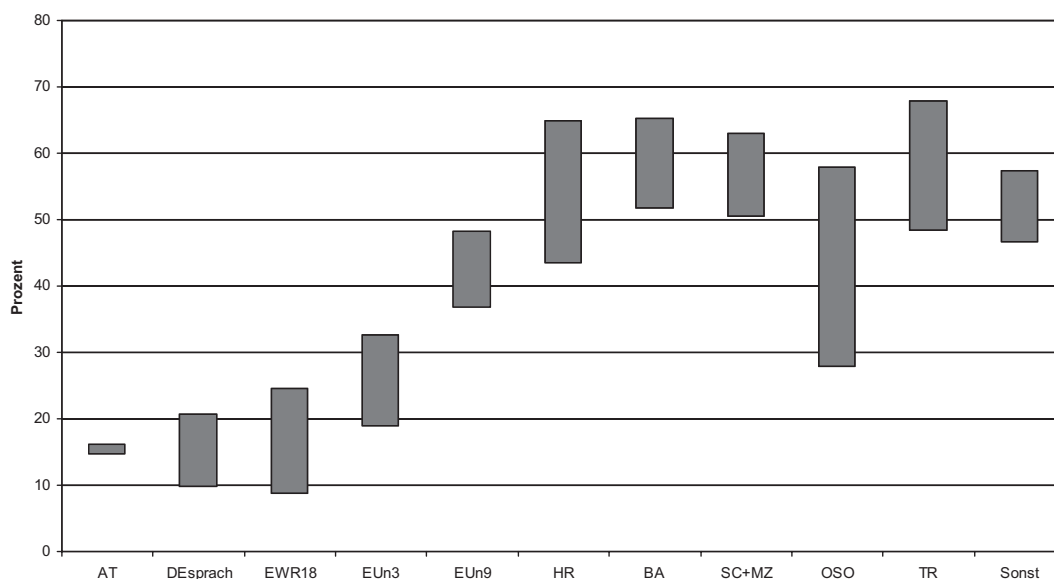
Für den Vergleich der drei Nachbarländer mit anderen wurden die Herkunftsländer zu zehn Gruppen zusammengefasst:

- AT: Österreich.
- DEsprach: Deutschland, Schweiz, Liechtenstein, Luxemburg, Italien.
- EWR18: Übrige EU-15 und EFTA Staaten einschließlich umschlossener Kleinstaaten.
- EUn3: Tschechien, Slowakei, Ungarn.
- EUn9: Übrige neue Mitgliedsländer der EU.
- HR: Kroatien.
- BA: Bosnien-Herzegowina.
- SC+MZ: Serbien (einschließlich Kosovo), Montenegro und Mazedonien.
- OSO: Albanien, Moldau, Ukraine, Weißrussland, Russland.
- TR: Türkei.
- Sonst: Alle anderen Staaten der Welt.

Weiter oben wurde erwähnt, dass ein Dequalifizierungsanteil von knapp einem Viertel der Beschäftigten mit im Ausland gemachten Abschlüssen über der Pflichtschule, wie er bei den drei Nachbarstaaten beobachtet wird, relativ gering sei. Die Abbildung unten zeigt das nun sehr deutlich. Das Konfidenzintervall des Dequalifizierungsanteils der drei Nachbarstaaten erstreckt sich von 19% bis 33% (viertes von links) und liegt damit klar über jenem der in Österreich geborenen Beschäftigten mit österreichischem Abschluss über der Pflichtschule (ganz links). Es liegt aber ebenso klar unter jenem der anderen neun neuen EU-Mitgliedsländer und fast aller Staaten außerhalb von EU und EFTA. Für den weit überwiegenden Teil der Beschäftigten mit ausländischen Abschlüssen liegt das untere Limit des Konfidenzintervalls des Dequalifizierungsrisikos in der Umgebung von 50%.

Abbildung 12

Konfidenzintervalle des Dequalifizierungsanteils für Befragte im Erwerbssalter mit Abschlüssen über Pflicht aus dem Geburtsstaat, nach Geburtsstaat, Wien, 2. Quartale 2004 bis 2007



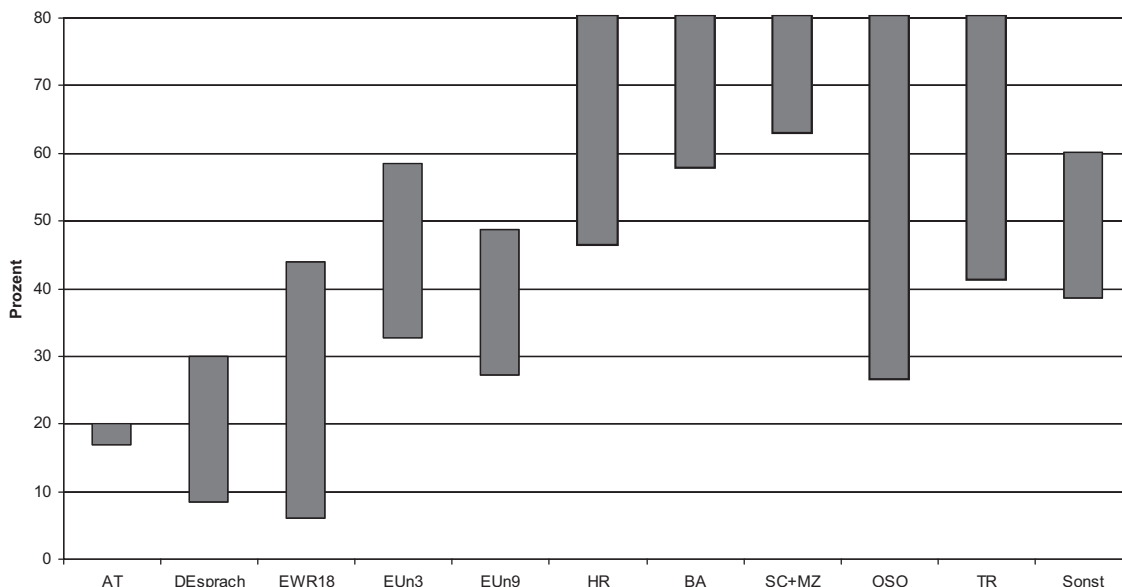
Datenquelle: Eigene Berechnungen aus Daten der Statistik Austria, Mikrozensus 2. Quartal 2004 bis 2007.

Teilt man die Daten in die beiden Geschlechter auf, so werden die Konfidenzintervalle zwar breiter, vor allem bei den Männern, aber dass es wesentliche Unterschiede zwischen den Geburtsstaaten gibt, bleibt ohne weiteres erkennbar. Bei beiden Geschlechtern ist völlig klar, dass der Dequalifizierungsanteil der Beschäftigten mit Abschlüssen aus den drei Nachbarstaaten in Wien viel eher jenem der gesamten EU15- und EFTA-Geburtsstaaten gleicht als jedem der anderen neuen EU-Mitgliedsländer oder irgendeinem Geburtsstaat außerhalb der Union.

Es hatte sich weiter oben gezeigt, dass bei den Beschäftigten aus den drei Nachbarstaaten fast zwei Drittel der dequalifiziert Beschäftigten auf Frauen entfallen, die nicht Haushaltsreferenzpersonen sind. Das erweist sich nun als absolut ungewöhnlich. Bei allen anderen Geburtsstaaten liegt dieser Anteil unter 40%. Bei den drei Nachbarstaaten besteht eine ungewöhnliche Diskrepanz zwischen den Dequalifizierungsanteilen der Haushaltsreferenzpersonen beiderlei Geschlechts und der anderen männlichen Haushaltsmitglieder einerseits und der anderen weiblichen Haushaltsmitglieder andererseits. Während die Dequalifizierungsanteile der ersteren nicht von jenen der in Österreich geborenen Beschäftigten mit österreichischen Abschlüssen unterscheidbar sind, ist er bei den letzteren stark erhöht und hebt sich klar von dem der in Österreich oder in anderen Staaten mit Deutsch geborenen, beschäftigten, weiblichen anderen Haushaltsmitglieder ab. Er ähnelt mehr dem Dequalifizierungsanteil bei den anderen neun neuen EU-Mitgliedern, ist sogar etwas höher. Er ist damit aber nicht, sozusagen, katastrophal hoch, sondern liegt noch immer klar unter dem der weiblichen anderen Haushaltsmitglieder aus Bosnien und Serbien.

Abbildung 13

Konfidenzintervalle des Dequalifizierungsanteils für weibliche Befragte im Erwerbsalter mit Abschlüssen über Pflicht aus dem Geburtsstaat, die nicht Haushaltsreferenzpersonen sind, Wien, 2. Quartale 2004 bis 2007



Datenquelle: Eigene Berechnungen aus Daten der Statistik Austria, Mikrozensus 2. Quartal 2004 bis 2007.

Die Ursache für die Dequalifizierung bei den Frauen, die nicht Haushaltsreferenzperson sind, scheint jedenfalls nicht an der Kindererziehung zu liegen, denn die Hälfte von ihnen lebt mit dem Mann allein.

3. Ergebnisse

Die Ergebnisse beziehen sich auf Wien und betreffen Beschäftigte aus den drei Nachbarstaaten einschließlich der Einpendlerinnen und Einpendler aus anderen Bundesländern und ebenso der Auspendlerinnen und Auspendler in andere Bundesländer und ins Ausland. Sie können in den folgenden Punkten zusammengefasst werden:

1. Die früher oder aktuell Beschäftigten in erwerbsfähigem Alter mit in den drei Nachbarstaaten erworbenen Abschlüssen über der Pflichtschule sind zu rund zwei Dritteln weiblich.
2. Das Dequalifizierungsrisiko ist für Beschäftigte aus den drei Nachbarstaaten in Wien niedriger als für die meisten anderen Geburtsstaaten. Hochgerechnet handelt es sich um nur rund 4.100 Personen. Dazu kommen rund 1.500 dequalifizierte Beschäftigte, die in den drei Nachbarstaaten geboren wurden, aber den höchsten Schul- bzw. Ausbildungsabschluss in Österreich gemacht haben. In Summe sind das 5.600 Personen, wobei man eine statistische Fehlertoleranz von ± 1.300 zulassen muss.
3. Bei den drei Nachbarstaaten konzentriert sich die Dequalifizierung außergewöhnlich stark auf eine bestimmte Rolle im Haushalt, nämlich die der Partnerinnen. Auf sie entfallen in den hochgerechneten Daten fast 60% der gesamten Dequalifizierung, obwohl sie nur etwas mehr als ein Drittel der Beschäftigten beiderlei Geschlechts mit in den drei Nachbarstaaten gemachten Abschlüssen über der Pflichtschule ausmachen. Besonders wenn sie Teilzeit beschäftigt sind, aber auch wenn sie Vollzeit beschäftigt sind, weisen sie einen stark erhöhten Anteil von dequalifizierten Beschäftigten auf. Mit Kinderbetreuung hat es nichts zu tun. Hochgerechnet handelt es sich um etwa 2.400 Beschäftigte (wobei man eine statistische Toleranz von ± 800 einkalkulieren muss).
4. Ein weiteres Sechstel der dequalifizierten Beschäftigten aus den drei Nachbarstaaten entfällt auf die Frauen, die nicht Partnerinnen sind, sondern als Haushaltsreferenzpersonen fungieren. Das verbleibende Viertel verteilt sich je zur Hälfte auf Männer, die Haushaltsreferenzpersonen sind, und Männer, die es nicht sind.
5. Bei den Frauen mit in den drei Nachbarstaaten gemachten Abschlüssen über der Pflichtschule beträgt das Dequalifizierungsrisiko im Bereich zwischen 23% und 41% und liegt damit klar über jenem von in Österreich oder einem anderen Staat mit Deutsch als wichtiger Verkehrssprache geborenen Frauen mit jeweils heimischem Schul- oder Ausbildungsabschluss, aber, wie gesagt, es ist stark auf die Partnerinnen konzentriert.
6. Bei den Männern liegt das Dequalifizierungsrisiko im Bereich zwischen 5% und 24% und entspricht damit jenem der in Österreich geborenen Männer mit österreichischen Abschlüssen über der Pflichtschule, das seinerseits jenem bei Männern aus den anderen EU15- und EFTA-Staaten entspricht, gleich ob Deutsch dort eine Rolle als Verkehrssprache spielt oder nicht.

Wie diese Untersuchung zeigt, lassen sich mitunter auch mit relativ geringen Fallzahlen klare Aussagen treffen. In die Tiefe zu dringen, ist damit aber nicht möglich. Es wäre zu überlegen, ein Regressionsmodell zu entwickeln, das die besprochenen Einflüsse auf das Dequalifizierungsrisiko, also Bildung, Alter, Geschlecht, Stellung im Haushalt und andere mehr gemeinsam berücksichtigt. So ein Modell müsste aber, im Gegensatz zur Analyse hier, auf der individuellen Ebene angesiedelt werden, nicht auf jener von Geburts- oder Bildungsstaaten. Zu erwarten wäre, dass für das Modell statistische Signifikanz erzielt werden könnte, aber vermutlich für kaum einen der einzelnen Einflüsse, einfach wegen der geringen Fallzahlen. Das Modell zu entwickeln und zu testen, hätte Sinn, wenn die Untersuchung nicht auf die in den drei Nachbarstaaten geborenen Personen beschränkt bliebe.

Kathrin Mück-Puelacher

Erfolgsfaktoren der industriellen Produktion am Standort Österreich am Beispiel der österreichischen Elektro- und Elektronikindustrie



Kathrin Mück-Puelacher
Fachverband der Elektro- und
Elektronikindustrie (FEEI)

Abstract

Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich mit den zukünftigen Erfolgsfaktoren der Elektro- und Elektronikindustrie am Standort Österreich. Vor dem Hintergrund einer standortpolitischen Argumentation, die zunehmend die Dienstleistungsgesellschaft in den Mittelpunkt stellt, wird damit nachgewiesen, dass technologie- und forschungsintensive Industriezweige, wie die Elektro- und Elektronikindustrie, auch in Zukunft einen entscheidenden Beitrag zur nationalen Wertschöpfung und damit zur erfolgreichen Entwicklung des Standortes Österreich leisten werden. Die Ergebnisse zeigen, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Elektro- und Elektronikindustrie mit der Frage nach der langfristigen Perspektive dieses Industriezweigs in einem internationalen Umfeld einhergeht. Gerade die zunehmende Internationalisierung der Produktionsprozesse ist es auch, durch die grenzüberschreitende Wirtschaftsräume, wie Centrope, für heimische Industriebranchen ein entsprechendes Potenzial für eine erfolgreiche Entwicklung bieten können.

This paper deals with the future success factors of the electrical and electronics industry in Austria. Against the backdrop of a local political reasoning that increasingly places the service economy at the centre of economic policy interests, this paper shows that technology- and research-intensive industrial sectors, including the electrical and electronics industry, will make a decisive contribution to national value creation in the future. The results show that the discussion about the competitiveness of the electrical and electronics industry is a question of the long-term perspective of this industrial sector in an international environment. It is precisely the increasing internationalisation of production processes that enables international economic regions such as Centrope to offer adequate potential for successful development in domestic industrial sectors.

1. Einleitung

In Österreich wurde im Jahr 2007 ein Fünftel der Wertschöpfung (49,58 Mrd. Euro) von der Sachgütererzeugung erwirtschaftet. Jeder fünfte unselbständige Arbeitnehmer (415.678 Personen) arbeitete in diesem Bereich (Wirtschaftskammer Österreich 2008). Trotz des nachweisbar hohen wirtschaftlichen Stellenwerts des produzierenden Sektors dominieren in der wirtschaftspolitischen Standortdebatte die Deindustrialisierung und die steigende Bedeutung des Dienstleistungssektors (Breitenfellner / Hildebrandt 2006: 119 ff.). Gestützt wird diese Argumentation durch den europaweiten Rückgang der Industriebeschäftigten und die Abwanderung von produzierenden Unternehmen in Billiglohnländer. Die Verlagerung von Industrie-Arbeitsplätzen bezieht sich jedoch vorrangig auf die Verlagerung der industriellen Massenproduktion ins

kostengünstigere Ausland und darf nicht als Indikator für eine sinkende wirtschaftliche Bedeutung der heimischen Produktionsindustrie gewertet werden. Sie ist vielmehr Ausdruck eines sozio-ökonomischen Strukturwandels, als dessen weitere Konsequenz die Grenzen zwischen den einzelnen Wirtschaftssektoren verschwimmen (The Economist 2005). In allen modernen Industrieländern hat die Drei-Sektoren-Hypothese von Clark und Fourastié¹ in den vergangenen zwei Jahrzehnten an Bedeutung verloren (Schneider 2007: 43). Auslöser dafür ist in erster Linie die zunehmende Technologisierung durch moderne Informations- und Kommunikationstechnologien. Vor diesem Hintergrund sind die industrielle Produktion zu einem komplexen Wertschöpfungsgeflecht und der Standortwettbewerb zu einem internationalen Wettbewerb um Teile der Wertschöpfungskette geworden (Geginat / Henkel 2007: 109). Der wirtschaftliche Erfolg des produzierenden Sektors in Österreich wird nicht nur von einer Vielzahl von Faktoren, wie zB den angewandten Technologien, den produzierten Gütern, dem Innovationspotenzial der Unternehmen oder der Qualifikation der Mitarbeiter in unterschiedlichster Weise bestimmt, sondern auch durch die Internationalisierung der Wertschöpfungsketten entscheidend geprägt.

Vor diesem Hintergrund wird am Beispiel der Elektro- und Elektronikindustrie (EEI) gezeigt, dass forschungs- und technologieintensive Industriezweige in Österreich in Zukunft einen wesentlichen Beitrag zur nationalen Wertschöpfung leisten werden. Darüber hinaus kann sich für die österreichischen Unternehmen der Elektro- und Elektronikindustrie gerade durch die vorschreitende wirtschaftliche Verschränkung des Centrepe-Raumes ein hohes Entwicklungspotential ergeben, da diese Wirtschaftsräume in den kommenden Jahren nicht ausschließlich mit eigenen Wertschöpfungen gefüllt werden können.²

In diesem Beitrag wurden die wichtigsten Erkenntnisse der Diplomarbeit „Zukünftige Erfolgsfaktoren der Elektro- und Elektronikindustrie am Standort Österreich“ vom April 2008 zusammengefasst und die damals gewonnenen Ergebnisse im Hinblick auf die wirtschaftliche Bedeutung des Centrepe-Raumes neu interpretiert.

2. Zum Begriff der Wettbewerbsfähigkeit

Die Frage nach dem wirtschaftlichen Erfolg eines Industriesektors bzw. eines Industriestandortes ist unmittelbar mit dem Grad seiner Wettbewerbsfähigkeit verknüpft. Dieser in der öffentlichen Diskussion breit kommunizierte Indikator wird allerdings in der ökonomischen Theorie mit den verschiedensten Inhalten ausgefüllt (Gries / Hentschel 1994: 416).³ Darüber hinaus wird die Interpretation der ökonomischen Fakten meist durch die subjektive Sicht von unterschiedlichen Interessensgruppen geprägt. Eine fundierte Analyse eines Industriesektors bzw. eines Standortes ist daher aus ökonomischer Sicht nur unter Vorgabe einer expliziten Definition vorzunehmen und hat stets im sozioökonomischen Kontext einer Volkswirtschaft zu erfolgen. Die Diskussion um die Wettbewerbsfähigkeit sollte zumindest die Frage nach der langfristigen

1 Aufteilung der Wirtschaft in Landwirtschaft, industrielle Produktion und Dienstleistung.

2 Um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten, beziehen sich die in den nachfolgenden Kapiteln analysierten statistischen Länder- und Branchendaten jeweils auf die gesamten Nationalstaaten des Centrepe-Raumes, da diese für die abgegrenzte Centrepe-Region nicht verfügbar sind.

3 Manche Autoren sind sogar der Ansicht, dass Wettbewerbsfähigkeit auf volkswirtschaftlicher Ebene überhaupt nicht sinnvoll definiert werden kann. Vgl. van Suntum (1986) S. 501 Fn.

Perspektive eines Industriezweigs klären. Im Zentrum der Beurteilung stehen dabei die Unternehmen selbst. Sie sind die zentralen Leistungseinheiten des Branchenerfolgs, die individuell bestimmen, welche Standortfaktoren positiv genutzt werden können und welche nachteiligen Einflussfaktoren kompensiert werden müssen. Auch wenn meist die aktuelle wirtschaftliche Lage die Basis für die standortpolitische Argumentation darstellt, muss ebenso auf die Entwicklungen abseits der aktuellen Konjunktur geachtet werden. Es gilt die großen Leitlinien zu identifizieren, die die Rahmenbedingungen der industriellen Produktion beeinflussen.

3. Die österreichische Elektro- und Elektronikindustrie

Die österreichische Elektro- und Elektronikindustrie zählt zu den vier größten Industriebranchen Österreichs⁴. Laut Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie erwirtschafteten im Jahr 2006 die 326 zur Branche zählenden Unternehmen mit knapp 60.000 Beschäftigten einen Produktionswert von 11,4 Mrd. Euro.

Von 1995 bis 2005 stieg laut Leistungs- und Strukturhebung (LSE) der Produktionswert um 41%. Verhaltener waren die Zuwächse im Bereich der Wertschöpfung. Von 1995 bis 2005 war hier nominell ein Plus von 18% zu verzeichnen (3.563 Mio. Euro 1995, 4.203 Mio. Euro 2005). Ursachen für die im Vergleich zum Produktionswert geringeren Zuwächse der Bruttowertschöpfung begründen sich einerseits durch ein verstärktes Outsourcing von einzelnen Produktionsschritten bzw. Zukäufen von Vorleistungen, die dadurch zwar im Produktionswert, nicht aber in der Wertschöpfung Niederschlag finden. Andererseits besteht durch die Ausweitung des Angebots an produktionsnahen Service- und Dienstleistungen die Notwendigkeit, verstärkt Leistungen von unternehmensexternen Anbietern zu beziehen (Statistik Austria 2007).

Durch den internationalen Wettbewerbsdruck waren die EEI-Unternehmen gezwungen, ihr Leistungsportfolio und ihre Produktionsprozesse nicht nur an die Erfordernisse eines modernen Marktes anzupassen, sondern auch möglichst effizient zu gestalten. Als Folge zeigt die Elektro- und Elektronikindustrie ein beträchtliches Produktivitätswachstum. Von 1995 bis 2005 stieg die Produktivität⁵ der Branche um 85%. Die Wertschöpfung pro Mitarbeiter verzeichnete im gleichen Zeitraum ein Plus von 55% (Statistik Austria 2007).

Ein wesentlicher Impulsgeber für das wirtschaftliche Wachstum der Branche sind die Exporte mit 74% Anteil am Umsatz. Die starke Außenhandelsverflechtung der Elektro- und Elektronikindustrie unterstreicht die sehr gute internationale Konkurrenzfähigkeit.

Diese wiederum steht in unmittelbarem Zusammenhang mit den hohen Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F&E) bzw. der hohen Innovationsleistung der Unternehmen. Die Elektro- und Elektronikindustrie zeichnet für 38% der F&E-Ausgaben (970 Mio. Euro 2004) der österreichischen Sachgütererzeugung verantwortlich (Statistik Austria 2004).

4 Neben der Maschinen- und Metallwarenindustrie, der Fahrzeugindustrie und der Chemischen Industrie.

5 Produktionswert pro Beschäftigtem.

4. Entwicklungstendenzen der industriellen Produktion am Standort Österreich

Am Beispiel der österreichischen Elektro- und Elektronikindustrie wird deutlich, dass sich die Rahmenbedingungen für den Industriestandort Österreich und damit auch für die industrielle Produktion durch einschneidende sozioökonomische Entwicklungen in den vergangenen zwei Jahrzehnten stark veränderten. Nur jene Industriezweige, die ihre Produktions- und Güterstruktur an die neuen Erfordernisse anpassen konnten, sind nach wie vor erfolgreich am Standort Österreich tätig. Im Folgenden werden die markantesten Tendenzen, die die österreichische Industrielandschaft – und damit auch die Elektro- und Elektronikindustrie – prägten, anhand von vier thematischen Schwerpunkten erläutert.

Internationalisierung der Produktion

Strukturwandel

Konzentration auf technologieintensive Güter

Forschung, Technologie und Innovation als Wachstumsträger

4.1. Internationalisierung der Produktion

Bereits der Fall des Eisernen Vorhangs Ende der 1980er Jahre sowie Österreichs EU-Beitritt im Jahr 1995, das Voranschreiten des europäischen Binnenmarktes und die nachfolgende wirtschaftliche Integration der mittel- und osteuropäischen Länder hoben den Stellenwert Österreichs als Industriestandort in der Mitte Europas mit starker internationaler Ausrichtung. Mit einer Exportquote von 74% im Jahr 2006 zählt die Elektro- und Elektronikindustrie zu den exportintensivsten Industriezweigen Österreichs (10,6% an den österreichischen Gesamtexporten). Der wichtigste Außenhandelsmarkt ist mit 73,5% Exportanteil und 65,7% Importanteil die EU. Innerhalb der EU stellen die östlichen Centroe-Länder, die nach Deutschland wichtigsten Handelspartner der Branche dar. Insgesamt 11,6% aller EU-Importe der österreichischen EEI stammen aus bzw. 15,4% aller EU-Exporte gehen nach Ungarn, Tschechien bzw. in die Slowakei. Bei einer längerfristigen Betrachtung zeigt sich, dass diese Märkte bereits im Jahr 2000 einen hohen Anteil am Außenhandel aufwiesen. Wie für die österreichische Industrie insgesamt, gilt auch für die Elektro- und Elektronikindustrie: Die Branche profitierte bereits seit Beginn der Ostöffnung von der wirtschaftlichen Integration der unmittelbar im Osten angrenzenden Nachbarländer. Der EU-Beitritt der östlichen Nachbarländer war jedenfalls mit keinen markanten Auswirkungen auf die Handelsquoten dieses Sektors verbunden (Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie 2007).

Neben dem Außenhandel stellen die aktiven Direktinvestitionsbestände der Elektro- und Elektronikindustrie einen weiteren wichtigen Indikator für die hohe Internationalisierung dar. Im Jahr 2005 entfallen mit 1.131 Mio. Euro 8,1% der Investitionen von Unternehmen der österreichischen Sachgütererzeugung im Ausland auf die EEI. Zu den wichtigsten Investitions-Destinationen zählen dabei neuerlich die östlichen Länder⁶, auf die mit 449,31 Mio. Euro 40% der Direktinvestitionen der Branche entfallen. Überdurchschnittliche Wachstumsraten konnte die Elektro- und

⁶ Die statistischen Daten für die ausländischen Direktinvestitionen auf Wirtschaftssektorebene umfassen neben den Centroe-Ländern Ungarn, Tschechien, Slowakei auch Polen und Slowenien. Vgl. OeNB (2007a) S. 24 Fn.

Elektronikindustrie in der Vergangenheit auch in Bezug auf die passiven Direktinvestitionen verzeichnen: Mit einem Plus von +489,1% von 1996 bis 2005 auf 1.614 Mio. Euro betreffen 15,4% der passiven FDIs der österreichischen Sachgütererzeugung die Elektro- und Elektronikindustrie (OeNB 2007b).

Insgesamt zeigt die Betrachtung der internationalen Verflechtungen aus Sicht der österreichischen Elektro- und Elektronikindustrie, dass die Branche die internationale Arbeitsteilung sehr gut nutzt. Die Exportquoten sind seit einigen Jahren konstant über 70%. Allerdings werden Exportüberschüsse ausschließlich mit Investitionsgütern erzielt. Die Exporterfolge basieren somit vorrangig auf technologieintensiven Gütern, für deren Entwicklung und Produktion ein entsprechendes Know-how erforderlich ist. Hingegen werden Konsumgüter zum überwiegenden Teil importiert. Durch eine rege Investitionstätigkeit haben sich die österreichischen Unternehmen vor allem mit den unmittelbar angrenzenden Ländern der Centropo-Region wirtschaftlich gut vernetzt.

Um den Unternehmensstandort in einem Hochlohnland halten zu können, praktizieren viele Unternehmen die internationale Arbeitsteilung entlang der Wertschöpfungskette. Ziel dabei ist es, durch die Verlagerung einzelner Produktionsschritte einen optimalen Kostenmix zu erreichen. Durch die Möglichkeit, personal- bzw. personalkostenintensive Arbeitsschritte in Länder mit günstigeren Arbeitskosten auszulagern, ergibt sich für die Unternehmen bei Forschung, Entwicklung, Design, Prototypenentwicklung oder anderen know-how-intensiven Prozessen am Standort Österreich ein in Bezug auf die Kostenstruktur größerer Handlungsspielraum. Diese Strategie fördert nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit der Produkte, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen auf den internationalen Märkten. Die Internationalisierung der Wertschöpfungskette führte letztendlich aber auch dazu, dass heute ein beträchtlicher Teil der Wertschöpfung des Sektors im Ausland und nicht im Inland erwirtschaftet wird. Ein Argument, das gegen die internationale Arbeitsteilung spricht, ist die Gefahr, dass nach der Produktionsverlagerung mittelfristig auch die F&E-Abteilungen dem Standort verloren gehen, da erfolgreiche F&E nur erfolgreich sein kann, wenn auch eine Integration mit den zumindest grundlegenden Produktionsschritten gewährleistet ist. Eine langfristige räumliche Trennung dieser beiden Instanzen ist daher kritisch zu betrachten.⁷

4.2. Strukturwandel

Alle modernen Industrienationen sind von einem kontinuierlichen Strukturwandel gekennzeichnet. Auslöser für diese Entwicklung war die zunehmende Bedeutung der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) als Basistechnologie des modernen Wirtschaftens. Die strukturellen Veränderungen wirkten sich unmittelbar auf den produzierenden Bereich aus und verlangen eine kontinuierliche Effizienzsteigerung der Produktion (Willms 1999: 441 ff.).

Die Folge war und ist eine kontinuierliche Tertiärisierung des industriellen Sektors, als deren Konsequenz die Grenzen zwischen Industrie und Dienstleistungen nicht nur wegen des Angebots

⁷ Qualitative Befragung von acht Unternehmern bzw. Branchenexperten, die im Zeitraum Dezember 2007 bis Februar 2008 im Rahmen der Diplomarbeit „Zukünftige Erfolgsfaktoren der Elektro- und Elektronikindustrie am Standort Österreich“ durchgeführt wurde.

einer Vielzahl industrienaher Dienstleistungen⁸, sondern auch aufgrund der Überformung des Dienstleistungssektors mit industrieähnlichen Produktionsformen⁹ zunehmend verschwimmen. Diese Entwicklung schlägt sich in der steigenden volkswirtschaftlichen Bedeutung des sogenannten servo-industriellen¹⁰ Sektors nieder. Dessen Leistungen tragen in Österreich in den letzten Jahren bereits mehr als 50% zum gesamtwirtschaftlichen Produktionswert bei (Lacina et al. 2005 S. 44 f.).

Eine unmittelbare Folge des Strukturwandels sind die sinkenden Unternehmens- bzw. Beschäftigtenzahlen in der Industrie bei gleichzeitiger Veränderung der Beschäftigtenstruktur. Die Integration servicenaher Dienstleistungen und die Modernisierung der Industrieproduktion stellen in Bezug auf die Qualifikation höhere Anforderungen an die Beschäftigten als klassische Produktionstätigkeiten, die noch vor zwei Jahrzehnten das Betätigungsfeld kennzeichneten. Die Zahl der höher qualifizierten Beschäftigten nimmt auch in der österreichischen Industrie stetig zu, während z.B. ungelernete Hilfsarbeitskräfte ihre Arbeitsplätze verlieren.

Diese allgemeinen Entwicklungstendenzen der industriellen Beschäftigung am Standort Österreich spiegeln sich auch in der MitarbeiterInnenstruktur der Elektro- und Elektronikindustrie wider: Zum einen ist die langfristige Tendenz der Beschäftigten rückläufig, obwohl die Branche im Jahr 2006 einen leichten Beschäftigtenanstieg von 4,9% verzeichnete. Seit dem Jahr 1995 verloren insgesamt 7.000 ArbeitnehmerInnen ihre Arbeitsplätze. Zum anderen verschob sich der Anteil der ArbeiterInnen kontinuierlich zugunsten der Angestellten. Ende des Jahres 2006 betrug der Angestelltenanteil bereits 54,4% (32.507 Personen) an den Gesamtbeschäftigten, der Anteil der ArbeiterInnen lag bei 45,6% (Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie 2007). Das höhere Qualifikationsniveau der Industriebeschäftigten zeigt sich auch am relativ hohen Personalaufwand. Mit 55.314 Euro pro unselbständig Beschäftigtem zählen die MitarbeiterInnen der Elektro- und Elektronikindustrie im Jahr 2005 zu den teuersten der gesamten österreichischen Industrie. Der Anteil des Personalaufwandes am Produktionswert ist mit 24,22% sehr hoch, vor allem unter dem Aspekt, dass es sich hier um einen Durchschnittswert der Branche handelt (Statistik Austria 2007).

4.3. Konzentration auf technologieintensive Güter

Die veränderten Rahmenbedingungen hatten nicht nur auf die Struktur der Beschäftigten Auswirkungen, sondern auch auf die Struktur der produzierten Güter. Steigende Qualitätsanforderungen und der technologische Fortschritt der letzten 20 Jahre betrafen vor allem die Hersteller von elektronischen Konsumgütern, die nicht mehr zur Qualifikation und Kostenstruktur eines Hochlohnstandortes passten und daher aufgrund des starken Konkurrenzdrucks und Verdrängungswettbewerbs in billigere Produktionsstandorte abwanderten. Lag der Anteil der Produzenten von Konsumgütern in der Elektro- und Elektronikindustrie zu Beginn der 1990iger Jahre noch bei einem Anteil von über 20% am Produktionswert, reduzierte sich dieser bis ins

8 Wie zum Beispiel Datenverarbeitung, technische Dienstleistungen, Marketing, Rechts- und Unternehmensberatung.

9 Beispiele hierfür sind die Computerisierung des Banken-, Gesundheits-, Handels- und Tourismussektors.

10 Der servo-industrielle Sektor umfasst neben dem traditionellen Industriekern eine Reihe von vor- bzw. nachgelagerten und produktionsorientierten Dienstleistungen wie z.B. Vermietung, Datenverarbeitung, Datenbanken, Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung sowie Marketing und technische Dienstleistungen.

Jahr 2006 auf 8,6%. Am Standort positiv entwickelt haben sich hingegen die Erzeuger von Investitionsgütern bzw. Produzenten von Vor- und Zwischenprodukten, die zur Weiterverarbeitung spezialisierte Güter anbieten. Die produktionsstärksten Sparten der Elektro- und Elektronikindustrie konzentrieren sich demnach auf technologie- und qualifikationsintensive Güter. Die im Jahr 2006 anteilmäßig produktionsintensivsten Sparten der Elektro- und Elektronikindustrie, Motoren, Generatoren und Transformatoren sowie Verteilungs- und Schalteinrichtungen, sind in den vergangenen Jahren durch das im Vergleich zum Konsumgütermarkt bessere Investitionsklima am internationalen Investitionsgütermarkt konstant gewachsen und liegen im Jahr 2006 bei einem Anteil am Produktionswert von 19,3% (Sparte Motoren Generatoren und Transformatoren) sowie 15,7% (Verteilungs- und Schalteinrichtungen). Ebenfalls gut etabliert hat sich die Sparte elektrische Ausrüstungen (10% Anteil am Produktionswert). Verantwortlich dafür sind vor allem große Infrastrukturprojekte in den östlichen Nachbarländern bzw. die international steigende Nachfrage nach Kfz-Komponenten. Ebenfalls auf hohem Niveau produzieren seit Jahren die Sparten Bauelemente und Kommunikationstechnik, auch wenn diese beiden Bereiche in den Jahren 2005 (Bauelemente -3,3%) und 2006 (Kommunikationstechnik -2,2%) leichte Produktionsrückgänge verkraften mussten. In der besonders F&E-intensiven Sparte Bauelemente resultierte der Rückgang der Produktionsleistung aus einer Konzentration auf F&E-Tätigkeiten. Die Kommunikationstechnik litt hingegen aufgrund fehlender Investitionen der Mobilfunkunternehmen unter einem schwachen Inlandsmarkt. Der Grund, warum diese beiden Sparten keine größeren Einbußen verzeichneten, lag in der starken internationalen Ausrichtung der Unternehmen. Beide zählen nach wie vor zu den wichtigsten Leistungssektoren der Elektro- und Elektronikindustrie am Standort Österreich (Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie 2007).

4.4. Forschung, Technologie und Innovation als Wachstumsträger

Dem besprochenen Strukturwandel und der mit der Internationalisierung der Produktion verbundenen Neuausrichtung der Liefer- und Leistungsketten begegnen die Unternehmen mit einer Steigerung der Innovationskraft. Darüber hinaus ist mit der in den vergangenen Jahren stark gestiegenen Bedeutung der industriellen Handelsverflechtungen ein Ausbau des Engagements in der betrieblichen F&E notwendig geworden, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Produkte und Dienstleistungen eines Hochlohnstandortes zu sichern. Für den wirtschaftlichen Erfolg ausschlaggebend sind unter anderem die Finanzierbarkeit von Forschungsaktivitäten, die Verfügbarkeit von qualifizierten Mitarbeitern, die Überführung von wissenschaftlichen Ergebnissen in die praktische Anwendung, aber auch die Akzeptanz neuer technischer Lösungen durch Kunden und die Gesellschaft (Lichtmanegger 2003: 420).

Die Sachgütererzeugung, und damit die Industrie, stellen den Kern der F&E-Dynamik am Standort Österreich dar. Neben klassischer Forschung und experimenteller Entwicklung ist die inkrementelle Innovation der Klein- und Mittelunternehmen zum Schlüsselfaktor für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit geworden (Schneider et al 2007: 135). Innerhalb des Unternehmenssektors trägt die Sachgütererzeugung mit 2,6 Mrd. Euro 72% der F&E-Ausgaben des Jahres 2004 (Statistik Austria 2004).

Die gute internationale Konkurrenzfähigkeit der Elektro- und Elektronikindustrie steht somit in unmittelbarem Zusammenhang mit den hohen Ausgaben für F&E bzw. der hohen Innovationsleistung der Unternehmen. Wie bereits kurz erwähnt, trägt die Branche 37% (970 Mio. Euro 2004) der 2,6 Mrd. Euro der F&E-Ausgaben der österreichischen Sachgütererzeugung. Über 36% aller Forscher (7.106 Personen) der gesamten Industrie sind in der Elektro- und Elektronikindustrie beschäftigt (Statistik Austria 2004). Die Forschungsquote¹¹ liegt im Jahr 2005 im Branchendurchschnitt bei 23%. Am forschungsintensivsten ist mit einer F&E-Quote von 41% die Bauelementesparte, gefolgt von Unternehmen, die Geräte der Elektrizitätserzeugung und Elektrizitätsverteilungen produzieren mit einer Quote von 7% (EUROSTAT 2008). Eine niedrigere F&E-Quote in einzelnen Sparten in der statischen Betrachtung muss in diesem Zusammenhang nicht bedeuten, dass die Unternehmen nicht wettbewerbsfähig sind. Sie kann vielmehr ein Indikator dafür sein, dass vorwiegend Produkte auf Basis bereits sehr ausgereifter Technologien erzeugt werden (Wolf 2007: 9).

Erste wichtige Bedingung für eine erfolgreiche F&E-Tätigkeit ist eine räumliche Nähe von Produktion und F&E, da andernfalls die Unternehmen Gefahr laufen, an den Bedürfnissen des Marktes vorbei zu entwickeln. Weiters benötigt ein effizienter Entwicklungsprozess die unmittelbare Abstimmung mit den Produktionskompetenzen.¹²

Zweite wesentliche Voraussetzung ist die Verfügbarkeit von qualifizierten Mitarbeitern. Deren Knappheit in Österreich ist daher für die Industrie problematisch. Ohne qualifizierte Mitarbeiter droht eine Auslagerung der F&E-Kompetenzen in Billiglohnländer, wie zB die östlichen Nachbarländer oder Asien, in denen nicht nur die Humanressourcen, sondern auch die Expertise und das Know-how entgegen oft anders lautender Argumentationen in ausreichendem Maße vorhanden sind (Schneeberger / Petanovitsch 2006: 127).

5. Die Elektro- und Elektronikindustrie in den östlichen Centropeländern

Vor dem Hintergrund der voranschreitenden wirtschaftlichen Integration der östlichen Centropeländer und der hohen Internationalisierung der Branche ist eine Einordnung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Elektro- und Elektronikindustrie in diesem internationalen Umfeld interessant. Die Beurteilung der Wettbewerbsposition der Elektro- und Elektronikindustrie im internationalen Kontext erfolgt anhand der Entwicklung der Arbeitsproduktivität, der Innovationsperformance sowie der wichtigsten Personalindikatoren.¹³

Die Elektro- und Elektronikindustrie hat in allen ausgewählten Vergleichsländern einen hohen wirtschaftlichen Stellenwert. In Österreich, Tschechien und der Slowakei werden im Jahr 2005 rund 10% des Produktionswertes der Sachgütererzeugung von der Elektro- und Elektronikindustrie erwirtschaftet. Deutlich höher liegt dieser Anteil in Ungarn, wo ein Viertel der Sachgüterproduktion

11 Ausgaben für Forschung und Entwicklung in % der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten.

12 Qualitative Befragung von acht Unternehmern bzw. Branchenexperten, die im Zeitraum Dezember 2007 bis Februar 2008 im Rahmen der Diplomarbeit „Zukünftige Erfolgsfaktoren der Elektro- und Elektronikindustrie am Standort Österreich“ durchgeführt wurde.

13 Damit die Vergleichbarkeit gewährleistet ist, muss auch in diesem Fall auf jeweils nationale Daten der Eurostat zurückgegriffen werden, wobei die ausgewählten Zahlen sich an der Struktur der österreichischen EEI (NACE-Klassifikation 2971, 31, 32 und 3320) orientieren.

der EEI zuzuschreiben ist. Die Zuwächse in den östlichen Ländern sind enorm. Binnen fünf Jahren hat sich der Produktionswert in allen drei Staaten verdoppelt (EUROSTAT 2008).

Hinsichtlich der Branchenstruktur konzentrieren sich alle angeführten Länder mit Ausnahme Ungarns auf die Produktion von Investitionsgütern. Dort nimmt die Unterhaltungselektronik mit 48% Anteil am Produktionswert den höchsten Stellenwert ein (EUROSTAT 2008).

Während die Elektro- und Elektronikindustrie in den östlichen Nachbarländern deutlich stärker als in Österreich wächst, weisen die Unternehmen hierzulande hinsichtlich Produktivität und Anteil der Wertschöpfung am Produktionswert nach wie vor einen deutlichen Wettbewerbsvorsprung auf. Österreich erzielt mit einem Produktionswert von 202.000 Euro pro Beschäftigtem im Jahr 2005 vor Ungarn (131.000 Euro) die höchste Produktivität. In Tschechien (60.800 Euro) und der Slowakei (45.000 Euro) liegt sie deutlich darunter. Nachteile ergeben sich speziell für diese beiden Länder auch beim Anteil der Wertschöpfung am Produktionswert, der deutlich unter 25% liegt. In Ungarn ist diese mit 32% besser, an Österreich (41%) kommt allerdings keines der neuen EU-Länder heran (EUROSTAT 2008).

Der diesbezügliche Rückstand der östlichen Nachbarn darf aber nicht überschätzt werden. Die im Schnitt 10% höheren Investitionsquoten¹⁴ in diesen Ländern haben neben der Produktivität auch die Wertschöpfung deutlich verbessert. Österreich bildet hingegen mit einer Quote von 10% das Schlusslicht bei den Investitionen (EUROSTAT 2008).

Deutliche Vorteile ergeben sich für die Elektro- und Elektronikindustrie in Österreich jedenfalls im internationalen Vergleich der innerbetrieblichen Aufwendungen für F&E. Ein österreichisches Unternehmen investiert im Schnitt eine Million Euro pro Jahr, das ist ein Vielfaches von den F&E-Investitionen der östlichen Nachbarn, wo Ungarn mit 12.885 Euro pro Unternehmen den höchsten Wert aufweist (EUROSTAT 2008).

Ein weiterer Indikator für das positive Wachstum der Elektro- und Elektronikindustrie in den östlichen Nachbarländern ist die Entwicklung der Beschäftigten. Sowohl in Tschechien und Ungarn (je +5,5%) als auch in der Slowakei (+24%) wurden die Kapazitäten deutlich ausgebaut. In Österreich ist die Beschäftigung hingegen seit Jahren rückläufig. Seit 2000 wurden rund 10% der Mitarbeiter abgebaut. Daraus lassen sich die unterschiedlichen Phasen der Branchenentwicklung in den einzelnen Ländern ableiten. Während Österreich seinen Wettbewerbsvorsprung nur mittels Rationalisierungen halten kann, befinden sich die östlichen Nachbarländer in einer dynamischen Aufbauphase, in der nicht nur das Produktions-, sondern auch das Beschäftigungsniveau deutlich anstieg (EUROSTAT 2008).

Letzteres hängt auch damit zusammen, dass alle drei östlichen Nachbarn hinsichtlich der Arbeitskosten einen großen Wettbewerbsvorteil aufweisen. Die Personalaufwendungen pro Beschäftigtem liegen in Tschechien und der Slowakei bei rund 1/7, in Ungarn bei 1/5 der österreichischen Arbeitskosten. Der Anteil der Personalkosten am Produktionswert liegt in all diesen Ländern, trotz Steigerungen zwischen 49% (Slowakei) und 73% (Ungarn) in den letzten fünf Jahren, nach wie vor deutlich unter 15% (EUROSTAT 2008).

¹⁴ Bruttoinvestitionen/Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten.

Darstellung 1: Die Elektro- und Elektronikindustrie in den Centropo-Ländern (EUROSTAT 2008).

	<i>Tschechische Republik</i>	<i>Ungarn</i>	<i>Österreich</i>	<i>Slowakei</i>
Absolute Werte				
Zahl der Unternehmen	18.816	4.276	1145	587
Produktionswert in Mio. Euro	9.492,7	17.743,3	12.340,7	2.612,4
Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten in Mio. Euro	2.263,3	3.810,5	4.737,2	599,7
Produktivität				
Produktionswert pro Beschäftigtem in 1.000 Euro	60,8	131,4	202,5	45,0
Bruttowertschöpfung pro Beschäftigtem in 1.000 Euro	14,5	28,2	77,7	10,3
Anteil der Wertschöpfung zu Faktorkosten an der Produktion %	23,4	28,9	41,5	23,8
Personal				
Zahl der Beschäftigten	156.174	135.033	60.945	58.008
Personalaufwendungen in Mio. Euro	1.238,3	1.473,6	3.146,1	386,9
Personalaufwand pro Beschäftigtem in Euro	7.929,0	10.912,9	51.622,0	6.669,8
Anteil der Personalkosten an der Produktion in %	12,9	14,0	26,1	14,0
Innovation				
Gesamtaufwendungen für innerbetriebliche FuE in Mio. Euro	55,1	55,1	1.155,9	6,6
Gesamtaufwendungen für innerbetriebliche FuE pro Unternehmen in Euro	2.928,4	12.885,9	1.009.519,7	11.243,6
Investitionsquote (Bruttoinvestition/Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten) in %	22,6	19,8	9,925	30,7

6. Die Vorzüge des Standortes Österreich für die Elektro- und Elektronikindustrie¹⁵

Die österreichische Elektro- und Elektronikindustrie hat sich am Standort Österreich erfolgreich etabliert und mittelfristig ist mit einer positiven Zukunft der Branche zu rechnen. Das betrifft sowohl die Produktions- als auch die Entwicklungskapazitäten. Das Potential hierzulande ergibt sich aus der Erschließung neuer innovativer Felder sowohl im Bereich der Produktionsprozesse als auch in der Produktentwicklung. Als wichtigster Infrastrukturproduzent Österreichs generiert die EEI ein hohes Maß an lokaler Wertschöpfung und stellt eine Schlüsselindustrie für viele andere Wirtschaftsbereiche dar. Weiters ist das Angebot produktionsnaher Dienstleistungen ein Segment, das regional bedient werden muss und daher über ein entsprechendes Entwicklungspotenzial verfügt.

¹⁵ Die Schlussfolgerungen in Kapitel 5 basieren auf den Ergebnissen einer qualitativen Befragung von acht Unternehmen bzw. Branchenexperten, die im Zeitraum Dezember 2007 bis Februar 2008 im Rahmen der Diplomarbeit „Zukünftige Erfolgsfaktoren der Elektro- und Elektronikindustrie am Standort Österreich“ durchgeführt wurde.

Zu den wichtigsten Standortvorteilen zählen – neben der Tatsache, dass Österreich, abgesehen von KMUs, die ihre Heimat hier haben, auch für internationale Großunternehmen ein wichtiger Absatzmarkt ist – auch das hohe Qualifikationsniveau der Mitarbeiter, das daraus resultierende hohe Innovationspotenzial und die hohe Produktqualität, aber auch die positiven Rahmenbedingungen wie sozialer Frieden. Zusätzliche Vorteile sind Kriterien wie Schnelligkeit zum Kunden, Flexibilität und Kreativität der Mitarbeiter. Sie sind wichtig, um im „time to market“-Geschäft erfolgreich bestehen zu können. Von großer Bedeutung in diesem Zusammenhang ist die zentrale geografische Lage Österreichs.

Die voranschreitende wirtschaftliche Verschränkung mit den östlichen Centroe-Ländern liefert für die österreichischen Unternehmen der Elektro- und Elektronikindustrie ein weiteres wichtiges Entwicklungspotential, da diese Wirtschaftsräume in den kommenden Jahren nicht ausschließlich mit eigenen Wertschöpfungen gefüllt werden können. Der Standort Österreich liegt damit im Zentrum Europas und in der Mitte des wichtigsten Marktes der Unternehmen. Dieses Argument wird durch die Tatsache gestützt, dass die Elektro- und Elektronikindustrie vom Inlandsmarkt losgelöst agiert, da sich durch ihre internationale Ausrichtung neue Wertschöpfungspotenziale eröffnen.

7. Fazit

Das Beispiel der österreichischen Elektro- und Elektronikindustrie zeigt deutlich, dass technologie- und forschungsintensive Industriezweige auch in Zukunft einen entscheidenden Beitrag zur nationalen Wertschöpfung und damit zur erfolgreichen Entwicklung des Standortes leisten werden. Eine Deindustrialisierung in modernen Volkswirtschaften kann nicht stattfinden, da sie weitreichende negative Konsequenzen für die gesamte Volkswirtschaft zur Folge hätte. Statt einer Ablöse des sekundären Bereichs durch die Dienstleistungsgesellschaft besteht die Zukunft des Wirtschaftens aus einer weiter voranschreitenden Verschmelzung der beiden Wirtschaftssektoren, die zukünftig noch stärker in unmittelbarer Wechselwirkung stehen werden.

Ein grenzüberschreitender Wirtschaftsraum, wie die Region Centroe, bieten in diesem dynamischen Umfeld für Industriezweige, wie die Elektro- und Elektronikindustrie ein zusätzliches Entwicklungspotential. Der Vorteil besteht neben einem erweiterten Absatzmarkt darin, einen international konkurrenzfähigen Angebotsmarkt zu gestalten, der den Unternehmen eine optimale Nutzung der Produktionsfaktoren entlang der Wertschöpfungskette ermöglicht. Daraus ergeben sich nicht nur neue Marktpotenziale, es kann auch wesentlich schneller und flexibler gegenüber den Kunden agiert werden. Die Ausnutzung komparativer Vorteile im intra-industriellen Güteraustausch führt zudem zu einer Verringerung des Kostendrucks im Inland. Durch die Möglichkeit, personal- bzw. personalkostenintensive Arbeitsschritte in Länder mit günstigeren Arbeitskosten auszulagern, ergibt sich für die Unternehmen bei Forschung, Entwicklung, Design, Prototypenentwicklung oder anderen know-how- und kostenintensiven Produktionsschritten am Standort Österreich ein größerer Handlungsspielraum.

8. Literatur

Breitenfelder A./Hildebrandt A. (2006): Hohe Beschäftigung bei niedriger Produktivität? Dienstleistungssektor als bestimmende Größe der Wirtschaftsentwicklung, in: Geldpolitik & Wirtschaft, 1/2006, S. 119 bis 145

EUROSTAT, <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/>, Zugriff im Jänner 2008

Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie (2007): Jahresbericht 2006

Geginat J./Henkel C.B. (2007): Länder im Wettbewerb um Teile der globalen Wertschöpfungskette, in: Neue Zürcher Zeitung vom 2. Oktober 2007, S. 109

Gries T./Hentschel C. (1994): Internationale Wettbewerbsfähigkeit – was ist das?, in: HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.), Wirtschaftsdienst 74. Jg., Nr. 8, S. 416 bis 432

Lacina F./Lehner D./Mitterbauer P./Resch A./Sandgruber R./Tumpel-Gugerell G. (2005): Österreichische Industriegeschichte, 1955 bis 2005 – die ergriffene Chance, Österreichische Industriegeschichte GmbH (Hrsg.), Wien: Ueberreuter

Lichtmanegger R. (2003): Schlussfolgerungen für eine höhere Forschungs- und Entwicklungsleistung Österreichs, in: Wirtschaftspolitische Blätter, 3/2003, S. 420 bis 424

OeNB (2007a): Direktinvestitionen 2005, Österreichische Direktinvestitionen im Ausland und ausländische Direktinvestitionen in Österreich, Stand per Ende 2005, Sonderheft Statistiken September 2007

OeNB (2007b), bezogen unter www.oenb.at, Zugriff im Dezember 2007

Schneeberger A./Petanovitsch A. (2006): Techniker/innenmangel trotz Hochschulexpansion, Trendanalysen und Unternehmensbefragung zu Ausbildung und Beschäftigung in Technik und Naturwissenschaft, ibw-Bildung & Wirtschaft Nr. 39: Wien

Schneider H. W. (2007): Die Zukunft der Industrie Österreichs, in: Damianisch, W. / Schneider, H. (Hrsg.): Industriehandbuch 2007 des Industriegewissenschaftlichen Institutes, IWI Studie 131, Wien, Industriegewissenschaftliches Institut, S. 25 bis 36

Schneider H. W./Lengauer S. D./Brunner P. (2007): Struktur und Entwicklung der Industrie Österreichs, in: Damianisch, W. / Schneider, H. (Hrsg.): Industriehandbuch 2007 des Industriegewissenschaftlichen Institutes, IWI Studie 131, Wien, Industriegewissenschaftliches Institut, S 37 bis 174

Statistik Austria (2004): Erhebung über F&E, Sonderauswertung nach Kammersystematik

Statistik Austria (2007): Leistungs- und Strukturhebung Sonderauswertung nach Kammersystematik

The Economist (2005): Industrial metamorphosis, in: The Economist, Printausgabe vom 29. September 2005, bezogen unter www.economist.com, Zugriff am 5. März 2008

Van Suntum U. (1986): Internationale Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft: Ein sinnvolles wirtschaftspolitisches Ziel, Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften 106-5, S. 495 bis 507

Willms M. (1999): Strukturpolitik, in: Bender D. et al. (Hrsg.), Vahlens Kompendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, Band 2, 7., überarbeitete und erweiterte Auflage, Verlag Franz Vahlen: München

Wirtschaftskammer Österreich (2008), Industriekennzahlen 2007

Wolf G. (2007): Branchenbericht Elektroindustrie, Bank Austria Creditanstalt AG (Hrsg.), Wien

Interregional Business & Culture – Aufbau eines internationalen Netzwerkes in der Centrope-Region

1. Zielsetzung des Projektes

Im Zeitraum Juli 2006 bis August 2008 fand an der Fachhochschule des bfi Wien (FH des bfi Wien) das Projekt „Interregional Business & Culture – Centrope“ statt. Das Hauptziel dieses zweijährigen Projektes war die Förderung des wissenschaftlichen Austauschs und der Aufbau eines nachhaltigen internationalen Netzwerkes aus Hochschulen und Betrieben aus der Centrope-Region. Das Projekt wurde gemeinsam mit der Fachhochschule Technikum Wien organisiert und von der MA 27 (Wirtschaftsentwicklung & EU-Strategie) der Stadt Wien im Zuge der 3. Ausschreibung auf Basis der Fachhochschul-Förderrichtlinie 2005 gefördert.

2. Programm

Mehr als 1.000 Studierende der sechs teilnehmenden Hochschulen aus Ungarn (Széchenyi István University in Győr), Tschechien (Mendel University of Agriculture and Forestry in Brno), der Slowakei (University of Economics in Bratislava) und Österreich (Fachhochschule Technikum Wien, Fachhochschule Wiener Neustadt und Fachhochschule des bfi Wien) nahmen an den Projektaktivitäten teil.

Das Projekt umfasste die drei Bereiche Sprachen, Kultur und Exkursionen. Kurse in den Sprachen der teilnehmenden Länder, Kulturveranstaltungen sowie Exkursionen zu Betrieben und Hochschulen in der Centrope-Region förderten die Kooperationen untereinander sowie das gegenseitige Verständnis für die verschiedenen Kulturen dieser Region.

3. Durchführung

Während Englisch als internationale Kommunikations- und Projektsprache diente, konnten sich die Studierenden von den genannten Hochschulen zwei Jahre lang jeweils die Landessprache der Projektpartner aneignen. Im Modul Exkursionen fanden Betriebsbesichtigungen und Vorträge zu Centrope an den Partnerhochschulen statt. Zusätzlich wurde ein umfassendes Paket an kulturellen Aktivitäten angeboten, welches Tanz- und Kochkurse sowie Konzert- und Theaterbesuche umfasste. Das Projekt wurde von allen Studierenden und Projektbeteiligten mit großem Interesse aufgenommen. Insgesamt fanden 16 Exkursionen, 13 Kulturaktivitäten, 6 Kochkurse, 2 Tanzkurse und 12 Sprachkurse statt, die von den Teilnehmenden positiv bewertet wurden (durchschnittliche Evaluierungsnoten von 1,3-2,5, wobei 1= sehr gut, 5= nicht genügend).

4. Fazit

Das Projekt „Interregional Business & Culture – Centrope“ hat Wien als attraktiven Hochschulstandort und strategischen Wirtschaftsstandort in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Studierenden gerückt und zahlreiche Networking-Möglichkeiten in der Centrope-Region geboten.

Maßnahmen zur Förderung der Sprachkenntnisse wie das Angebot von Zusatzsprachkursen in den Sprachen von Ländern aus der Centrope-Region sowie der „Austrian Language & Culture Courses“ werden für die Studierenden der FH des bfi Wien auch nach Ablauf des Projekts weiterhin durchgeführt. Kochkurse wurden als ausgezeichnete Gelegenheiten für interkulturelle Kommunikation wahrgenommen und werden ab dem Sommersemester 2009 in das Zusatzangebot der FH des bfi Wien für Incoming Studierende integriert.

Auch die Kooperationen zu den in- und ausländischen Partnerhochschulen werden in der Zukunft für gemeinsame Projektideen und -umsetzungen genutzt. Alle beteiligten Partnerhochschulen können auf das durch das Projekt vertiefte Netzwerk zurückgreifen und gemeinsame Aktivitäten effizienter organisieren.

Planung und Umsetzung einer internationalen Summer School – Ein Erfahrungsbericht aus dem österreichischen Fachhochschul-Sektor

1. Einleitung

Im Zuge der 3. Ausschreibung auf Basis der Fachhochschul-Förderrichtlinie 2005 der Stadt Wien, MA 27 für Wirtschaftsentwicklung und EU-Strategie, wurden Wiener Fachhochschulen dazu aufgerufen, Projektanträge zur Stärkung der Internationalisierung von Lehre und Forschung einzureichen. In dem von der Stadt Wien verlautbarten Kriterienkatalog wurde u.a. darauf hingewiesen, dass das zu fördernde Projekt jedenfalls auch eine Kooperation mit ausländischen Partnerhochschulen aus der Centrope Region aufweisen sollte.

Die Fachhochschule des bfi Wien (FH des bfi Wien) beantragte die Durchführung einer internationalen Summer School mit dem Titel „CESAP“ – Centrope Summer Academy for Part Time Students“ und erhielt neben der Förderzusage auch eine Prämierung für den qualitativ hochwertigsten Projektantrag.

2. Zielsetzungen

Inhaltlich sollte die beantragte Summer School vor allem auf ein besseres Verständnis der teilnehmenden Studierenden für den sich dynamisch entwickelnden Wirtschaftsraum Centrope abzielen.

Ein besonderes Anliegen war der FH des bfi Wien darüber hinaus auch die Förderung von berufstätigen Studierenden. Da für diese auf Grund ihrer beruflichen Tätigkeit ein Auslandssemester kaum in Frage kommt, sollte die Summer School im Sinne einer Internationalisation at Home speziell dieser Studierendengruppe eine alternative Möglichkeit bieten, um ihre fremdsprachlichen und interkulturellen Kompetenzen zu erweitern. Aus diesem Grund wurden im Projektantrag u.a. folgende Punkte festgehalten: Internationalisierung der Lehrinhalte, Unterrichtssprache Englisch, Zulassung ausländischer Gaststudierender, Einsatz ausländischer Vortragender sowie Auslandsexkursionen in Wirtschaftszentren der Centrope Region.

Eine dritte Zielsetzung betraf schließlich den durch die Summer School ermöglichten Workload Transfer insbesondere für berufsbegleitend Studierende. Diese klagen oft über eine aus der Kumulierung von Berufstätigkeit und Studium resultierende sehr hohe Arbeitsbelastung während des Semesters. Aus diesem Grund sollten die im Zuge der Summer School absolvierten Module in einem künftigen Semester zu einer Anrechnung einer ähnlichen Lehrveranstaltung laut Studienplan führen, um auf diese Weise einen Beitrag zur Optimierung des studentischen Zeitmanagements leisten zu können.

3. Programm

Die Summer School fand am Ende der Sommerferien von 18. bis 30. August 2008 statt. In jeder der beiden Wochen wurden an drei Tagen (Montag, Mittwoch und Donnerstag) parallel sieben Abendkurse (von 17.30 bis 21.30 h) angeboten. Die Studierenden hatten die Möglichkeit, einen Kurs der ersten und/oder einen Kurs der zweiten Woche zu belegen. Am Ende jeder Woche fanden zwecks Leistungsbeurteilung schriftliche MC-Prüfungen für alle Kurse statt. Begleitend wurde in jeder der beiden Wochen ein kulturelles Rahmenprogramm (Sightseeing Tour, Museums- und Konzertbesuch, Studenten/innenparty) angeboten. Einmal pro Woche, jeweils am Dienstag, standen ganztägige Exkursionen nach Brünn und Győr auf dem Programm.

Teilnahmeberechtigt an der Summer School sind neben den Studierenden der FH des bfi Wien auch Studierende folgender vier Partnerhochschulen: Fachhochschule Technikum, Mendel University of Agriculture and Forestry in Brünn, Széchenyi István Universität Győr sowie Fachhochschule Nordwestschweiz. Von jeder der drei ausländischen Partnerhochschulen hat auch zumindest ein/e Lektor/in im Rahmen der Summer School einen der Kurse geleitet.

4. Durchführung

Zum Anmeldeschluss (30. April 2008) hatten sich insgesamt 210 Studenten/innen zu mindestens einem Summer School Kurs ordnungsgemäß angemeldet. Bei den Teilnehmern/innen handelte es sich um 186 österreichische und 24 ausländische Studierende. Auf eine ausgeglichene Beteiligung von Frauen und Männern wurde geachtet: 44 Prozent der Studierenden waren weiblich. Nach 14 Kursen, zahlreichen Social Events und vier Exkursionen wurde die CESAP mit einer Abschlusszeremonie, bestehend aus einem Vortrag zum Thema „Wirtschaftsraum Centrope“ sowie der Überreichung der Kurszertifikate, feierlich beendet.

5. Fazit

In einer gesamthaften Betrachtung kann die erstmalige Durchführung der CESAP Summer School im Jahr 2008 als überaus sinnvoller und erfolgreich abgewickelter Beitrag zu einer Internationalisation at Home bezeichnet werden. Die Ergebnisse der Evaluierungen durch die Studierenden und die Lektoren/innen zeigten eine durchwegs positive Bilanz: Die Gesamtzufriedenheit mit der CESAP Summer School lag bei einem Mittelwert von 1,5 (wobei 1=sehr gut,..., 4=schlecht). Die wertvollen Verbesserungsvorschläge der Studierenden und der Lektoren/innen sowie die gesammelten Erfahrungen des Projektteams bei der Planung und Durchführung werden herangezogen, um im kommenden Jahr bei der CESAP 2009 den gleichen reibungslosen Ablauf mit einer Qualitätssteigerung zu erreichen.

Abschließend ist der Stadt Wien für die finanzielle Förderung dieses Summer School Projekts und die gute Zusammenarbeit zu danken. Ohne eine solche Unterstützung wären insbesondere die für die erfolgreiche Durchführung der Summer School erforderlichen Personalressourcen schwierig aufzubringen gewesen.

Literaturhinweise

An dieser Stelle möchte Ihnen die Redaktion einige Werke empfehlen, die zur weiteren Vertiefung in die Thematik „Standortforschung“ geeignet sind.

Breinbauer, Andreas / Eidler, Michael / Kucera, Gerhard / Matyas, Kurt / Poiger, Martin / Reiner, Gerald / Titz, Michael (2007): **Kriterien einer erfolgreichen Internationalisierung am Beispiel ausgewählter Produktionsbetriebe in Ostösterreich**. Wien: Fachhochschule des bfi Wien
ISBN: 987-3-902624-00-0

Brunnengräber, Achim / Walk, Heike (Hg. 2007): **Multi-Level-Governance. Klima-, Umwelt- und Sozialpolitik in einer interdependenten Welt**. Baden-Baden: Nomos
ISBN 978-3-832-92706-6

Harvey, David (2006): Spaces of Global Capitalism. **Towards a Theory of Uneven Geographical Development**. London: Verso
ISBN 978-1-844-67550-0

Kleinfeld, Ralf / Plamper, Harald / Huber, Andreas (Hg. 2006): **Regional Governance. Steuerung, Koordination und Kommunikation in regionalen Netzwerken als neue Formen des Regierens**. Band 2. Universitätsverlag Osnabrück bei V&R Unipress
ISBN 978-3-899-71305-3

Maier, Gunther / Tödtling, Franz (2006): **Regional- und Stadtökonomik 1. Standorttheorie und Raumstruktur**. Wien und New York: Springer
ISBN 978-3-211-27954-0

Maier, Gunther / Tödtling, Franz. (2005): **Regional- und Stadtökonomik 2. Regionalentwicklung und Regionalpolitik**. Wien und New York: Springer
ISBN 978-3-211-27955-7

Mattersburger Kreis (Hg.) (2007): **Approaches to Governance in a Multi-Scale-Perspective**. In: Journal für Entwicklungspolitik (1/2007). Wien: Mandelbaum
ISBN 978-3-854-76224-9

Mayerhofer, Peter (2006): **Wien in einer erweiterten Union. Ökonomische Effekte der Ostintegration auf die Wiener Stadtwirtschaft**. Wien: Lit-Verlag
ISBN 3-8258-8609-3

Voelzkow, Helmut (2007): **Jenseits nationaler Produktionsmodelle? Die Governance regionaler Wirtschaftskluster. International vergleichende Analysen**. Marburg: Metropolis
ISBN 978-3-895-18611-0

Wissen, Markus / Röttger, Bernd / Heeg, Susanne (Hg., 2008): **Politics of Scale. Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik**. Münster: Westfälisches Dampfboot.
ISBN 978-3-89691-669-3

Verzeichnis der AutorInnen

AutorInnen der Beiträge

Prof. (FH) Mag. Dr. Andreas Breinbauer

ist Vizerektor sowie Leiter des FH-Studienganges „Logistik und Transportmanagement“ an der FH des bfi Wien. Er studierte Geografie, BWL und Psychologie in Salzburg, Innsbruck und Wien. Sein Forschungsschwerpunkt liegt regional in Mittel- und Osteuropa, thematisch im Bereich Logistik und Transportwirtschaft, Standort und der Mobilität von Hochqualifizierten (Brain Drain). In den letzten Jahren hat er sich außerdem ausführlich mit den Investitionsbedingungen von westlichen Unternehmen in Mittel- und Osteuropa beschäftigt, v.a. mit der Problematik im Human Resources Bereich.

Dr.ⁱⁿ phil. Birgit Buchinger, MSc

ist Sozialforscherin und Organisationsentwicklerin. Sie betreibt Forschungs-, Evaluierungs- und Entwicklungstätigkeit im Rahmen der Fa. Solution, Sozialforschung & Entwicklung. Ihre Themenschwerpunkte sind Arbeitsmarkt, Geschlechterdemokratie, Gender Mainstreaming, Wissenschaft und Gesundheit. Frau Dr.in Buchinger erhielt bereits zahlreiche Wissenschaftspreise. Nähere Informationen finden Sie unter: www.solution.co.at.

Dr. Johannes Jäger

ist Lektor an der FH des bfi Wien. Im Anschluss an das Studium der Volkswirtschaftslehre war er als Assistent an der Wirtschaftsuniversität Wien sowie als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften tätig. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Finanzsysteme, Internationale politische Ökonomie und Regionalökonomie.

Mag. August Gächter

beschäftigt sich seit 1989 mit Forschung zu Migration und Integration. Ab 1998 war er Konsulent für das International Migration Programme des International Labour Office (ILO), einer UN Organisation in Genf. In diesem Zusammenhang befasste er sich mit der Migration der Hochqualifizierten in Bulgarien, mit Diskriminierungstests am Arbeitsmarkt in Italien, Frankreich und Schweden, mit der Schaffung und Befüllung einer internetzugänglichen Datenbank von Antidiskriminierungs- und Gleichbehandlungsaktivitäten von Firmen, Vereinen, Sozialpartnern, Gemeinden und Staaten (www.ilo.org/migrant/discrimination) und mit der Schaffung von Qualitätskriterien für Antidiskriminierungs- und Gleichbehandlungsaktivitäten. Von 1991 bis 2002 war er am Institut für Höhere Studien beschäftigt. Seit 2002 ist er am Zentrum für Soziale Innovation tätig. Darüber hinaus ist er Lehrbeauftragter für Entwicklungstheorie an der Universität Wien.

Dipl.-Ing.ⁱⁿ Bettina Köhler

ist Stadt- und Landschaftsplanerin und studierte in Berlin, Paris und New York. Sie war in Projekten in Berlin und als Assistentin an der Fakultät für Architektur und Raumplanung der TU Wien tätig. Derzeit ist sie Mitarbeiterin des Projektes „Chancen und Perspektiven für die Wiener Wirtschaft im Kontext der Europaregion Mitte (Centrope)“ und arbeitet als Lektorin an der FH des bfi Wien.

Mag.^a (FH) Kathrin Mück-Puelacher

ist Absolventin des Universitätslehrgangs für Öffentlichkeitsarbeit der Universität Wien sowie des Studiengangs „Europäische Wirtschaft und Unternehmensführung“ an der FH des bfi Wien. Im Rahmen ihrer Diplomarbeit beschäftigte sie sich mit den zukünftigen Erfolgsfaktoren der Elektro- und Elektronikindustrie am Standort Österreich. Seit 2003 arbeitet sie für den Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie (FEEL). Arbeitsschwerpunkte sind neben der Betreuung der gesamten Kommunikationsagenden des Fachverbandes die Themen Aus- und Weiterbildung und Energieeffizienz.

Dr.ⁱⁿ Michaela Trippi

ist promovierte Volkswirtin und arbeitet als Assistentin am Institut für Regional- und Umweltwirtschaft an der Wirtschaftsuniversität Wien. Zu ihren aktuellen Forschungsgebieten und Publikationen zählen räumliche Aspekte der Wissensökonomie, industrielle Cluster, regionale Innovationssysteme und Wissensnetzwerke sowie neue politische Steuerungsansätze in der Regional- und Innovationsförderung. Vor ihrer Tätigkeit an der Wirtschaftsuniversität Wien war Michaela Trippi mehrere Jahre als Forscherin und Beraterin bei einer privaten Innovationsagentur beschäftigt und hat zahlreiche Forschungsgutachten und Expertisen auf den Gebieten der regionalen Wirtschaftsentwicklung und Innovationspolitik für verschiedene österreichische Ministerien erstellt.

AutorInnen der Berichte und redaktionellen Beiträge**Mag.^a Iris Schirl**

ist Mobilitätskoordinatorin im International Office der FH des bfi Wien, wo sie in erster Linie für die Mobilität der Studierenden zuständig ist. Sie studierte Soziologie in Wien und Valletta/Malta. Vor ihrer Tätigkeit an der FH des bfi Wien war sie als wissenschaftliche Projektleiterin in den Forschungsbereichen Jugendforschung und Kriminologie tätig.

Prof. (FH) Dr. Thomas Wala, MBA

leitet den Fachhochschul-Studiengang „Europäische Wirtschaft und Unternehmensführung“ an der FH des bfi Wien. Davor war er Assistent am Institut für BWL der Industrie an der Wirtschaftsuniversität Wien sowie in leitender Funktion im Sport- und Veranstaltungsmanagement tätig. Seine bevorzugten Forschungsgebiete mit zahlreichen Veröffentlichungen sind Unternehmensbesteuerung, Rechnungslegung, Controlling sowie Finanzwirtschaft.

Working Papers und Studien der Fachhochschule des bfi Wien

2008 erschienene Titel

Working Papers

Working Paper Series No 42

Thomas Wala / Franz Haslehner: Was ist eine Diplomarbeit? Wien Februar 2008

Working Paper Series No 43

Vita Jagric / Timotej Jagric: Slovenian Banking Sector Experiencing the Implementation of Capital Requirements Directive. Wien Februar 2008

Working Paper Series No 44

Grigori Feiguine / Tatjana Nikitina: Die Vereinbarung Basel II – Einflüsse auf den russischen Finanzsektor. Wien Februar 2008

Working Paper Series No 45

Johannes Rosner: Die Staatsfonds und ihre steigende Bedeutung auf den internationalen Finanzmärkten. Wien März 2008

Working Paper Series No 46

Barbara Cucka: Prävention von Fraudhandlungen anhand der Gestaltung der Unternehmenskultur – Möglichkeiten und Grenzen. Wien Juni 2008

Working Paper Series No 47

Silvia Helmreich / Johannes Jäger: The Implementation and the Consequences of Basel II: Some global and comparative aspects. Vienna June 2008

Working Paper Series No 48

Franz Tödtling / Michaela Trippl: Wirtschaftliche Verflechtungen in der CENTROPE Region. Theoretische Ansätze. Wien Juni 2007

Working Paper Series No 49

Andreas Breinbauer / August Gächter: Die Nutzung der beruflichen Qualifikation von Migrantinnen und Migranten aus Centrope. Theoretische Analyse. Wien Juni 2007

Working Paper Series No 50

Birgit Buchinger / Ulrike Gschwandtner: Chancen und Perspektiven für die Wiener Wirtschaft im Kontext der Europaregion Mitte (Centrope). Ein transdisziplinärer Ansatz zur Regionalentwicklung in der Wissensgesellschaft. Eine geschlechtsspezifische Datenanalyse. Wien Februar 2008

Working Paper Series No 51

Johannes Jäger / Bettina Köhler: Theoretical Approaches to Regional Governance. Theory of Governance. Wien Juni 2007

Working Paper Series No 52

Susanne Wurm: The Economic Versus the Social & Cultural Aspects of the European Union. Reflections on the state of the Union and the roots of the present discontent among EU citizens. Vienna September 2008

Studien

Michael Jeckle: Bankenregulierung: Säule II von Basel II unter besonderer Berücksichtigung des ICAAP. Wien Juli 2008

Alois Strobl: Pilotstudie zu: 1. Unterschiede im Verständnis des Soft Facts Rating zwischen Banken und Unternehmen und 2. Unterschiede im Verständnis der Auswirkungen des Soft Facts Rating zwischen Banken und Unternehmen in Österreich. Wien Juli 2008

2007 erschienene Titel

Working Papers

Working Paper Series No 35

Thomas Wala / Nina Miklavc: Reduktion des Nachbesetzungsrisikos von Fach- und Führungskräften mittels Nachfolgemangement. Wien Jänner 2007

Working Paper Series No 36

Thomas Wala: Berufsbegleitendes Fachhochschul-Studium und Internationalisierung – ein Widerspruch? Wien Februar 2007

Working Paper Series No 37

Thomas Wala / Leonhard Knoll / Stefan Szauer: Was spricht eigentlich gegen Studiengebühren? Wien April 2007

Working Paper Series No 38

Thomas Wala / Isabella Grahs: Moderne Budgetierungskonzepte auf dem Prüfstand. Wien April 2007

Working Paper Series No 39

Thomas Wala / Stephanie Messner: Vor- und Nachteile einer Integration von internem und externem Rechnungswesen auf Basis der IFRS. Wien August 2007

Working Paper Series No 40

Thomas Wala / Stephanie Messner: Synergiecontrolling im Rahmen von Mergers & Acquisitions. Wien August 2007

Working Paper Series No 41

Christian Cech: An empirical investigation of the short-term relationship between interest rate risk and credit risk. Wien Oktober 2007

Studien

Robert Schwarz: Modellierung des Kreditrisikos von Branchen mit dem Firmenwertansatz. Wien Februar 2007.

Andreas Breinbauer / Michael Eidler / Gerhard Kucera / Kurt Matyas / Martin Poiger / Gerald Reiner / Michael Titz: Kriterien einer erfolgreichen Internationalisierung am Beispiel ausgewählter Produktionsbetriebe in Ostösterreich. Wien September 2007.

2006 erschienene Titel

Working Papers

Working Paper Series No 22

Thomas Wala: Steueroptimale Rechtsform. Didactic Series. Wien Mai 2006

Working Paper Series No 23

Thomas Wala: Planung und Budgetierung. Entwicklungsstand und Perspektiven. Didactic Series. Wien Mai 2006

Working Paper Series No 24

Thomas Wala: Verrechnungspreisproblematik in dezentralisierten Unternehmen. Didactic Series. Wien Mai 2006

Working Paper Series No 25

Felix Butschek: The Role of Women in Industrialization. Wien Mai 2006

Working Paper Series No 26

Thomas Wala: Anmerkungen zum Fachhochschul-Ranking der Zeitschrift INDUSTRIEMAGAZIN. Wien Mai 2006

Working Paper Series No 27

Thomas Wala / Nina Miklavc: Betreuung von Diplomarbeiten an Fachhochschulen. Didactic Series. Wien Juni 2006

Working Paper Series No 28

Grigori Feiguine: Auswirkungen der Globalisierung auf die Entwicklungsperspektiven der russischen Volkswirtschaft. Wien Juni 2006

Working Paper Series No 29

Barbara Cucka: Maßnahmen zur Ratingverbesserung. Empfehlungen von Wirtschaftstreuhändern. Eine ländervergleichende Untersuchung der Fachhochschule des bfi Wien GmbH in Kooperation mit der Fachhochschule beider Basel Nordwestschweiz. Wien Juli 2006

Working Paper Series No 30

Evamaria Schlattau: Wissensbilanzierung an Hochschulen. Ein Instrument des Hochschulmanagements. Wien Oktober 2006

Working Paper Series No 31

Susanne Wurm: The Development of Austrian Financial Institutions in Central, Eastern and South-Eastern Europe, Comparative European Economic History Studies. Wien November 2006

Working Paper Series No 32

Christian Cech: Copula-based top-down approaches in financial risk aggregation. Wien Dezember 2006

Working Paper Series No 33

Thomas Wala / Franz Haslehner / Stefan Szauer: Unternehmensbewertung im Rahmen von M&A-Transaktionen anhand von Fallbeispielen. Wien Dezember 2006

Working Paper Series No 34

Thomas Wala: Europäischer Steuerwettbewerb in der Diskussion. Wien Dezember 2006

Studien

Andreas Breinbauer / Gabriele Bech: „Gender Mainstreaming“. Chancen und Perspektiven für die Logistik- und Transportbranche in Österreich und insbesondere in Wien. Study. Wien März 2006

Johannes Jäger: Kreditvergabe, Bepreisung und neue Geschäftsfelder der österreichischen Banken vor dem Hintergrund von Basel II. Wien April 2006

Andreas Breinbauer / Michael Paul: Marktstudie Ukraine. Zusammenfassung von Forschungsergebnissen sowie Empfehlungen für einen Markteintritt. Study. Wien Juli 2006

Andreas Breinbauer / Katharina Kotratschek: Markt-, Produkt- und KundInnenanforderungen an Transportlösungen. Abschlussbericht. Ableitung eines Empfehlungskataloges für den Wiener Hafen hinsichtlich der Wahrnehmung des Binnenschiffverkehrs auf der Donau und Definition der Widerstandsfunktion, inklusive Prognosemodellierung bezugnehmend auf die verladende Wirtschaft mit dem Schwerpunkt des Einzugsgebietes des Wiener Hafens. Wien August 2006

Christian Cech / Ines Fortin: Investigating the dependence structure between market and credit portfolios' profits and losses in a top-down approach using institution-internal simulated data. Wien Dezember 2006. Johannes Jäger: Kreditvergabe, Bepreisung und neue Geschäftsfelder der österreichischen Banken vor dem Hintergrund von Basel II. Wien April 2006

Fachhochschule des bfi Wien Gesellschaft m.b.H.
A-1020 Wien, Wohlmutstraße 22
Tel.: +43/1/720 12 86
Fax: +43/1/720 12 86-19
E-Mail: info@fh-vie.ac.at
www.fh-vie.ac.at

ISBN 978-3-902624-09-3



FACHHOCHSCHULE DES BFI WIEN